

Roma/Sinti Diskriminierungsbericht Freiburg 2026

Vorwort

Sie haben den Roma/Sinti Diskriminierungsbericht 2026 für Freiburg und Region vor Augen. Es ist der siebte Bericht in Folge seit 2018. Er basiert wie alle unsere Diskriminierungsberichte auf Fallbeschreibungen betroffener Sinti und Roma, auf subjektiv erlebten und gefühlten Tatsachen der Diskriminierung. Darin ist der Bericht für Deutschland bislang einmalig, weil er durch Wort- und Sprachbildung über erfahrene Verletzungen Selbstbewusstsein fördert und damit zugleich zur Selbstermächtigung und Handeln verhilft. Dies Vorgehen hat sich bewährt. Unsere Absicht dabei ist es, die Fähigkeit im Umgang mit Antiziganismus so zu stärken, dass ein selbstbestimmtes Leben trotz Diskriminierung und Rassismus möglich wird.

Der erste Text-Entwurf war zu Pfingsten fertig und wurde von zwölf Personen (acht leitenden Roma/Sinti Aktivisten und vier überregional im Feld Antiziganismus Tätigen) gegengelesen und kritisiert verbessert.

Die gesammelten Fallberichte umfassen den Zeitraum von Januar 2025 bis März 2026 mit 133 Fällen. Zweidrittel der Fälle stammt aus Freiburg und angrenzenden Gemeinden, ein Drittel im Raum bis Lörrach, Neustadt und Offenburg. Die meisten Diskriminierungs-Fälle waren in Kita/Schule: 34, Behörden/Institutionen: 24, und Arbeit: 22 Fälle – weniger in Wohnen: 16, Gesundheit: 10, Öffentlichkeit: 15, Polizei/Justiz: 12. Sechs Fälle waren gewalttätige Übergriffe auf Roma/Sinti.

Besonders ist dieser Bericht in mehreren Übergängen.

Der Veränderung der »globalen Großwetterlage«! Roma und Sinti treffen (und trafen) geopolitische Veränderungen immer direkt unmittelbar ohne Schutz eines Staates – in Chancen und in Risiken. Deshalb beginnen wir den Kommentar mit der weltpolitischen Lage. Dieser 2026-Bericht ist auch der Erste nach einer Bürgermeister-Epoche in Freiburg. Also ziehen wir im Bezug auf das Rathaus und die Stadtverwaltung ein Resümee über ein Jahrzehnt und hoffen auf Veränderung zum Positiven. Und der Bericht drückt den Übergang in unserer Arbeit aus; Coralla Reinhardt trägt zwei Kommentare zum Bericht bei und wird als »Power Frau« unsere jahrelange Antidiskriminierungsarbeit leitend weiterführen, während ich mich von diesem mühsamen, steinigen Acker ein Wenig und mehr verabschiede, um mich mehr dem zu widmen, was mir Freude macht: Geschichte(n).

tomas wald

Inhalt

Roma/Sinti Diskriminierungsbericht Freiburg 2026	1
Vorwort	3
IM WESTEN gibts WAS NEUES	6
Freiburg – Insel der Seeligen ohne Rassismus?	10
WIRKUNG auf die Roma und Sinti COMMUNITY – LAGE HEUTE	16
MEHR DEMOKRATIE UND ENTFEUDALISIERUNG	22
Anlage 1: Matter-Rede	27
Anlage 2: MIA-Stellungnahme	36
Fälle und Kommentare	38
Kommentar und Fälle: Schule	39
Kommentar und Fälle: Polizei	48
Kommentar und Fälle: Öffentlichkeit	53
Antiziganismus – der einzige Rassismus mit Fanclub	60
Kommentar und Fälle: Behörden	71
Kommentar und Fälle: Arbeit	81
Kommentar und Fälle: Wohnen	87
Kommentar und Fälle: Gesundheit	94
Schlussworte – Schweigen ist keine Option	98

IM WESTEN gibts WAS NEUES

Unwiderruflich sind wir in »neuer Zeit« angekommen. Die über 500 Jahre westlich-weiße Weltordnung und Herrschaft sind innert weniger Jahre (allem Anschein nach) implodiert und der Eurozentrismus gleich mit ihm. Nur wollen es die Meisten auf unseren Breitengraden noch nicht wahrhaben. Trotz aller gegenwärtigen Krisen findet man im Globalen Süden (wie auch in den »3. Welt« Vororten der westlichen Metropolen) kaum jemanden, der der alten, westlich dominierten Welt nachtrauert. Aus dem ehemaligen Sheriff der Weltordnung wurden moderne Piraten, die in der Logik der Korruption und des schnellen Profits sich an jeder Krise zu bereichern wissen.¹ Konfrontiert mit einem tiefgreifendem gesellschaftlichen Zukunftsverlust, wo kapitalistische Logik nicht mehr funktioniert, die ja investiert um später Profit zu machen, nimmt im System und insbesondere in der Politik Selbstzerstörung Platz als Gelegenheiten schaffen für schnelle situative Extra-Profite.²

Die Welt schliddert am Rand des III. Weltkriegs ohne Plan und droht angeführt von Fundamentalisten der drei Monotheistischen Weltreligionen in »Heilige Kriege« zu eskalieren.

Die Komfortzone Deutschland und EU crasht, wird zur Knautschzone in permanent existenziell instabiler Lage und droht in wechselnd fluiden Zweck-Koalitionen zerrieben zu werden. Bislang wird auf diese neue Lage nicht strategisch sondern nur reagierend geantwortet in der vermeintlich hohen Kunst der Taktiererei sich dem STÄRKEREN Piraten anzudienen: »Wenn ihr mit Europa nichts anfangen könnt, dann macht wenigstens Deutschland zu eurem Partner« so beispielsweise der deutsche Bundeskanzler an den Ober-Piraten.

Um Erlangung von Autonomie, Souveränität und Macht der EU geht es: **Energie:** unabhängig von den fossilen Energien zu werden durch Erneuerbare;

Militär: Die USA sind mit Air Base Ramstein strategisch abhängig von Deutschland; die »neuen« Waffensysteme entstehen derzeit im Ukraine-Krieg.

¹ Der Trump Clan verdoppelte sein Vermögen auf über 7,5 Milliarden innert 2025

² [Der Iran-Krieg lässt das Vermögen der Superreichen explodieren](#)

Digitalität: mit ASML, deren Maschinen zur Halbleiterherstellung weltweit ein Monopol hat, hat Europa eine Monopolstellung zusammen mit einem weltweit führende KI-Labor z.B. Anthropic hätte Europa Macht.

Zufall oder geschichtliche Parallele? Die Medien-Buchdruck Revolution vor rund 500 Jahren folgte ein Jahrhundert DES IRRATIONALISMUS und der Religionskriege, die die Neuzeit/Moderne (mit ihrem neuem Menschenbild) einläuteten; wird heute die Medien Internet-KI Revolution in »Heiligen Kriegen« die Moderne (mit neuem Menschenbild) zu Grabe tragen? Werden wir uns (nach der ersten Generation ohne Krieg) auf eine lange Zeit der Kriege einrichten müssen?

Sprachlich bleiben wir hinter dem globalen Entwicklungsschub zurück, es fehlen die Begriffe. Im Reduzieren auf ausschließende/liche Binärität soll im Polarisieren – in neuer Art auftrumpfender Überlegenheit – Eindeutigkeiten gerettet werden, sprengt aber gesellschaftliche Gemeinschaft. Für das sich Auflösen binärer Strukturen (Zeit der Spaltung: des kalten Krieg, der Atombombe) in fluide Mehrdeutigkeiten fehlen bislang Begriffe. Wirken deshalb das Politiker-Reden so formelhaft gestanzte und/oder wie blendend(er) PR Schein einer »Schönen neuen Welt«.

Anstelle von Fakten, Interessen und Wissenschaft tritt PR, politische Kommunikation und deren Inszenierung. Aus einer halben Billionen Euro Schulden Simsalabim wird das Sondervermögen; als Löwe mit großer Geste ob Merz oder Trump gesprungen, landen sie als Bettvorleger; anstatt der angekündigten 40 Milliarden Einsparung beim Bürgergeld bleiben 20 Millionen aber sofort gerahmt mit »arbeitende Leut« Beschimpfung.

Die neue Zeit hat die CDU aus ihrer historischen Verankerung gerissen, von der Westbindung an die USA über den Proisraelismus bis hin zum Geschäftsmodell Exportweltmeisterökonomie – alles Verluste mit großem Phantomschmerz. Es bleibt ihnen anscheinend nur Feindbildstrategie, der Sündenbock: der Migrant, ohne den es volkswirtschaftlich in Deutschland kein gesellschaftliches Leben mehr geben würde. Der letzte Coup: ... Deutschland diskutiert über sexualisierte Gewalt gegen Frauen und der Bundeskanzler nennt die Migranten als primäre Ursache.³

³ Merz: die »explodierende Gewalt in unserer Gesellschaft und zwar im analogen wie im digitalen Raum« komme zu einem beachtlichen Teil »aus den Gruppen der Zuwanderer«.

Freiburg seit einem halben Jahr gefühlt im Dauerwahlkampf – erst die Landtags- dann die OB-Wahlen – erfährt als traditionelle Stadt des schönen Scheins besondere Inszenierungen.

Das größte Problem in Freiburg ist seit Jahrzehnten die städtische Wohnungsnot insbesondere fehlen preiswerte bezahlbare Wohnungen. Kommuniziert werden aber regelmäßig Erfolge, womit aber der Plan, die Projektion auf das Jahr 2030 gemeint ist; auf den OB Wahltermin hin steigerte sich die Spatenstich-Frequenz ... rastlose Tätigkeit fürs Wohnen simulierend. Die realen Zahlen der Sozialwohnungen sind jedoch in den letzten Jahrzehnten nur gefallen: von einem historisch schon sehr niedrigen Stand im Jahr 2015 mit knapp 3900 Sozialwohnungen bei 222 Tausend Einwohnern auf 3726 (bei 237 Tausend Einwohnern) im Jahr 2025 – bei der stadteigenen Stadtbau von 2607 in 2019 auf 2180 in 2025. Dieser Sozialwohnungsbestand deckt etwa 5 % der Freiburger Bevölkerung, während über 50% einen Anspruch auf eine Sozialwohnung hat.

Im Design, Digitalen und schönem Schein ist Freiburg ganz vorne: mit neuem Logo und Chatbot Assistenten auf der Homepage der Stadt Freiburg. Bei der Anfrage zu Sozialwohnungen in Freiburg gab er als Antwort: »Zu der Anzahl der Sozialwohnungen in Freiburg konnten in den verfügbaren Quellen leider keine Angaben gefunden werden.« (Anfrage am 20 Juni 2026) Eigenartig immerhin ist dies Freiburgs größtes Problem. Aber auf die Frage nach dem besten Restaurant und den Wohlfühlorten der Stadt war die Antwort in Sekundenbruchteilen schnellstens.

Willkommen in der neuen Wirklichkeit des schönen Scheins, der Sehnsucht nach Harmonie in der nichts mehr ist, was es scheint. Was hier geschieht, ist kein harmloser Spaß, auch keine bürokratisch-taktische Pirouette Finesse. Sondern diese Art von Politik beginnt den Konsens darüber, was real ist und was nicht aufzulösen, das Fundament unserer Gesellschaft wegzuspülen: den gemeinsamen Raum in der wir als Gesellschaft diskutieren und entscheiden. Und an deren Stelle wo noch vor kurzem Wissenschaft Politik beraten und hinterfragt hat, heute die PR Agentur, die Technik der politischen Kommunikation steht und produziert Schein.

Dazu passt, dass der Grog KI-Bildgenerator, der auf Wortbefehl fotorealistiche BILDER generiert, auf E. Musks X vom Freiburger Start Up Black Forest Labs stammt, der Nacktbilder und Bilder sexualisierter Gewalt an Frauen und Kindern generieren kann. Erst nach starkem Druck von verschiedenen Seiten reagierte X und gab bekannt, Vorkehrungen

getroffen zu haben, damit so etwas nicht mehr möglich sei; ist aber allem Anschein nach heute noch möglich.

Während real der Großteil der Bevölkerung materiell absteigt auch besonders in Freiburg neben München bundesweit die teuerste Stadt, die bürokratische Gängelung zunimmt, Freiheitsräume durch gentrifizierten Stadtumbau beschnitten werden und die Ärmsten aus der Stadt drängt, gibts gefühlte Gerechtigkeit nicht mehr. Die Jugendlichen fliehen in Depression oder digitalen Raum, wollen auswandern (21%) oder alles zusammenschlagen und die Zuwanderung hat sich gedreht. Erstmals wandern mehr Arbeitskräfte aus, als zu. Entsprechend war das Wirtschaftswachstum in Deutschland 0,2% 2025, im heute Einwandererfreundlichen Spanien dagegen 3%. Ein Drittel des deutschen Wirtschaftswachstums im letzten Jahrzehnt war durch Zuwanderung generiert.

Während der Großteil der Bevölkerung materiell absteigt hat die Akkumulation des großen Reichtums in den letzten 10 Jahren sprunghaft zugenommen – in Deutschland europaweit am stärksten. Ist aber ein Nicht-Thema. Obwohl in Einwohnerzahl weltweit im Mittelfeld, beherbergt Deutschland nach USA und China die drittmeisten Milliardäre. Die Dichte (bezogen auf Einwohnerzahl) der Superreichen hat in Deutschland den weltweiten Spitzenplatz, aber in keinem Land ist der Superreichtum so anonymisiert (in Stiftungen und Familienholdings) und kein Land beherrscht die Kunst des Verbergens medial und real und der Steuervermeidung traditionell so meisterhaft. Die rund 170–250 deutschen Milliardäre besitzen mit knapp einer Billion Euro – weit über ein Drittel mehr Vermögen als die ärmere Hälfte der deutschen Gesellschaft. Das Alleinstellungsmerkmal Deutschlands ist jedoch das interessante: Erbschaften und lange Kontinuität des Reichtums. Nur 18 Prozent der deutschen Milliardäre haben ihr Vermögen ganz ohne Erbschaft aufgebaut, in USA etwa 70 Prozent, in China 90%. Die Erbschaften stammen zu einem beträchtlichen Teil aus Arisierung und Zwangsarbeit während des NS. Ein Kapitel deutscher Geschichte, die erst jetzt 80 Jahre nach der NS-Herrschaft sich langsam lüftet.^{4,5,6}

4 Buch von Evan Osnos: Yacht oder nicht Yacht

5 Buch Peter Hayes »Geschäfte im Schatten des Holocaust. Deutsche Großunternehmen im Dritten Reich«

6 Buch: David de Jong »Braunes Erbe«

Freiburg – Insel der Seeligen ohne Rassismus?

Freiburg gibt sich im Selbstbild als tolerant und weltoffen, dieses Bild wird von »Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe GmbH & Co. KG« gepflegt, bearbeitet und propagiert. Für die Freiburger Stadtpolitik ist trotz eines steigenden Diskriminierungsdruckes auf Minderheiten und Migranten Rassismus kein Thema, obwohl etwa ein Drittel der Stadtbevölkerung davon betroffen ist.

Es gibt von Seiten der Stadt keine Aufmerksamkeit, keine Stellungnahme, kaum Ressourcen dafür aber denkwürdige Strukturen und Zeitverläufe: in der Stadtverwaltung gibt es einzig das »Referat für Chancengerechtigkeit« (mit 12 MitarbeiterInnen). Dieses Referat beinhaltet drei Geschäftsstellen: der »Stelle zur Gleichberechtigung der Frau« (eingerrichtet 1985) mit der städtischen Frauenbeauftragten, die Kontaktstelle Frau und Beruf« (1994 eingerichtet) und eine zweiköpfige Stelle »Diversity & Antidiskriminierung« (eingerrichtet 2025!). Diese Gewichtung drückt die Bedeutung die dem Grundgesetz Artikel 3 »Gleichheitssatz und Diskriminierungsverbot« und ihrer Merkmale im Einzelnen – Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Herkunft, Glauben, religiöse/politische Anschauungen, Behinderung – in der Freiburger Stadtpolitik und Verwaltung gegeben wird aus.

Im Bezug auf die rund 4000–4500 Stadtmitarbeiter⁷ ist die Stadt nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verpflichtet eine Beschwerdestelle für Diskriminierung und Mobbing zu einzurichten. In Freiburg gibt es eine solche unabhängige Stelle nicht, denn das Personalamt, der Dienstherr selber hat sich zur Beschwerdestelle gemacht. Dies ist nicht automatisch rechtswidrig aber juristisch höchst problematisch wegen offensichtlich mangelnder Unabhängigkeit. Das Vertrauen in die Wirksamkeit des Beschwerdeverfahrens ist so erheblich beeinträchtigt und hält Mitarbeiter von der Wahrnehmung ihres Beschwerderechtes ab. Wir haben noch nie von einem Diskriminierungsfall, der auf diesem Weg behandelt wurde, gehört. Also bleibt neben der Stadtbevölkerung den Mitarbeitern der Stadt bei Verletzung des GG Artikel 3 nur der Gang zum Rechtsanwalt.

7 Die Stadt ist nach der Universität Freiburg der zweitgrößte regionale Arbeitgeber

Im hinter uns liegenden fast sechs monatigen Wahlkampf in Freiburg spielte Migration nur als Sicherheitsfrage⁸ und als Arbeiter-Nachschub aus der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft eine Rolle, die Menschen die hinter diesen Objekt-Rollen stehen und ihr Leben, ihre Probleme hingegen gibt es nicht, sie sind gelöscht. Vertreterinnen des Migrantinnenbeirates Freiburg sprachen dieses Defizit im Interview zur OB Wahl an und forderten eine Politik gegen die systematische Diskriminierung und für Teilhabe in der Stadt ein.

Freiburg ist eine Stadt des neuen Mittelstandes (basierend auf Wissensproduktion) und seit rund 10 Jahren der zuziehenden Erben. Die »Koalition« dieser beiden Milieus dominiert die Atmo, Mentalität und Umgangskultur der Stadt. Dies hat die Stadt ähnlich teuer wie München gemacht nicht nur bei Immobilien, ebenso beim Essen. Der billigste Freiburger Döner ist doppelt so teuer wie der billigste in Berlin. In den mittlerweile fünf Sterne-Restaurants der Stadt kostet ein drei Gänge Menü, so viel wie das monatliche »Bürgergeld«. In Freiburg lebt extremer Reichtum mit extremer Armut – bezogen auf die Einwohnerzahl liegt Freiburg bundesweit bei der Zahl Obdachloser an der Spitze – nah zusammen aber scharf voneinander getrennt.

Gegen den völkischen (eliministischer/genozidalen) Rassismus geht die Stadt breit auf der Straße, tut sich aber schwer mit kulturellen⁹ Rassismus, der bis weit in linke Kreise reflexmäßig als Charakterisierung/Kategorie abgelehnt wird und jemand »Weißen« als »weiß« zu bezeichnen gilt in der Stadt bis heute als Beleidigung – ein absolutes Alleinstellungsmerkmal und dient im Diskurs zunehmend zur Abwehr/Ablenkung, um nicht über diskriminierendes Verhalten konkret reden zu müssen.

Rassismus wird als Bewusstseinsphänomen, als Ideologie und nicht als konkretes Handeln und vor allem nur als individueller persönlicher verstanden, während struktureller (Ost/West Spaltung der Stadt in

8 Migrantinnen werden somit aus der moralischen Kategorie des Menschlichen abgeschoben in die des Fremdkörpers, des Eindringlings, des »Anderen«. Wer als Anderer erscheint, wird nicht mehr als Individuum mit einer eigenen Geschichte, mit Gefühlen, mit Familie, mit Würde und einem persönlichen Schicksal betrachtet, sondern nur noch als Sicherheitsproblem definiert.

9 Kultureller Rassismus begründet gesellschaftliche Hierarchie über Kultur; das Individuum wird in dieser Vorstellung durch seinen »Kulturkreis« determiniert – Klassenzugehörigkeit, Bildungsgrad, Einkommen, Religionszugehörigkeit bleiben unbeachtet

Ressourcen, Klima und Infrastruktur) und institutioneller¹⁰ Rassismus kaum bis gar nicht in ihren Gesichtskreis gelangt. Verständlich ist dies, da der neue Mittelstand und die prekäre Intelligenz in diesen Strukturen profitiert und Privilegien genießt. Die Idee Privilegien zu teilen hat in der Stadt nie Platz nehmen können. Hingegen wird in der Stadt ein Kult der »großzügigen Spende« mit demütigen Beschenkten demonstrativ gepflegt.

Teile der Stadtbevölkerung und Verwaltung bis in die SPD und CDU (man denke an die NS-Filbinger-Kreise), reden noch heute von Fremden-, Ausländerfeindlichkeit und lehnen den Begriff Rassismus ab, weil dieser ihnen zu sehr an den NS erinnert. Dem NS Doku Zentrum wird Nestbeschmutzung vorgeworfen und Diskriminierungsfälle öffentlich zu machen sei ein Petzen und für die Stadt geschäftsschädigend. Offener Diskurs, (öffentlicher) Streit wird nicht als Instrument zur Klärung der Standpunkte verstanden, sondern als Störung von Ordnung, des allgemeinen Wohlfühls und Harmonie der »schönen Stadt«. Auswärtige Beobachter bezeichnen dies als »Intoleranz der Toleranten.«

Nur einmal – im Zeitraum 2018 bis 2026 – wurde Diskriminierung und Rassismus öffentliches Thema in Freiburg und zwar im Gemeinderatssaal am 23. September 2021: Tagesordnungspunkt der Roma/Sinti Diskriminierungsbericht 2021. Dies geschah auf des Beschlusses des Gemeinderates und nicht auf Initiative der Stadtverwaltung/-regierung. Die Amtsleitung Migration und Integration (AMI) lehnte den (im Frühjahr veröffentlichten) Bericht wegen »Fehlern«, die sie aber nicht öffentlich sondern nur intern diskutieren wollte, ab. Das AMI übernahm die Inszenierung/Choreografie samt Gegengutachten zu diesem Tagesordnungspunkt, der umfassend in seinen Redebeiträgen durch das rdl Radio dokumentiert ist.

Die Inszenierung: Das Podium im Zentrum: mit den zuständigen Bürgermeister, der Bürgermeisterin Schule, der Leiterin des AMI und dem Gegengutachter zum Diskriminierungsbericht Prof. Matter (Prof der Völkerkunde). In der Ecke des Saales unter der Treppe zur Empore die beiden Vertreter der Sinti und Roma (ohne Mikrofon). Auf der vollen Empore viele aus der (auch migrantischen) Zivilgesellschafts-Organisationen. Über eine halbe Stunde verlas der Professor sein bislang nicht bekanntes Gegengutachten. Der Autor des Roma/Sinti Diskriminierungsberichtes bekam drauf fünf Minuten um zu antworten. Diese Inszenierung war gewalttätig ange-

¹⁰ Siehe: »Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Abschlussbericht der InRa-Studie »Institutionen & Rassismus«

legt und kein sicherer Raum um über Rassismus und Völkermord reden zu können; und allem Anschein nach war es auch bewusst darauf angelegt die Minderheitsvertreter in ihre (dem AMI ja bekannten) Traumatisierungen zu triggern, mit der Hoffnung sie so öffentlich als »verrückt« vorzuführen? Dies gelang nicht trotz »demonstrativ ausfälligen« (RDL: buhen, grölen) Verhaltens seitens einer Reihe von Gemeinderäten. Diese Gesamt-Inszenierung oder Choreografie – wurde von der Mehrheit der Gemeinderäte (Grüne und Stadt für Alle u.m.) kritisiert und abgelehnt.

Das Gegengutachten¹¹: Es fängt an und hört auf mit der ältesten Herrschaftsstrategie »Spalte und herrsche« ... »Sinti und Roma keine geschlossene Einheit« (S.2/3), »Sinti, sowie – gegebenenfalls separat – mit migrierten Roma« (S 9), um dann als Ziel »die Schwierigkeit der Feststellung und Messung von Diskriminierung (zu) thematisieren«. Langsam Schritt für Schritt versucht er das Erfahren, die Wirkung und das subjektive Erfahren von Diskriminierung zu relativieren durch Einführung außenstehender Instanzen. Diese Instanz »prüft mit Belegen«, »juristisch und sozialwissenschaftlich«, »mit wissenschaftlichen Standards«, »Beschwerden auf ihre Berechtigung prüfen«, bis schließlich es eine »objektive Sicht« gibt. Und wenn dies nicht alles erfüllt ist, sind es »subjektiv erlebte Wahrnehmung aber keine Diskriminierung«!

Hinter dieser Argumentationsfigur steht, dass nicht die Wirkung für den/die Diskriminierte das entscheidende Kriterium für Rassismus ist, sondern letztendlich die Perspektive einer »objektiven« Instanz außerhalb und wer ist das?

Der Sprecher der Grünen erwiderte dazu: »... wenn ein Vertreter der Mehrheitsgesellschaft den Vertretern der Minderheiten erklären möchte, was sie als Diskriminierung empfinden dürfen und was als nicht diskriminierend, weil es faktisch keine Diskriminierung wäre... dann ist das nicht hilfreich sondern eine doppelte Diskriminierung, dann ist das ein Klammern an die eigene Deutungshoheit.«

Dann wechselt Matter schlagartig in seinem Gegengutachten den Ton. War er bis jetzt distanziert im versucht sachlichen Ton, wird es jetzt persönlich und sich steigernd emotional. Und er schließt kurz: »subjektive Wahrnehmungen (werden)... als objektive Tatsachen wiedergeben«, »weniger um konkrete, tatsächliche gegebene Diskriminierung

11 Abgedruckt: [„Anlage 1: Matter-Rede“ auf Seite 27ff.](#)

..., sondern es um eine weitgehende Unzufriedenheit des Romabüros« gegenüber »Stadtverwaltung« und den FreiburgerInnen ... geht. Die traditionelle Kluft zwischen Communities und Staatsapparat personifiziert er im Roma Büro und löscht die Jahrhunderte geschichtliche Sinti/Roma Erfahrungen mit deutscher und Freiburger Geschichte.

Mit diesem Anlauf landet er, dass das Roma Büro eine »bipolare Sicht« (S.6) und weiter Opfer-Täter, Gute-Böse vertrete, um beim klassischen Täter/Opfer Umkehrsalto zu landen: der »Diffamierung« der »weißen« durch das Roma Büro. Keine Argumentsfigur untermauert er mit so vielen Zitaten (» weiße alte wohl situierte Männer«, »Weißer Mittelstand«, »Weiße Mittzwanziger« »Weiße Verwaltung«.¹² Und schlussfolgert: Er ist »weniger ein Diskriminierungsbericht als vielmehr eine Anklageschrift« (S7). Anschließend – wieder abrupter Emotionswechsel – zeichnet er in sanftem Ton saturierter Selbstzufriedenheit Dankbarkeit erwartend, die doch so positive und großzügige Haltung der Stadt zu den Roma Westbalkan-Flüchtlingen.

Im Nachhinein nach Jahren gesehen war es doch eine »Sternstunde der Demokratie« einer deutschen Mittelstadt, besonders weil die gesamte Sitzung umfassend/praktisch vollständig in ihren Redebeiträgen dokumentiert ist. Wir schlagen vor daraus ein Brechtsches Lehrstück zu machen. Es auf dem nächsten Demokratietag in der Originalinszenierung aufzuführen möglichst mit den Original-Verantwortlichen-Personen vielleicht entsteht da doch noch auch mal ein Lerneffekt in der Bürokratie, wenn auch ein später?

EXCURS: FREIBURGER GESCHICHTE

Freiburg durch Strategien von PR Agenturen hochgehaltenes »weißes« Selbstbild verdrängt systematisch die Teile ihrer dunklen Geschichte. Und so lange diese nicht gehoben und integriert sind, werden sie weiterwirken: Generation für Generation.

Seit dem 15. Jahrhundert war bis zum Ende des 19 Jahrhunderts Freiburg »juden- und zigeunerfrei« und die erste Stadt, die im NS Regime wieder »zigeunerfrei« war. Freiburg war die einzige Stadt im Dreiecksland, die

¹² R. DiAngelo beschreibt in ihrem Buch »Weiße Fragilität« die Abwehrreaktionen weißer Menschen, wenn sie mit Rassismus und ihren eigenen Privilegien konfrontiert werden. Diese emotionale Reaktion dient oft dem Schutz des eigenen Selbstbildes

die Welschen (Migranten aus Italien und Frankreich) aus ihrer Stadt jahrhundertlang ausschloss und die letzte, die Juden und »Zigeuner« ihre Tore nach der Reichsgründung und da erst auf Druck des Bezirksamtes (heutige Regierungspräsidium) widerwillig öffnete. Als einzige katholische Universitätsstadt im Raum (alle anderen Basel, Straßburg, Tübingen, Heidelberg waren reformiert) erstellte sie jahrhundertlang die juristische Expertisen für die Hexenurteile, der im Raum reichlich betriebenen Inquisition. Und in der so viel und stolz in der Stadterinnerung vor sich hergetragenen 48er Revolution formierte sich in Freiburg die katholische Opposition gegen die jüdische Gleichstellung – geführt von K. von Rotteck, Professor, Historiker und Abgeordneter. Einem Art Stadtheiligen von Freiburg bis heute. Er meinte, dass »Judenemanzipation keineswegs eine zentrale Forderung liberaler Politik sein müsse, sondern dass sie dieser Politik sogar im Wege stünde.« Entsprechend kehrte er symbolisch bis 2015 dem Platz der Alten Synagoge als Denkmal den Rücken zu.

Nach dem NS -Völkermord an den Minderheiten kehrten die Juden nicht mehr in die Stadt zurück¹³, die »Zigeuner« aber wohl. Letztere versuchte die Stadt erneut mit allen Mitteln zu kriminalisieren und abzuschieben, sie scheiterte an deren Widerstand und musste schlussendlich in den späten 60ern die »Zigeuner« als Bürger der Stadt anerkennen.

In diese Spannung kam ich (in Familie) in der zweiten Hälfte der Fünfziger Jahre als Grundschüler aus dem multiethnisch/kulturellen Sarajewo in das (seit 100 Jahren erstmals wieder) rein »weiße« volksgemeinschaftliche Freiburg ins Flüchtlingslager Idinger Straße – ich als weit und breit einziger Brauner, dem aber seine Roma Wurzeln nicht bekannt waren. Im Lager unter den dort überwiegenden »Schwabos«¹⁴ aus Südost-Europa wurde ich als »Zigeuner« gelesen und entsprechend handfest behandelt, dessen ich mich als einzelner gegen Gruppen wehren musste. Mir wurde so klargemacht auch von der Lagerleitung und Polizei, dass ich der Aggressor, der Schuldige sei – einfach nur durch meine Existenz. Ich verstummte, verweigerte, sprach monatelang nicht mehr, verbot/trieb mir meine Erstsprache (ab) und versuchte über Beobachten

13 Die heutigen jüdischen religiösen Gemeinden in Freiburg setzen sich fast vollständig aus ab den 90igern aus Osteuropa migrierten Juden zusammen

14 Das Kaiserreich Habsburg kolonialisierte ihre kriegerisch eroberten südost-europäischen Räume mit Deutschen aus ihren Einflusszonen, so auch aus Vorderösterreich. Auf dem Balkan wurden sie »Schwabos« genannt. Während des II. Weltkriegs waren sie größtenteils Kollaborateure der NS Herrschaft und deren Mordtaten

und Statistiken neuen Weltbezug zu finden. Da trat ein Ereignis ein, das mir den Gegenspiegel gab. Ibn Saud, der Saudi Arabische König mitsamt Hofstaat war in Freiburg: das ganze Colombi gemietet, eine Daimler Fahrzeugflotte engagiert – die Innenstadt und die Schaufenster schmückten auf Orient um und ich wurde plötzlich begrüßt, freundlich zuvorkommend behandelt, x-fach eingeladen, vom schwarzen Daimler mitgenommen – wie ein Prinz behandelt. Plötzlich verstand ich diese spezielle Art der Freundlichkeit der Geschäftswelt in der Grenzstadt Freiburg, die sich in den jahrhundertlang geführten Kriegen immer wieder an wechselnd neue Herren anzupassen hatte und so dieses Verhalten quasi ihnen in ihre DNA übergang.

WIRKUNG auf die Roma und Sinti COMMUNITY – LAGE HEUTE

Unmerklich – Schritt für Schritt – findet seit zwei Jahren ein Rückzug der Roma/Sinti Communities aus der Öffentlichkeit auf »sich selber« statt; man/frau ist nicht mehr Roma oder Sinti, sondern gibt sich in der »weißen« Öffentlichkeit als Serbe, Albaner oder Sizilianer und vermeidet öffentlich romanes zu sprechen, um Diskriminierung und Verfolgung zu vermeiden. Dieser Rückzug in/auf die Community als wichtigsten Schutz- und gegenseitigen Unterstützungsraum – in eine Art »Wehrdorf« – folgt jahrhundertealter Erfahrung, wie auf Großwetterwechsel zu reagieren sei. Zwei Erfahrungen stehen beispielhaft für die gegenwärtige Lage: der Polizeihundebiss-Fall und der wieder aufgetauchte »böse Blick«.

Mit dem rassistischem »Groß-Klimawandel« ist auch der »böse Blick« wieder da; es ist ein Anstarren und Verfolgen auf Schritt und Tritt, ein eliminatorischer Blick, in deren Auge der »Zigeuner« ver-nichts-et wird – du bist auf einmal nicht mehr da – existierst nicht, wirst gelöscht in deren Auge; dies wird oft begleitet mit dämonisch anmutender Performance Augen Rollen, Abwehrgesten. Seit Jahrhunderten ist den Roma (und anderen Gesellschaftsgruppen) aus Südosteuropa, Nahem/Mittlerem Osten dieses gesellschaftliche Phänomen bekannt als Zeichen möglich kommenden Unglücks verbunden, ausgelöst oft durch/mit Neid.

Der Polizei-Hundebissfall wurde zu einer kollektiven Erfahrung (alle kannten ihn in der Community) unserer möglichen Rechtlosigkeit trotz Rechtsstaat und dass sein Wehren dagegen zur weiteren Diskriminierung

führte: seiner Abschiebung. Kurz: wegen einer Bagatelle – falsch geparktes Auto ohne Kennzeichen – wurde die Polizei gerufen, die mit Hund kam, welcher den Betroffenen heftig biss, was zur Not-OP führte; der jahrelange Versuch durch alle Instanzen zivil- wie strafrechtlich, dies vor ein Gericht zu bringen, scheiterten daran, dass keine der Staatsanwaltschaften ein öffentliches Interesse darin sah diesen Vorfall aufzuklären. Der Widerstand des Polizeihundebissopfers dagegen führte dazu, dass die Ausländerbehörde Schritt für Schritt seine Abschiebung vorbereitete und diesen Winter vollzog.¹⁵

Die überwiegende Großteil der Minderheit lebt ohne was auf der Kante zu haben, ökonomisch geldlich materiell von Tag zu Tag, ein wachsender Teil in und am Rand andauernder Katastrophen, in kumulierend-komplexen Problemen. 2, 3 Jobs ist unter Roma das neue Normal. Das Leben besteht so nur noch aus Arbeit und Schlafen, man »fühlt sich wie ne Zitrone ausgepresst« und wird dann noch als faul und Sozialleistungsbetrüger diffamiert.¹⁶

Häufige Folge daraus ist chronischer Dauerstress mit entsprechenden sich ausweitenden Krankheitsbildern: Diabetes, Bluthochdruck und Fettleibigkeit. Andererseits nehmen Jugend und junge Erwachsenen vermehrt Chancen in der Gesellschaft wahr; noch nie waren vor Ort so viele in weiterführenden Schulen, in Ausbildung, (erfolgreiche) Selbstständige und sogar ein paar Studenten.

Nach Jahren wo die Fallberichte für den Diskriminierungsbericht nur so reinflatterten, einer kleinen Bewegung unter Jugendlichen in Selbstermächtigung: Begriffe, Worte für konkrete Diskriminierungs-Erfahrung persönlich zu fassen und rassistische Angriffe auf sie verstehen zu lernen, tröpfelten in diesem Jahr die Fallberichte. Erst im Gespräch kamen die Diskriminierungsfälle langsam hoch. Über Diskriminierung und Rassismus ist in den Communities Bewusstsein gewachsen, darüber selbst nicht schuldig zu sein/sich nicht schuldig fühlen zu müssen und sich wehren zu können, ja sich wehren zu dürfen. Viele der Abwehrstrategien wurden auf den ein Jahrzehnt stattfindenden Jugendsommercamps an der Ostsee entwickelt, als beste Strategie entpuppte sich dabei immer Witz und Humor, wo du dir einen Spaß draus machst, die Lacher auf

15 In der Broschüre der MIA »Mit Recht gegen Antiziganismus« ist auf den Seiten 21–27 der Freiburger Polizeihundebiss-Fall juristisch aufgearbeitet worden.

16 Monitor: Sozialbetrug: wer wird hier eigentlich ausgebeutet?

deiner Seite zu haben. So auf die Dauer-Frage nach »Woher kommst du nun echt wirklich?«: »Aus meiner Mutter und du? Aus der Retorte (von IG Farben) oder Leihmutter (von Lebensborn)?«

Andererseits haben sich einige Wenige heute mittlerweile junge Erwachsene zu regelrechten ErzählerInnen, (siehe die meist längeren Berichte) entwickelt. Sie werden als Bildungselemente vom realen tatsächlichen Leben Zeugnis auf Basis von Erfahrungen abzulegen nicht mehr verloren gehen.

Die jungen Erwachsenen der Sinti sind deren erste »freie« Generation seit Gedenken, bei den Flüchtlings-Jugo Roma die erste Freie seit den Bürgerkriegen. Wenn auch die Meisten insbesondere die Alten sagen: es wird sich mit dem Rassismus hier in Deutschland nichts ändern, haben sie möglicherweise/vielleicht leider recht. Ist aber nicht das Wichtige. Das Wesentliche ist dass wir uns im Laufe unserer jahrzehntelangen Arbeit geändert haben: freier (von Introjekten/Zuschreibungen/Stigmata) und gleichgewichtig stabiler geworden sind; wir wissen mehr, was wir wollen mit eigenem Weltbezug und in unseren Vorhaben sind wir nicht mehr so leicht aus der Spur/Plan durch Rassismus aller Art zu bringen. Beispielsweise innere Distanz schaffen durch sachliches Nachfragen oder drüber hinweglächeln oder stur nicht beachten.

Diskriminierung/Rassismus verstehen zu lernen das Bild dahinter sehen zu lernen als DEREN ZIGEUNER-PROJEKTION-KOMPLEX, der etwas über sie aussagt, aber nicht über uns. Geh hindurch und versuch auch die Diskriminierer/Rassisten zu verstehen, ihn »mitzudenken«, um es je nach Situation für dich zu nutzen. Nehm dir die Frauen zum Vorbild, sie machen es schon Jahrzehnte/hunderte vor.

Dies schafft eigene Deutungsmacht und größeren Handlungsspielraum. Dies ist leicht gesagt, aber wie ists wo eine geschlossene Abhängigkeit insbesondere bei Behörden, Arbeitgeber oder Schulen besteht?

Dort wo seit Jahren und auch dieses Jahr die meisten Diskriminierungsfälle stattfinden.¹⁷ Wo ein Herauszögern der Schulbescheinigung, das Kindergeld in Frage stellen kann; das immer wieder Behaupten Unterlagen würden fehlen Unterstützungsleistungen in die Ferne rücken lässt; die Job-Kündigung eine Abschiebung wieder möglich macht? Hier bestehen größte Unsicherheit und reale Ängste gegen die eigene Diskri-

17 Von insgesamt 133 Fällen sind 80 aus Behörden, Schule und Arbeit

minierung vorzugehen, weil in der Regel mit weiterer Diskriminierung als Folge zu rechnen ist. Dies ist der kritische Raum.

Auch an Schulen und Kitas scheiterte der Versuch der Runden Tische (soweit wir dies übersehen in Freiburg und Regio) Diskriminierungsfälle aufzuarbeiten, um daraus gemeinsam zu lernen, wie Diskriminierung/Rassismus konkret abgebaut werden kann. Und nicht nur sich das Schild »Antirassistische Schule« umgehängt und ach »Wie toll – wir sind«, bitte alle lächeln Selfi-Foto.

Unsere Erfahrungen: Es endete in jedem Fall mit Aussage gegen Aussage und schlussendlich mit der Demütigung des Diskriminierten, der den Fall öffentlich machte. Dabei war zu Beobachten, mussten wir erleben, dass schon die Erwähnung des Vorfalls als Diskriminierung/Rassismus eine negative Abwehrhaltung quer durch alle Beteiligten hervorrief – was doch nicht WIR? Hier gibts keinen Rassismus! Es bestand so wenig Souveränität, bei zugleich teilweise heftigen persönlichen Angriffen: z.B. Unterstellung den Runden Tisch mit SmartPhone aufzuzeichnen, zum Thema vonseiten verschiedener Leitungen, dass der Schluss nahe liegt, es hier hinter der öffentlich präsentierten Einheit(s-Starre) ein schwaches verletzliches Selbstbild sich bei diesem Thema verbirgt. Was uns zur Vorsicht gemahnen sollte!

Uns scheint, dass die größte Hürde für antirassistische Maßnahmen bzw. das gesellschaftliche Bollwerk des Rassismus in den behördeninternen Abwehrhaltungen und den in Institutionen gelagerten Wissensbestände liegt, zumal die Institutionen gesellschaftlich die Macher gesellschaftlicher Wirklichkeiten der Hierarchien sind.

Hier an den einzelnen Behörden sollten vordringlich direkt Beschwerde-mechanismen eingerichtet werden: in jede Behörde eine Beschwerde-stelle. Es braucht für alle Menschen, die in den Kontakt mit der Behörde (auch Schule, Kita) transparente, niedrigschwellige, einheitliche und anonyme Beschwerdemöglichkeit und keine Stelle im abstrakten im städtischen Irgendwo – so für Freiburg eine Antidiskriminierungsstelle mit dem Träger der »pro familia«¹⁸.

Diese Entwicklung stärkt und zementiert die Hierarchisierung der Gesellschaft und gebiert ununterbrochen neue Hierarchien wie die unter den Asylflüchtlingen. Das Wehren gegen Diskriminierung (in den geschlos-

18 Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e.V., was die wohl mit Rassismus zu tun haben?

senen Räumen: Arbeit, Schule, Behörden) ist bis heute ein Privileg, für die, die es sich leisten können einen Rechtsanwalt zu bezahlen.

Andererseits ersparen Hierarchien für die – zumeist überforderten – Behördenmitarbeiter mühsame Beziehungsarbeit, da diese eine Arbeit unter gleichen wäre und auf Urteilskraft jeweils differenzierter Wirklichkeit beruhen würde. Stattdessen befördern Hierarchien zwanghafte (sog. antidemokratische) Körper, die sich durch jede differenzierte Wirklichkeit (sei es eine Frau, Erotik oder schwieriger Fall) bedroht fühlen, Kontrollverlust als Bedrohung ihrer brüchiger Körpergrenzen erleben. Dass an der Hierarchiespitze nur »weiße« sind, und auf der untersten Stufe immer »Neger« und »Zigeuner« – welch ein Zufall. Daran hat sich in den Jahrzehnten und Jahrhunderten nichts geändert. Anstatt demokratischer Prinzipien der Beziehungsarbeit schleichen sich mit ansteigenden gesellschaftlichen Hierarchisierungsprozessen faschistische Prinzipien ein.

Wer sollte sich da wundern, dass in solchen Milieus Streit um der Sache willen nicht geben kann/darf. Entweder er wird im Vorfeld weggeregelt oder die Fragestellung wird ignoriert. Das ist eine politische Leerstelle im öffentlichen Diskurs der Stadt auf die wir seit 10 Jahren hinweisen und niemals eine Antwort bekommen außer dem Ausbau des Scheins. Was soll denn so schwer sein, sich scharf zu widersprechen und trotzdem sich die Hand zu reichen. Positionen die man für falsch hält auszuhalten, ohne das Gegenüber zu entmenslichen. So entsteht Streitkultur, die nicht harmonisiert, aber zivilisiert, man würde darüber sozusagen sich zu freundschaftlichen Feinden und feindlichen Freunden ausdifferenzieren.

Dass aus solchem Milieu die Kommunikationstaktik der Verleumdung Platz greift, wundert nicht, ja liegt auf der Hand. Diese zeichnet sich darin aus, dass sie keine politische inhaltliche Stellung bezieht, keine öffentliche Debatte um Standpunkte führt aber dafür um so intensiver persönlich zu diffamieren versucht. Sie ist also erst mal eine Taktik der Feigen und darüber hinaus eine kommunikative Ausdrucksform des Ressentiments. Nicht nur als diffamierender Angriff auf die (leitende) Person, sondern für den Akteur eine indirekte nach außen projektive Verarbeitung seiner Ohnmacht, Neides oder unterdrückter Feindseligkeit. »Statt der Ansicht und Absicht des politischen Gegners mit Sachargumenten oder auch mit moralischen Argumenten zu widersprechen, qualifiziert man moralisierend die Person dieses Gegners und gibt sich öffentlich erstaunt und empört, was für einer er doch sei. Statt eine Absicht zu

tadeln, tadelt man, sie zu haben, und statt eine Absicht zu rügen, erklärt man, hier sehe man doch, um wen es sich handelt«. ¹⁹

Das Problem konkrete Lebensrealität beschrieben von Selbstbetroffenen nicht anerkennen zu können/wollen, vorschreiben zu wollen was man wie zu reden hat und bei Nichterfüllen dieser Erwartung nicht die öffentliche Debatte drüber anzustrengen sondern den öffentlichen Diskurs versuchen zu lenken, führt dazu, dass die unteren Schichten in der libertären Rebellionsgeste der AfD sich wiederfindet und von den sich autoritär wendenden Linken abwendet. Diese Politiktaktik ist also kontraproduktiv für die Demokratie und stärkt offensiv antidemokratische Kräfte in der Gesellschaft.

Unser Bestreben ist eigene rassistische Erfahrungen zur Analysegrundlage zu machen, um Emotion, Denken und Handeln wieder in Eins und zu einer »leuchtenden« Kraft zu bringen. Und noch was, wir können es nicht genug wiederholen, Rassismus wie auch Faschismus sind nicht Ideologie sondern vor allem soziale Praxis.

Mit unserer bald 10 jährigen Antidiskriminierungsarbeit mittels jetzt sieben Roma/Sinti Diskriminierungsberichten haben wir ein Wissen-Praxis-Macht Archiv mit knapp 1000 Fallberichten des Widerstands und der Deutungsmacht aus der Perspektive der Roma und Sinti geschaffen. Dieser Roma/Sinti Wissens-Praxispool eigener Geschichte wird egal von wem den Communities der Roma und Sinti in Freiburg und außerhalb nicht mehr zu nehmen und nicht zu löschen sein. Während bis heute für Teile der Stadtverwaltung die Diskriminierungsberichte ein Rotes Tuch sind, werden außerhalb von Freiburg »die Freiburger Antidiskriminierungsberichte (als) europaweite Pionierleistung« bewertet. ²⁰

19 in »Politischer Moralismus Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft« Berlin 1987, S54, beschrieb es H. Lübke schon in den 80igern.

20 Siehe: [„Anlage 2: Mia-Stellungnahme“ auf Seite 36f.](#)

MEHR DEMOKRATIE UND ENTFEUDALISIERUNG

Unbestreitbar besteht in Deutschland eine Legitimationskrise der liberalen repräsentativen Demokratie. Für Freiburg – Schein und Verleumdung – oben beschrieben. Dem jüngsten Deutschland-Monitor zufolge finden fast drei Viertel der Bundesbürger, dass sich die Demokratie in den vergangenen zehn Jahren zum Schlechten entwickelt hat. Es besteht ein mehrheitliches (und nicht nur der Sinti und Roma) Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen.

Die einzige wirksame Antwort darauf ist Demokratie auszuweiten und zu vertiefen auf alle Menschen, auch auf die, die in Deutschland bislang keine Wahlrecht haben. Dabei gehts im wesentlichen nicht um die Wahlen, sondern um die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse, ob die Betroffenen miteinbezogen werden in die Entscheidungen oder den Fall im Nachhinein, nach der Entscheidung noch abnicken dürfen. Dazu bedarf es neben einer großen gesellschaftlichen Debatte die Aktivierung der Bürger als Handelnde und nicht als (Harmonie- und Wohlgefühl-) Konsumenten von Simulation schönen Scheins.

Wie wir – die Community – aus dem Polizei-Hundebissfall lernen durften besteht in Deutschland keine Gewaltenteilung, sondern ein Weisungsrecht des Justizministers (als Vertreter des Exekutive). So ist es nicht möglich, dass wie in Israel gegen die Ehefrau des Ministerpräsidenten oder wie in Frankreich gegen ehemalige Präsidenten der Prozess geführt wird. In Deutschland gibt/gab es ebensoviele Skandale an der Gesellschafts- und Staatsspitze: die Illegalen Parteispenden, die Cum Ex Geschäfte oder die sexuellen Übergriffe eines Burda, aber es gab nie weder Anklage noch Prozess. Der Grund: Der Generalstaatsanwalt im jeweiligen Bundesland wird vom (Landes-)Justizminister besetzt und der Justizminister hat ein direktes Weisungsrecht.²¹ Die Weisungen des Justizministers müssen nicht schriftlich dokumentiert werden und werden auch in der Praxis nicht. Öffentlich machen darf der

21 Dies geschieht auf Grundlage des Gerichtsverfassungsgesetz §147 Nr. 3 i. V. m. §146 GVG. Es handelt sich um ein preußisch-historisches und obrigkeitsstaatliches aus dem frühen 19. Jahrhundert stammende also feudales Recht. Die Exekutive will und kann auf diese Art Einfluss nehmen auf das, womit sich die Gerichte beschäftigen. In EU heute führt diese Besonderheit dazu dass sie Beschlüsse von deutschen Staatsanwaltschaften nicht anerkennt sondern nur mit Richterbeschluss

Generalstaatsanwalt diese ebenfalls nicht, auf jeden Fall kann er dann seine Karriere vergessen. Vom Generalstaatsanwalt gibt es dann eine direkte Weisungskette bis runter zum einzelnen Staatsanwalt.

Was hieße dies bei einer möglichen demokratischen Regierungsübernahme durch eine antidemokratische, totalitäre Partei? ... Die Justizministerin, also Executive weist die den gesamten Staatsanwaltskörper an, was er tun und was er lassen soll. Also ein Tor zur totalitär-demokratischen Machtübernahme.

An diesem Beispiel erfahrener Wirklichkeit (das Polizei Hundebissopfer wurde Anfang 2026 abgeschoben ohne jegliche prozessuale Aufklärung des Polizei-Übergriffs) wird deutlich, dass unser Kampf als Minderheit nicht für uns sektiererisch/spalterisch um Sonderrechte, wie so gerne kolportiert wird, geht, sondern unsere antirassistische Arbeit einen gesellschaftlichen Beitrag für eine demokratischere, diskriminierungsfreiere deutsche Gesellschaft leistet. Oder wie würde die USA heute dastehen ohne ihre 60/70iger Jahre Bürgerrechtsbewegung?

Das nächste Demokratiemanko liegt in der gegenwärtigen Haltung der vierten Macht der Demokratie: der Medien/Presse. Eine eigentümliche Tendenz besteht in Deutschland, darin, dass viel über das Wie, Beziehungsfragen und Politikbetrieb berichtet wird aber kaum über das Was, Politik selbst. Die Medien kaum als Berater auftreten über Politik. Was interessiert den Bürger/Menschen ob Merz mit wem kann und mit wem Streit hat, welche Intrige, Verleumdungskampagne gerade durchs Dorf Regierungsviertel getrieben wird?

Was den Bürger interessiert ist wie das Land Rente, Gesundheitsversorgung, Steuern, Schule und vieles mehr wieder hinkriegt. Ob Deutschland als ganzes mit allen seinen BürgerInnen noch ein Solidar-Land der Gleichen ist oder schon ein Privilegien-Fragmente-Dschungel in dem gerade ein gegenseitiges Schlachten anhebt.

Die aktuell gegenwärtig Großen Fragen und Probleme nach Steuer, Rente und Krankenversicherung sowie Pflege und Schule sind im Grunde einfach zu lösen, indem die feudalen Privilegien, die in die Fundamente der Bundesrepublik eingelassen sind, aufgehoben werden. D.h. durchgängig das Kaiserliche Dreiklassenrecht abzuschaffen bei der Besteuerung, in der Kranken- und Rentenversicherung für das Schulwesen – es keine Ausnahmen mehr gibt, sondern alle der Geldadel, die Selbstständigen, die Beamten alle ihren anteilmäßigen (nicht nur auf

Arbeit sondern auch auf Gewinne, Kapitaleinkommen, Immobilienbesitz und Vermögen) Beitrag leisten, dann gäbe es in Deutschland kein Finanzierungsproblem mehr. Bei »Einer Krankenversicherung für Alle« wäre so nur noch die Hälfte (wie in Österreich) an Beitrag nötig, in der Rentenversicherung wären es etwa 1400 Euro Grundrente (wie Niederlande); bei der Steuer: würde die faktische feudale Steuerfreiheit für den Geldadel abgeschafft und Vermögen und Arbeit gleich besteuert werden.

Schlussendlich würde die endlich endgültige Trennung von Kirchen und Staat jährlich mehrere Milliarden der Allgemeinheit, dem Staatshaushalt bringen. Bis heute werden jährlich als Entschädigung für Enteignungen aus dem frühen 19. Jahrhundert über 650 Millionen vom Staat an die Kirchen gezahlt, laut Grundgesetz müssten sie schon lange eingestellt sein, laufen aber unbeachtet weiter. Die Ironie der Geschichte: Wenn es um die Frage finanzieller Entschädigung für NS-Opfer geht, kommen die Abwehrreflexe, das sei alles doch so lange her ...

Und die bislang feudal geschützten Kirchen Zonen in der Gesellschaft würden endlich demokratisiert werden. Sie werden sagen, dass die christlichen Kirchen dann pleite seien; Unsre Antwort: geht an ihre dreistelligen in Fonds versteckte MRD Immobilienvermögen. Die katholische Kirche ist der größte Immobilienbesitzer Deutschlands. Und gebt das Münster an die Freiburger Bürgerschaft zurück, sie hat das Münster gebaut, finanziert und instandgesetzt und keineswegs die katholische Kirche. Lasst das Münster das Symbol der Stadt wieder zur Bürgerkirche werden als Versamlungs- und Veranstaltungsort und interreligiöser Raum, was sie ja jahrhundertlang war. Erzbischofsitz ist das Münster gerade mal etwas über 100 Jahre. Und nach den Skandalen die sich das Erzbistum all die Jahre beständig leistet ist dies auch längst überfällig.

Ok, fromme Wünsche, Traumtänzer ... werden jetzt viele sagen und insbesondere die Klempner der Macht. Wir sind in Zeiten großer Veränderungen und da braucht es vor allem emotionale Zukunftserzählungen, konkrete Utopieprojekte und keine verlogenen PR Blasen. Wir stehen an einer Weiche entweder alle Bürger sind an den politischen Entscheidungen und an der Finanzierung des Gemeinschaftlichen beteiligt oder man setzt auf irrationale Polarisierung, Personalisierung und zielt auf »Erlösung« bzw. Apokalypse.

SINTI UND ROMA: ENTFEUDALISIERUNG

In Deutschland leben derzeit 1–1,5 Millionen Roma und Sinti (nach Schätzungen von Roma Organisationen) – darunter etwa 60–70 Tausend Sinti mit meist deutschem Pass und rund 100–120 Tausend Roma mit deutschem Pass ... die Zahl letzterer steigt durch Einbürgerung stetig und übertrifft die Zahl der Sinti schon heute. Während die Sinti eine relativ einheitliche Volksgruppe sind, sind die Roma sehr heterogen einerseits aufgrund ihres Status in Deutschland (deutscher Pass – Asyl Geflüchtete – EU Staatsbürger – Ukrainische Romaflüchtlinge – ehemalige Gastarbeiter oder Staatenlose), andererseits aufgrund ihrer Herkunft (Land/Volksgruppe: aus aller Welt.). Der Großteil an Zahl der Roma sind derzeit EU Bürger aus Rumänien und Bulgarien, in jeder Stadt gibt es heute Kreise dieser beiden Roma Gruppen, konzentrieren tun sie sich in NRW im Ruhrgebiet, unter ihnen gibt es kaum welche mit deutschem Pass. Bei den Gastarbeiter-Roma seit den 60iger Jahren vor allem aus dem ehemaligen Jugoslawien aber auch aus Griechenland, der Türkei, Italien und Spanien besteht eine fast 100%ige Deutsche-Pass-Quote ... sie leben in Deutschland in vierter Generation, die meisten als »Deutsche« geboren. Dazu kamen die Jugo-Bürger-Kriegsgeflüchteten der 90iger Jahre. Seit den letzten Jahren kommen vom Ukraine-Krieg flüchtende Roma hinzu.

Alle diese Gruppen werden unterschiedlich behandelt, wobei auf der untersten Stufe mit den schlechtesten Bedingungen die Gruppe der Jugo-Kriegsflüchtlinge steht, die nicht als besonders Schutzbedürftige Gruppe anerkannt wird und am meisten (oft auch als Moslems) von Antiziganismus betroffen ist. In dieser Gruppe ist die Quote Überlebender und Nachkommen des NS-Völkermords aber auch des siegreichen Partisanen-Widerstandes besonders hoch. Im Vergleich zu jüdischen NS-Überlebenden wird die eklatante Ungleichbehandlung deutlich. Letztere werden als Flüchtlinge direkt anerkannt (müssen kein Asylverfahren durchlaufen) erhalten eine dauerhafte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis und Zugang ins Sozialsystem. Hingegen Roma durch den NS in gleicherweise verfolgt und ermordet, müssen das Asylverfahren durchlaufen in ständiger Abschiebungsfahr – erhalten keine Aufenthaltserlaubnis und müssen sich über Bewährung in der Lohnarbeit in den Status des Aufenthalts hocharbeiten. Diese Roma stehen bis heute auf der untersten Stufe der Flüchtlingshierarchie. Bis heute wird von der Politik diese Anerkennung verweigert, obwohl es eine der zentralen Forderungen des Berichts

der Unabhängigen Kommission Antiziganismus ist. Die Politik verwehrt sich somit ihrer historischen Verantwortung.

Auch ein Staatsvertrag zwischen der Bundesregierung und den Dachorganisationen der Sinti und Roma – seit Langem gefordert – steht noch aus. Hier steht es jedoch anders. Auf Bundesebene blockieren zwei Sinti Gruppen, die in Baden-Württemberg ihre Zentren haben und jeweils für sich den Anspruch erheben »deutsche Roma und Sinti« zu vertreten sich gegenseitig. Wenn man dies aus Halbdistanz beobachtet, haben sich beide selbstmörderisch ineinander verbissen auf der Ebene der Verleumdungen bis hin zu persönlicher Rache. Sie kämpfen gegeneinander mit Geisterarmeen, Geheimdienstoperationen und PRAKTISCH nur vor Gerichten. Unter dieser Generation führender Sinti ist ein Typ dominierend der des absolutistischen Fürsten mit entsprechenden Lebensstil. Sie nennen sich Vorstandsvorsitzende und führen Firmenkonglomerate, sind aber nicht bis kaum demokratisch legitimiert. Woran dies zu erkennen ist? Welcher Indikator? Aus diesen beiden Gruppen kommt kaum bis kein Nachwuchs aus der eigenen Community. Sie müssen ihre Arbeitskräfte bei den Roma und bei den »Weißen« mit dem Geld, was sie für Community Arbeit bekommen, einkaufen.

Diese Organisationen, die aus der Bürgerrechtsbewegung der 80/90iger Jahre stammen, sind nicht mehr zeitgemäß. Sie repräsentieren nicht mehr die Realitäten des Roma und Sinti Lebens in Deutschland im Jahr 2026. Die Communities werden andere neue Wege finden müssen.

Anlage 1: Matter-Rede

Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister von Kirchbach,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Buchheit,
sehr geehrte Ausschussmitglieder,
und sehr geehrte Gäste,

ich danke Ihnen, dass ich heute in diesem Gremium mit dem Blick von außen einige Gedanken zum aktuellen Diskriminierungsbericht des Freiburger Roma-Büros einbringen darf.

Ich erlaube mir, erst auf Diskriminierung allgemein etwas einzugehen, möchte dann auf gegen Sinti und Roma gerichteten „Rassismus“ zu sprechen kommen, danach werde ich Diskriminierungserfahrungen sowie die Schwierigkeit der Feststellung und Messung von Diskriminierung thematisieren und schließlich darauf hinweisen, was Berichte leisten können – und was nicht. Eine Klärung dieser Sachverhalte ist meines Erachtens eine wichtige Voraussetzung, um die Stärken, aber auch die Schwächen des vorliegenden Roma/Sinti-Diskriminierungsberichtes 2021 des Romabüros benennen und diskutieren zu können.

„Diskriminierung“ ist ein Problem, das zu Recht immer mehr ins öffentliche Bewusstsein tritt. Es handelt sich um einen sehr weiten vieldeutigen Begriff bzw. ein sehr komplexes Phänomen, das es zu erfassen gilt. Hinter jeder Diskriminierung steckt eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. Diskriminierung meint Ausgrenzung, d.h. ein Verhalten, „das auf einer Unterscheidung basiert, die aufgrund natürlicher oder sozialer Kategorien getroffen wird, die weder zu den individuellen Fähigkeiten oder Verdiensten noch zum konkreten Verhalten der individuellen Person in Beziehung stehen“. Diskriminierung reicht von Herabsetzung bis hin zu offener Gewalt. Im rechtlichen Sinn versteht man unter Diskriminierung eine „Ungleichbehandlung einer Person gegenüber anderen Personen aufgrund einer (oder mehrerer) rechtlich geschützter Diskriminierungskategorien *ohne einen sachlichen Grund*, der die Ungleichbehandlung rechtfertigt.“ Diskriminierungsopfern werden – nach deren Empfinden – Ressourcen verweigert, wie Informationen, Arbeit, Wohnraum, Leistungen für die Lebenssicherheit, Bleiberecht und die Möglichkeit, Perspektiven zu entwickeln. Sie klagen aber auch über nicht gegebene gesellschaftliche Anerkennung, und eine nicht fraglos gegebene Zugehörigkeit.

Ausgangspunkt von Diskriminierung sind Bewertungen der Eigen- und der Fremdgruppe anhand von tatsächlichen oder zugeschriebenen gruppenspezifischen Merkmalen.

Da wir in familien-, milieu-, regional-, nationale und gegebenenfalls auch minderheitenspezifische Zusammenhänge hineingeboren und in diesen auch wesentlich sozialisiert werden, betrachten wir die Werte und Normen, auch etwa Verhaltensregeln und alltägliche Selbstverständlichkeiten, unserer eigenen Gruppe häufig als die (einzig) wirklich wahren und richtigen, andere als fremd.

Als fremd empfinden wir das uns Unbekannte, das Unvertraute, das uns beunruhigt, weil wir über keine gesicherten Erfahrungen mit ihm verfügen. Fremdheit ist nach dem Soziologen Alois Hahn keine Eigenschaft, auch kein objektives Verhältnis zwischen Personen oder Gruppen, sondern die Definition einer gegenseitigen Beziehung. Fremdheit wird zugeschrieben und immer wieder neu erzeugt. Auch gilt: Wenn Fremdheit eine gegenseitige Beziehung ist, dann ist der Fremde *mir* so fremd, wie auch ich *ihm* fremd bin, d.h. wir sind uns gegenseitig fremd.

Wir alle sind – seien wir Mehrheits- oder Minderheitsangehörige – in einer gewissen Weise gruppen-, oder eben auch ethnozentrisch. Wir alle haben Vorurteile, wir müssen uns aber auch klar darüber sein, dass wir welche haben. Entscheidend ist, dass wir nicht alles, was anders ist, ablehnen, sondern offen sind und dass wir der/dem Anderen bzw. den Anderen, auch wenn wir deren Auffassungen und Lebensweisen nicht teilen, doch immer Respekt entgegen bringen. Es geht um einen gegenseitigen kultursensiblen Umgang miteinander.

Gleichzeitig gilt: Minderheitenangehörige erleben oft, dass sie in erster Linie häufig nicht als Individuen gesehen werden, sondern als Vertreter oder Vertreterin einer Gruppe, die als in sich geschlossen und einheitlich wahrgenommen wird und gegen die - meist emotional geprägte - Vorurteile bestehen.

Roma und Sinti erfuhren und erfahren Diskriminierung seit langer Zeit und in einem besonderen Maße. Diese besondere Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit kann sich auf institutioneller, zwischenmenschlicher und auf diskursiver Ebene bewegen und scheint erschreckenderweise eine der wenigen immer noch halbwegs tolerierten Formen von Rassismus zu sein. Die von Stereotypen, Abneigung und Feindschaft geprägte Einstellung und Verhaltensweise gegen als Sinti und/oder Roma wahrgenommene Menschen hat sich historisch als ökonomische, gesellschaftliche oder staatliche Diskriminierung, politische Verfolgung bis hin zu Vertreibung, Internierung, Zwangssterilisierung und im Nationalsozialismus gar bis zum staatlich organisierten Völkermord manifestiert.

Eine kurze Anmerkung noch: „Sinti und Roma“ werden häufig in einem Atemzug genannt, nicht nur im hier vorliegenden Bericht, sondern auch anderswo, so in der Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes von 2014 oder dem vor kurzem

erschienen Bericht der „Unabhängigen Kommission Antiziganismus“. Das ist meines Erachtens falsch, da Sinti und Roma keine in sich geschlossene Einheit bilden.

Wie geht man nun Diskriminierung auf den Grund? Für die Antidiskriminierungsarbeit sind in der Gesellschaft erhobene Daten zu Verbreitung und Intensität von Diskriminierung von zentralem Wert. Um diese zu gewinnen und Aussagekraft zu erzielen, müssen verschiedene Ansätze verfolgt werden. Um ein Bild über die Verbreitung und zu den Arten von Diskriminierung zu erhalten, werden meistens: 1. die Einstellungen der Bevölkerung, insbesondere der sog. Mehrheitsgesellschaft, 2. die Wahrnehmung der Betroffenen abgefragt und 3. die Fakten, die daraufhin geprüft worden sind, ob sie plausibel, also annehmbar, einleuchtend und nachvollziehbar sind, dargelegt. Nur eine Zusammenschau dieser verschiedenen Perspektiven erlaubt es dann einigermaßen belastbare Schlussfolgerungen zu ziehen.

Zu den Einstellungen von Angehörigen der sog. Mehrheitsgesellschaft macht der vorliegende Bericht keine expliziten Aussagen, bzw. will auch bewusst keine machen. Man darf aber davon ausgehen, dass Ergebnisse anderer empirischer Studien auch in Freiburg gelten. Tatsächlich werden Sinti und Roma von einem beträchtlichen Teil der deutschen Mehrheitsbevölkerung nicht als gleichberechtigte Mitbürgerinnen und Mitbürger wahrgenommen.

Um diese Ergebnisse repräsentativer Studien einordnen zu können, ist neben einer quantitativen auch eine qualitative Dokumentation von Rassismuserfahrungen von Sinti/Sintize und Roma/Romnja sinnvoll. So empfahl schon 1998 die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, neben statistischen Daten über rassistische und diskriminierende Handlungen auch Erfahrungen und Wahrnehmungen von Diskriminierungsopfern zu sammeln. Die Anerkennung des Wertes der Erfahrungen von Diskriminierungsopfern sei eine wichtige Botschaft sowohl an die gesamte Bevölkerung als auch an die betroffene Gruppe selbst.

Subjektive Diskriminierungserfahrungen sind wichtige Indikatoren für gesellschaftliche Schieflagen und Missstände. Gesellschaft wird in vielerlei Hinsicht geprägt durch die Wahrnehmung ihrer Mitglieder.

Dieser unbestritten wichtige Zugang zu Informationen geht dabei aber auch mit einer gewichtigen Einschränkung einher, dass nämlich die subjektive Erfahrung von Diskriminierung nicht immer einer ‚objektiven‘ – unabhängig ob im juristischen oder sozialwissenschaftlichen Sinne – Definition von Diskriminierung entspricht. Abweichungen sind dabei in beide Richtungen möglich: Nicht jede wahrgenommene Benachteiligung ist auch nach sozialwissenschaftlichem oder rechtlichem Verständnis

ein Fall von Diskriminierung, aber umgekehrt wird auch nicht jede tatsächliche Diskriminierung von den Betroffenen als solche wahrgenommen.

Dennoch ist die Sicht der Opfer von Diskriminierung sehr wichtig. Wir sind uns sicher darin einig, dass ein Opfer eine Tat ganz anders empfindet, als ein Täter. Opfer von Ausgrenzung und Geringachtung erfahren oft aufgrund ihres – vielleicht nur geringfügig – andern Aussehens, ablehnende Haltungen und Äußerungen des Öfteren. Wenn ich immer und immer wieder in der Straßenbahn oder auf der Straße angestarrt werde, wenn ich immer wieder gefragt werde: „Woher kommst Du?“ usw., dann nervt das (salopp gesagt). Man wird sensibler und achtet besonders darauf, ob Aussagen und/oder Verhaltensweisen Anderer als diskriminierend bzw. antiziganistisch gemeint und einzuordnen seien. Nicht alle Akte, die eine/einen Minderheitenangehörige/n verletzen, haben ihren Grund darin, dass die/der Betroffene Angehöriger einer Minderheit ist. Angehörige von Minderheiten deuten Kritik aber bisweilen als Zeichen negativer Einstellungen der ganzen Herkunftsgruppe gegenüber und weniger als persönlich gemeintes Missfallen in einer konkreten Situation. Die Re/aktion des jeweils anderen auf eigenes – vielleicht nicht ganz korrektes – Verhalten dann als „Rassismus“ bzw. „Antiziganismus“ zu deuten, ist erklärbar, aber einem offenen, respektvollen Miteinander wenig zuträglich.

Wahrnehmungen von Diskriminierung sind individuell unterschiedlich und situationsspezifisch. Während die/der Eine, eine gewisse Äußerung oder Handlung als diskriminierend – vielleicht sogar schwer diskriminierend – empfindet, nimmt ein/e Andere/r dieselbe Äußerung oder Handlung nicht als diskriminierend wahr. Je nachdem von wem die diskriminierende Handlung ausgeht, nimmt sie ein und dasselbe Individuum verschieden wahr. Dies erschwert die Erfassung, Einordnung und Erklärung von Diskriminierung, ein Problem, das in der Fachliteratur ausgiebig diskutiert wird. Eine Berücksichtigung dieser Komplexität vermisst man im Sinti/Roma Diskriminierungsbericht.

Der Diskriminierungsbericht des Romabüros Freiburg basiert dagegen ganz auf „Fallbeschreibungen Betroffener, auf subjektiv erlebten und gefühlten Tatsachen (sic!) der Diskriminierung“ (und nicht auf Meinungen aus Umfragen). Begründet wird dieses Vorgehen damit, dass man „Nichtbetroffenen Diskriminierung hautnah nachfühlbar machen“ wolle. Daneben wird genannt, dass eine eigene Formulierung erfahrener Verletzungen die Selbstermächtigung fördere. Dies ist durchaus richtig. Auch andere Studien weisen darauf hin, dass das Sprechen über erlebte Diskriminierung einen Anspruch auf Gleichheit zum Ausdruck bringt, das „Opfer“ sich aktiv mit illegitimer Ungleichbehandlung auseinandersetzt und nicht passiv resigniert.

Auf den 110 Seiten, die der Bericht umfasst, werden auf 44 Seiten Fälle von empfundener Diskriminierung aufgeführt, die dem Romabüro bekannt geworden sind. Neben einem zweiseitigen Vorwort und einem Inhaltsverzeichnis finden sich auf 53 Seiten Zusammenfassungen und Kommentierungen des Romabüros. Von den insgesamt 110 aufgeführten, meist recht knapp gehaltenen Beschwerden stammen 70% von Roma und 30% von Sinti, 65% von Männern und 35% von Frauen. Wenn wir uns die Lebensbereiche anschauen, in denen laut Romabüro-Bericht Diskriminierung erfahren wurde, stellt sich das folgendermaßen dar:

Stadtverwaltung	17
Arbeit	16
Öffentlichkeit	15
Wohnen und Nachbarschaft	14
„Persönlich“	14
Polizei	13
Schule, Bildung	10
Gesundheit	9
Medien	2
Insg.	110

Offenbar wurden alle Diskriminierungsmeldungen ohne jede Prüfung in den Bericht aufgenommen. Das mag dem Selbstverständnis des Romabüros entsprechen, ist aber, wie schon angedeutet, methodisch problematisch und wenig zielführend.

In anderen, vergleichbaren Studien, etwa in der schweizerischen Studie zu „Rassismussvorfällen aus der Beratungspraxis“ wurden eingesandte Fälle von der Projektleitung hinsichtlich ihrer Ausführlichkeit und Konsistenz geprüft und nur solche bei der Auswertung berücksichtigt, bei denen nach möglichst objektiver Sicht eine Diskriminierung vorlag. In der Studie „Diskriminierungserfahrungen in Deutschland“ wurde geprüft, ob Fälle, die die betroffene Person als Diskriminierung interpretiert, auch einer rechtlichen oder soziologischen Definition von Diskriminierung entsprechen. Allein auf Grundlage des in der Situation Beobachtbaren – so wird angemerkt – könne häufig nicht mit ausreichender Sicherheit bestimmt werden, ob es sich um eine Diskriminierung handle oder nicht, sondern die Situation bleibe mehrdeutig. Deswegen müsse eine beurteilende Person das potentiell diskriminierende Verhalten prüfen und interpretieren.

Die im Diskriminierungsbericht aufgeführten, meist recht kurzen Erlebnisberichte reichen m.E. nicht aus, um beurteilen zu können, was wirklich vorgefallen ist und ob es sich tatsächlich um eine Diskriminierung handelt. Ich habe nun die aufgeführten

Fälle im Einzelnen nicht überprüfen können, aber schon allein die Lektüre zeigt: Eine ganze Reihe von im Bericht aufgeführten Beschwerden sind Ausdruck einer subjektiv erlebten Wahrnehmung, aber keine Beschreibungen von Diskriminierungen.

Etwa: „Zigeuner müssen immer beweisen, dass wir unschuldig sind. Für uns gilt generell: schuldig ... wir sind sofort immer angeklagt.“

Oder: „Bin Schausteller, wir sind existentiell am Ende“,

„Obwohl mehr Müll anfällt mit Corona und alle zuhause aufräumen und wegwerfen, arbeitet Müllwirtschaft weniger. Die Konsequenz die Leute stellen ihren Müll an die Straße und die Herren der Abfallwirtschaft machen einen auf beleidigt, anstatt ihre Arbeit zu tun und ihre Dienstleistungsverpflichtungen.“

Unter der Rubrik „Stadtverwaltung“ beschreibt ein Rom, wie schwierig es für ihn gewesen sei, im Konsulat des Kosovo einen Pass zu bekommen. Dies dürfte mit der Stadtverwaltung wenig bis nichts zu tun haben.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass Diskriminierung im rechtlichen Sinne dann vorliegt, wenn die Ungleichbehandlung einer Person gegenüber anderen Personen erfolgt, „ohne dass ein sachlicher Grund die Ungleichbehandlung rechtfertigt.“ Eine gewisse Ungleichbehandlung von Staatsbürgern und Ausländer_innen – sofern die Allgemeinen Menschenrechte gewahrt bleiben – ist also nicht als Diskriminierung zu werten. Viele der migrierten Roma unterstehen dem Ausländerrecht. Eine Reihe Klagen über das Verhalten der Stadtverwaltung zeigen, dass es sich nicht um Diskriminierungen handelt, sondern um eine Umsetzung von Bundesgesetzen, die selbstverständlich nicht nur, aber eben auch für Roma gelten.

Dennoch: Die Falldarstellungen im Sinti/Roma Diskriminierungsbericht erfüllen – trotz konzeptioneller und methodischer Unzulänglichkeiten – einen wichtigen Zweck: Menschen, die Diskriminierung erfahren haben und deren Wahrnehmung und Sichtweise selten öffentliche Aufmerksamkeit erfährt, erhalten ein Forum. Sie können sich jemandem anvertrauen, fühlen sich ernst- und wahrgenommen

Für das Vorwort und die Kommentierungen trifft dies allerdings weit weniger zu! In diesen vom Autor oder den Autoren verfassten Teilen des Berichts werden subjektive Wahrnehmungen und Meinungen als objektive Tatsachen wiedergegeben. Auch hier geht es weniger um konkrete, tatsächlich gegebene Diskriminierung von Sinti und/oder Roma, sondern um eine weitgehende Unzufriedenheit des Romabüros und dessen Verhältnis zur Stadtverwaltung, aber auch über das Verhalten vieler Freiburger_innen und um eine gesellschaftliche Entwicklung, die man beklagt. Die Texte sind durch eine bipolare Sicht geprägt: auf der einen Seite sind die „Opfer“, die

Guten, die Minderheit und allenfalls noch Migrant_innen und Unterschichtsangehörige und auf der anderen Seite stehen die „Bösen“, primär die Stadtverwaltung und hier insbesondere das Amt für Migration und Integration, aber auch alle anderen Freiburger soweit sie nicht der Minderheit angehören, einen Migrationshintergrund haben oder Unterschichtsangehörige sind. Diese „spießigen Bürger“ werden u.a. als „weiße alte wohl situierte Männer“ (u.a. S. 8), als „weißer Mittelstand“ (S. 71), als „weiße Mittzwanziger“ (S. 9), als „weiße Verwaltung“ (S. 10) in diffamierender Weise dargestellt. Insgesamt ist die vorliegende Schrift weniger ein Diskriminierungsbericht als vielmehr eine Anklageschrift.

Der vielleicht gravierendste Vorwurf, der hier erhoben wird, ist, dass Sinti und Roma nicht zum kommunalen „Wir“ gehörten, da sie zu „Andern“ gemacht und ausgeschlossen seien.

Dies deckt sich mit meinem Bild von Freiburg überhaupt nicht. Ich habe während meines 15 jährigen Hierseins eine Stadt erlebt, die sich als multikulturell versteht, in der es besonders viele Unterstützende für Flüchtlinge gibt, die schon lange einen MigrantInnenbeirat hat, die einen Integrationspreis vergibt und landesweit am meisten Menschen aufgenommen hat, die vor den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien geflohen waren, darunter viele Roma. Der Gemeinderat richtete bereits 2006 und 2012 an das Land Resolutionen, in denen Partei für ein Bleiberecht für Sinti und Roma aus sogenannten sicheren Herkunftsländern wie dem Kosovo und Serbien genommen wurde. Und es war die im Bericht viel kritisierte Verwaltung, die seit damals administrative Ermessensspielräume der damaligen Bleiberechtsregelungen für sehr viele Roma aus den Westbalkanstaaten genutzt hat und das auch noch heute den rechtlichen Rahmen nutzt, um für Roma eine sichere Bleibeperspektive zu schaffen.

Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung, gleich welche Gruppe davon betroffen ist, muss benannt, berichtet und öffentlich gemacht werden. Ein Diskriminierungsbericht kann hier ein wichtiger Seismograph sein, der gesellschaftliche Fehlentwicklungen aufzeigt und Diskriminierungstatbestände aufzeichnet. Problematisch, ja kontraproduktiv wird es allerdings, wenn wissenschaftliche Standards völlig ausgeblendet und die Form der Berichterstattung damit selbst zum Hauptgegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung wird.

Dieser Aspekt erscheint mir sehr wichtig: Wenn im Bericht behauptet wird, dass das Verhalten der Verwaltung gegenüber Sinti und Roma, Migranten und Unterschichtsangehörigen von Arroganz und Willkür geprägt sei aber gar nicht erst der Versuch unternommen wird, die geschilderten Erfahrungen in ihren

Zusammenhängen zu sehen, die Beschwerden auf ihre Berechtigung hin zu prüfen und ohne als Belege konkrete Fälle zu benennen, ist das höchst problematisch. So ist es schlicht unmöglich, auf der Grundlage des Berichts einen tatsächlichen Einblick in diskriminierendes Handeln zu erlangen.

Erfüllt der Bericht die in ihn gesetzten Erwartungen, mit der hier gewählten Form der Berichterstattung zum Abbau von Diskriminierung gegenüber Sinti und Roma beizutragen? Ich befürchte, eher nicht.

Dass man auch anders miteinander umgehen kann, versuchte der Bürgerrechtler Martin Luther King zu zeigen. Für ihn und sein Umfeld galt einmal: „Wenn meine Brüder versuchen, einen Kreis um mich zu ziehen um mich auszugrenzen, ziehe ich einen größeren, um sie mit einzuschließen“. Identitätspolitik malt heute immer kleinere Kreise mit immer dickeren Pinseln, was augenscheinlich dazu führt, dass die Gesellschaft in immer mehr Gruppen, die sich angeblich immer feindseliger gegenüber stehen, aufspaltet.

Mit dem Sinti/Roma Diskriminierungsbericht malt das Romabüro besonders dicke Striche – nicht einschließende – sondern eher aus- und abgrenzende. Die Autoren fordert zwar einen Einbezug in ein städtisches „Wir“ ein, zeigen aber keinen Weg auf, wie man dahin kommen will. Dies offenbart ein Dilemma, mit dem insbesondere die Sinti und Roma, die deutsche Staatsbürger_innen sind, sich wie andere nationale Minderheiten häufig konfrontiert sehen: Zum einen will man gleich sein, wie alle andern auch – zum andern ist es einem aber auch wichtig, nach den minderheiteneigenen Werten und Normen zu leben, also eben doch anders zu sein.

Abgesehen vom uns konkret vorliegenden Bericht kann man sich die Frage stellen, was Diskriminierungsberichte überhaupt zu leisten im Stande sind?

Sie zeigen Segmentierungen der Gesellschaft, Ungleichheit und empfundene Verletzungen auf, lösen aber die damit verbundenen Probleme nicht. Ich möchte an der Stelle zu bedenken geben, dass das auch für einen umfassenden Bericht zum Diskriminierungsgeschehen in der Stadt Freiburg gilt, wie er im Sommer letzten Jahres von einigen Fraktionen des Gemeinderates gefordert worden ist. Ein Bericht mag tatsächliche oder empfundene Defizite aufzeigen, trägt aber selbst nur wenig zur Schaffung von Gleichheit und Gerechtigkeit im Sinne des Artikels 3 des GG bei. Weiterführend wäre m.E. die Einrichtung einer (ja vielleicht einmal angedachten) Antidiskriminierungsstelle, die angezeigte Fälle von Diskriminierung untersucht, sich beide Seiten anhört, moderiert und sich bemüht, einen Vergleich herbeizuführen sowie gegebenenfalls auch Sanktionen gegen Diskriminatoren in die Wege leiten kann.

Man erfährt im Übrigen leider auch im Diskriminierungsbericht des Romabüros nichts darüber, ob und ggf. wo (außer dem Romabüro) im Einzelfall die wahrgenommene Diskriminierung angezeigt worden ist, wie dann verfahren wurde und ob und welche Konsequenzen das diskriminatorische Verhalten für Diskriminator_innen hatte. An verschiedenen Stellen im Bericht wird davon gesprochen, dass man Beratung für Diskriminierungsopfer anbiete, wie und durch wen diese Beratungen stattfinden und welchen Standards das jeweilige Angebot genügt, erfährt man leider nicht. Dies ist aber nicht ganz unwichtig, da nur eine gute Diskriminierungsberatung den Opfern wirklich helfen kann. Auf der Grundlage fachlicher Standards muss die/der Berater/in einen geschützten Raum zur Bearbeitung von Diskriminierungserfahrungen bieten und Ratsuchende bei konkreten Schritten zur Einforderung ihres Rechts auf Gleichbehandlung und Respekt begleiten. Dabei sind psycho-soziale, rechtliche, politische und sozialwissenschaftliche Aspekte einzubeziehen. Dies setzt eine Ausbildung in diesem Bereich voraussetzt, wie sie etwa der „Fachverband unabhängiger Antidiskriminierungsberatungsstellen“ anbietet.

Sicher ist es auch hilfreich und vertrauensbildend, wenn Probleme regelmäßig zwischen Beteiligten besprochen werden und es einen regelmäßigen Austausch gibt, also z. B. zwischen Vertreter_innen der Stadtverwaltung, den Sinti, sowie – gegebenenfalls separat – mit migrierten Roma und gemeinsam nach Lösungen gesucht wird. Hier wird sicher darauf zu achten sein, dass eine Minderheitengruppe auch repräsentativ vertreten ist, d.h. nicht nur Männer, sondern auch Frauen und die verschiedenen Altersgruppen usw., die ihre Sichtweise, Ideen und Anregungen mit einbringen können.

Was bleibt, ist die Aufgabe und der konstruktive Streit über den richtigen Weg zum inklusiven, alle mit einschließenden kommunalen WIR.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bin selbstverständlich gerne bereit Fragen zu beantworten und begegne gerne auch kritischen Äußerungen zu meinen Ideen.

Nochmaligen Dank.

Anlage 2: MIA-Stellungnahme



Melde- und Informationsstelle Antiziganismus

Prinzenstraße 84.1 | 10969 Berlin | www.antiziganismus-melden.de | info@mia-bund.de

Berlin, den 24.04.2026

Anmerkungen zum Umgang mit antiziganistischer Diskriminierung

Immer wieder wird die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) durch Partner*innen und persönlich Betroffene kontaktiert, die davon berichten, dass individuelle oder institutionelle antiziganistische Diskriminierungserfahrungen nicht ernstgenommen, negiert oder bagatellisiert werden. Für Sinti und Roma und andere Betroffene von Antiziganismus, aber breiter gedacht ganz grundsätzlich für Betroffene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, sind diese Reaktionen oftmals eine Form der „sekundären Viktimisierung“, die sich in vorherige Erlebnisse der Ausgrenzung einreihet. Umso bedeutender ist die Arbeit von Selbstorganisationen und Meldestellen wie dem Roma-Büro Freiburg, die diese Erfahrungen anerkennen und sichtbar machen und damit schlussendlich auch einen Beitrag zu einer demokratischeren, diskriminierungsfreieren Gesellschaft leisten.

Um das Bewusstsein für die genannten Problemlagen zu stärken, werden im Folgenden einige Punkte herausgestellt, die für das Verständnis der Arbeit von Meldestellen zentral sind. Zuerst ist festzuhalten, dass die Bedeutung unabhängiger Antidiskriminierungsstellen, gerade für Betroffene von Antiziganismus, nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, und hierunter ist explizit auch die Ausgrenzung, Kriminalisierung und Verfolgung nach dem Zweiten Weltkrieg zu verstehen, herrscht bei vielen Sinti und Roma bis heute großes Misstrauen gegenüber staatlichen Strukturen. Dies erstreckt sich auch auf staatliche Antidiskriminierungsbüros, weshalb die Trägerschaft von Meldestellen durch Selbstorganisationen wichtig ist. Die staatlichen Partner*innen der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus sind sich dessen bewusst und betonen regelmäßig die Bedeutung der Beratungsstrukturen von Selbstorganisationen.

Vorab: MIA, seine Kooperationspartner*innen und auch die allermeisten Meldestellen und Antidiskriminierungsberatungen in Deutschland erfassen diskriminierende Vorfälle oberhalb und unterhalb der Strafbarkeitsgrenze. Dennoch wird natürlich der antiziganistische Gehalt des erfahrenen Verhaltens eingeordnet und verifiziert. Dieses Vorgehen ist weithin anerkannt, weil es die Lebensrealität der Menschen widerspiegelt. Vorfälle können für sich genommen geringfügig wirken, als Teil der alltäglichen Abwertung, die Betroffene von Antiziganismus erfahren, haben sie aber einen erheblichen Einfluss auf die Lebensqualität. Betroffene wollen und müssen in ihren Erfahrungen ernst genommen und in den Mittelpunkt der Aufarbeitung gestellt werden, unabhängig davon, ob dienst- oder strafrechtliche Eingriffsschwellen überschritten sind. Es geht oftmals nicht um Strafen für „Täter*innen“ oder die Aufhebung oder gar Umkehr der strafrechtlichen Unschuldsvermutung, sondern um Anerkennung der eigenen Perspektive, Glaubwürdigkeit und Expertise, die Betroffene von Antiziganismus haben. Meldestellen dafür zu kritisieren, dass die von ihnen erfassten „Benachteiligungen“ nicht in jedem Fall auch rechtlich gesehen „Diskriminierungen“ sind, ist kaum redlich, da dieser Anspruch explizit nicht erhoben wird und dies auch nach außen hin deutlich ist.



Melde- und Informationsstelle Antiziganismus

Prinzenstraße 84.1 | 10969 Berlin | www.antiziganismus-melden.de | info@mia-bund.de

Dabei müssen wir außerdem anerkennen, dass auch Gesetzen Diskriminierungsrisiken innewohnen (können), die unterhalb der Schwelle der Verfassungswidrigkeit liegen. Wenn beispielsweise Diskriminierungsberichte dies benennen, handelt es sich nicht etwa um eine polarisierende Schwarz-Weiß-Darstellung, sondern eine Erläuterung alltäglicher Realitäten. Aus der Perspektive von MIA lassen sich solche Dynamiken über die Kategorie „strukturelle Diskriminierung“ abbilden. Der Hinweis, dass beispielsweise durch Behörden lediglich „geltendes Recht“ angewendet werde und eine Diskriminierung dementsprechend von vorn herein ausgeschlossen sei, wie es beispielsweise eine Stellungnahme zum Diskriminierungsbericht des Roma-Büros Freiburg aus dem Jahr 2021 formuliert, greift also zu kurz.

Hinzu kommt, dass bei Konflikten über die angemessene Rechtsanwendung individuelle und institutionelle Dimensionen ineinandergreifen können. Dies bedeutet, dass beispielsweise auch bei einer, juristisch gesehen, diskriminierungsfreien Anwendung des geltenden Rechts individuelles Verhalten gegenüber Betroffenen von Antiziganismus abwertend und somit diskriminierend sein kann. Hinzu kommt, dass Rechtsnormen naturgemäß Ermessens- und Auslegungsmöglichkeiten beinhalten (und beinhalten müssen!), die im Fall von Sinti und Roma oftmals so weit wie möglich zu deren Ungunsten ausgelegt werden, wie sich beispielsweise in den Erfahrungen der Arbeit des Rechtshilfenetzwerks gegen Antiziganismus zeigt.

Bedauerlicherweise werden in vielen staatlichen Stellen persönliche Anschreiben mit der Bitte um Aufarbeitung von Vorfällen, Angebote von Sensibilisierungsworkshops, oder auch Diskriminierungsberichte und Fachexpertisen immer noch oft als Angriff auf oder Generalverdacht gegenüber ganzen Verwaltungen und/ oder allen Mitarbeiter*innen gesehen. Dies sind sie nicht und wollen sie nicht sein. Das gilt auch für die Diskriminierungsberichte des Roma-Büros in Freiburg. Gemeinsam mit den Berichten der Dokumentationsstelle Antiziganismus haben die Freiburger Antidiskriminierungsberichte eine europaweite Pionierleistung erbracht, da sie zu den ersten Projekten zählten, mit denen Antiziganismus sichtbar gemacht wurde. Von Beginn an ist das Roma-Büro Freiburg entsprechend ein wichtiger Kooperationspartner für MIA.

Antidiskriminierungsberichte und zivilgesellschaftliche Stellungnahmen können für Verwaltungen eine Chance sein, die eigene Perspektive zu weiten, zusätzliche Handlungsoptionen im Bürger*innenkontakt zu erhalten und somit die „Dienstleistungen“ der öffentlichen Daseinsvorsorge insgesamt zu verbessern. Rückmeldungen an MIA zeigen, dass dies vereinzelt so wahrgenommen wird. Viel zu oft gelten aber interne Kritiker*innen noch als „Nestbeschmutzer*innen“ und externe Fachexpert*innen als „realitätsferne Querulant*innen“, deren Expertise nicht als Ressource, sondern als Bedrohung verstanden wird. Diskriminierungsrisiken bleiben so institutionell geschützt, letztlich immer zulasten von marginalisierten Gruppen.

Fälle und Kommentare

Charakterisierung der anonymisiert »sprechenden« Subjekte:

R = Roma / S= Sinti / D = Deutsch

m= männlich; w = weiblich

dann Alter: z.B. 16 Jh.

dann Status: I = illegal; S=staatenlos; D= Duldung; A= Aufenthalt;

N= Niederlassung/unbegrenzter Aufenthalt; P = EU Pass;

F = Fiktionsbescheinigung;

Kommentar und Fälle: Schule

Die Ungleichbehandlung migrantischer und Minderheitskinder in der Bildung ist in Freiburg in Beton gegossen. Freiburg als Stadt ist in zwei Teile gespalten: die reichen weißen Stadtteile des Ostens und die armen migrantischen und Minderheits- Stadtteile des Westens. Während es in Weingarten im Westen, den an SchülerInnen reichstem Stadtteil, nur eine Grundschule (1.–4. Klasse) gibt, sind es in den drei Oststadtteilen Wiehre, Waldsee und Oberau bei insgesamt etwa gleich hoher Schülerzahl (wie in dem einen Stadtteil Weingarten) vier Gymnasien, zwei Realschulen und drei Grundschulen. Die Folge: 25% der migrantischen Kinder und 80% der deutschen Kinder machen in Freiburg Abitur.

Die Ungleichbehandlung und ungleichen Chancen für die Kinder fängt schon im Kindergartenalter an. Für alle Kita-Kinder wird Deutsch als selbstverständliche Erstsprache vorausgesetzt obwohl die große Mehrheit der migrantischen und Minderheits- Kinder mit anderer Muttersprache aufwächst und Deutsch faktisch ihre erste Fremdsprache ist. Sie lernen Deutsch nicht als erste Fremdsprache, sondern als Muttersprache. Folge: wer da sprachlich nicht mitkommt, landet in der Sonderschule: 70% der Sonderschüler sind migrantisch sowie aus der Minderheit und aus der Sonderschule in eine »normale« Schule zu kommen ist wenig erwünscht (wie viele s.u. Fallbeschreibungen zeigen) und wird nicht aktiv befördert.

Neu in den letzten Jahren ist, dass mittlerweile rund 50% aller GrundschülerInnen migrantisch sind, nicht mehr nur aus Europa sondern jede Klasse SchülerInnen aus der ganzen Welt hat. In 10, 15 Jahren werden sie die jungen Erwachsenen sein – es wird eine andre Gesellschaft in Deutschland (als heute noch) sein. Positiv stimmt dabei mitzuerleben wie selbstverständlich auf gleicher Augenhöhe die Kinder aus aller Welt miteinander umgehen. Hingegen weiterhin besteht ein fast vollständiger weißer aus privilegierten Milieus stammender mit der Lebensrealität ihrer SchülerInnen wenig vertrauter Lehrkörper.

Im deutschen Schulsystem sind besonders die Übergänge kritisch und problematisch.

Neben dem Übergang von Kita zur Grund- bzw Sonderschule, sind die Übergänge als 10 Jährige (weltweit einmalig) auf die Realschule/Gymnasium sowie mit 15/16 Jahren von Realschule aufs Gymnasium kritische Wegkreuzungen mit den meisten (in Vorfällen gemeldeten) rassistischen Diskriminierungen gegenüber Roma und Sinti Schulkindern.

Fortschritte sind in 2025 in der Anerkennung der Roma/Sinti BildungsberaterInnen durch den Gemeinderat und deren finanzielle Absicherung sowie Institutionalisierung zu sehen. Auch wird im öffentlichen Diskurs die Segregation der Migrantenstadtteile im Bildungswesen erstmalig thematisiert und anerkannt. Noch bis vor wenigen Jahren wurde dies Thema öffentlich ignoriert, delegitimiert und systematisch weggehört. Die Schritte umzulenken sind bis heute äußerst zaghaft, am strukturellen Rassismus im Freiburger Bildungswesen änderte sich jedoch praktisch nichts. Bislang werden die BildungsberaterInnen im Schulbetrieb hauptsächlich damit beschäftigt /instrumentalisiert Probleme der Schule und der Lehrer zu lösen, während Roma/Sinti kulturelle und politische Impulse und Fragestellungen weitgehend ignoriert werden. Das Schmerzliche jedoch ist, dass nach jahrelanger Antidiskriminierungsarbeit an den Schulen keine Fehlerkultur entstehen konnte, aus der alle Beteiligten lernen könnten. In der Regel bleibt es bei Aussage gegen Aussage, wenn es überhaupt zur Auseinandersetzung am Runden Tisch kommt. Die Folge ist mittlerweile, dass die von Rassismus Betroffenen nicht mehr das Wort ergreifen und aufstehen, weil sie erfahren mussten, dass sie weder geschützt wurden noch ihr Recht bekamen; und oft gar in Täter/Opfer Umkehr als Täter dastanden die nur Unruhe und Chaos stiften würden. Es wird sich zurückgezogen in die Community, eine dicke Panzerhaut angelegt und resigniert. Andre schmeißen hin, Talente gehen verloren.

Immer wieder quasi wie ein Muster wird von der deutschen Mehrheitsgesellschaft unseren Kindern und Jugendlichen ihr »unerhörtes« Verhalten vorgeworfen. Traditionell wachsen Roma und Sinti Kinder wie Prinzessinnen und Prinzen mit grossem Freiheitsraum und eingebettet in ein Dorf voller Beziehungen zu starkem Selbstbewusstsein auf und sie erleben und leben als Kinder schon früh soziale Gemeinschaftlichkeit. Bis heute wird ihr Verhalten versucht in der Schule auf deutsche Sekundärtugenden zu stützen und ihre sozialen und musischen Potenziale zu ignorieren – durch die gesamte sogenannte Bildungslaufbahn hindurch: siehe die vielen Fallberichte dazu.

» In der Schule haben wir über verschiedene Herkunftse ge-sprochen. Alle dachten, ich wäre Türke, doch als ich sagte, dass ich Roma bin, wurde direkt gefragt, ob ich auf der Straße im Müll lebe, worauf hin alle lachten. Als ich weiter erklärte, dass ich normal wie jeder andere lebe, lachte die ganze Klasse. Seitdem ist jeder Schultag die Hölle. « R m 11Jh A

» Mein Sohn kam nun mehrmals weinend nach Hause der Klassenlehrer hat ihn immer wieder angeschrien und beleidigt als »kleiner, schwarzer Zwerg« ... »du kannst sowieso nicht hierbleiben.« Mein Sohn ist gerade in die 5te Klasse ins Gymnasium gekommen. « R w 32 Jh N

» 4 Roma in der fünften Klasse sind wir in Realschule, alle aus Weingarten ... jetzt aber 10 Strassenbahnstationen weiter. Wir waren alle gute Schüler und bekamen die Schulempfehlung. Und nach zwei Monaten ist bei keinem von uns noch sicher, dass wir die Schule schaffen. Der Klassenlehrer brüllt »Ihr seid dumm, ihr habt auf dieser Schule nichts verloren!« « R m 12Jh A

» Lehrerin ruft quer über den Hof, »hol mal das fette Kind, das Sintikind.« « S w 18Jh P

» Beim Klassenlehrer zum Gesprächstermin wegen vielen Fehltagen und Krankschreibungen. auf einmal mitten im Gespräch bricht es aus ihm raus: »wie lange soll es noch so weitergehen, immer Angst und Trauma, Trauma als Ausrede –, einmal muss Schluss sein damit ... endlich bearbeiten.« « S w 34Jh P

» Mein Sohn neu in der Realschule kommt schwer in Mathe mit und wird vom Lehrer beleidigt als kleiner nichtsnutziger Zwerg, darauf verweigert er die Schule. Wegen solchem beleidigendem und weiterem diskriminierendem Verhalten des Lehrers x sammelten wir Eltern Unterschriften und forderten einen runden Tisch zur Klärung. Der Schulleiter weist den Unterschriften-Brief und die Forderung zurück, weil das vorgesehenge-regelte Vorgehen für solche Fälle nicht eingehalten wurde. Wir wissen bis heute nicht wie das Vorgehen sein soll. Der Runde Tisch fand dann doch statt. Die Schulleiterin war aggressiv und warf mit Vorwürfen um sich wie auch der betroffene Lehrer rückte keinen Zentimeter von seinem Verhalten ab. Für uns war es frustrierend, aber wenigstens hat die Schule die Meinung der Eltern gehört. « R w 36 Jh A

» Ich kam von der Realschule und machte weiter für die Fachhochschulreife, hatte ein gutes Zeugnis und war voll motiviert, wollte Sozialarbeit studieren. Sehr bald bekam ich das Gefühl nicht ernst genommen und nicht gleich behandelt zu werden. Mir wurde das Gefühl vermittelt, dass ich am falschen Platz sei und es sowieso nicht schaffen werde. Dann fing es auch mit rassistischen Sprüchen an, nachdem ich mich als Roma outete. Der Umgang mit mir veränderte sich deutlich. Mir wurde zunehmend weniger zugetraut und die Aufmerksamkeit der Lehrer verschwand total. Weder aufgerufen noch gefördert wurde ich mehr. Mir wurde unterstellt, dass ich die Schule nicht ernst nehme. Ich bestritt das vehement und sagte deutlich ›Ich kann das. Ich will lernen.‹ Diese Aussagen wurden jedoch nicht ernst genommen oder von einigen Lehrern direkt verneint. Nach einem halben Jahr Kampf gab ich auf und schmiss die Schule. « R w 17Jh A

» Wir machen nix, aber wenn was ist, sind wir bei Lehrern immer schuld. « S m 15 P

» Auf dem Schulhof werden Steine auf Sinti-Jungens geworfen, ein Lehrer steht dabei; Eltern sprechen ihn darauf an. Er: hab nix gesehen « S m 24Jh P

» Die Schule meldet an Jugendamt Verhaltensauffälligkeiten unseres Sohnes ohne mit uns Eltern zu reden. Seitdem haben wir es mit dem Jugendamt zu tun, obwohl wir dafür überhaupt keinen Grund sehen, wir sehen da kein Problem. Das Jugendamt fordert von uns für den Sohn ›klar strukturierten Alltag‹ und wenn wir uns ›nicht kooperativ‹ zeigen, drohten sie mit Kindswegnahme. « R m 35Jh P

» Ich bringe mein Kind regelmäßig in die Kita, bisher lief alles ohne Probleme und es gab keinen Stress. Ohne mein Wissen wurde von der Kita-Leitung nun plötzlich das Jugendamt eingeschaltet und eine Familienhelferin mir zugewiesen, was ich überhaupt nicht gewünscht habe und als Drohung empfinde. Bei der Kita Leitung fragte ich nach warum, sie müssen doch Grund haben. Ich bekam als Antwort, weil mein Dreijähriger sich noch nicht die Schuhe zubinden kann, dies ist verhaltensauffällig. Wie bitte? Nun habe ich Angst, dass mir das Jugendamt das Kind wegnimmt. « R w 45 Jh EU Pass

» Wenn ich mich melde im Unterricht werde ich nicht drangenommen, aber wenn wir Unsinn machen oder uns prügeln bin immer ich, der die Schuld und Strafarbeiten bekomme. « S m 15 Jh P

» Ich werde in meiner Klasse immer wieder von zwei Jungen – 2, 3 Jahre älter als ich, geärgert, geschlagen und beleidigt. In verschiedenen Sprachen werde ich beschimpft vor allem auf Russisch und Ukrainisch aber auch auf Romanes, wo die sich die Flüche sagen lassen. Die Beleidigungen richten sich gegen meine Herkunft, mein Mädchensein und geben mir das Gefühl, dass ich nicht akzeptiert werde, weil ich Roma bin. Als ›Schlampe‹, ›du bist Müll‹ oder ›was willst du hier in Deutschland, geh zurück.‹ werde ich beleidigt, dazu an den Haaren gerissen und geschlagen. Ein Lehrer hat bei meiner Mutter angerufen und gesagt, dass ich auf ihn nicht den Eindruck mache, als würde mich die Situation sehr stark belasten, mit mir hat er aber nie darüber gesprochen. Ich möchte, dass dies endlich aufhört. Meine Mutter hat mehrfach mit den Lehrern gesprochen und auch mit dem Schulleiter. Trotzdem hat sich für mich nichts verbessert. Ich fühle mich in der Schule unsicher, unwohl und allein gelassen und wünsche mir, dass das endlich aufhört. Ich bin eine gute Schülerin, die gern in die Schule geht, aber es macht keinen Spaß mehr, jeden Morgen mehr will ich nicht mehr und versuche nicht in die Schule zu gehen. « R m 14 Jh P

» Mein Realschulabschluss lag bei einem Durchschnitt von 2,0, ich wollte aufs Gymnasium und studieren. Auf der neuen Schule war ich ERST ECHT HAPPY, motiviert und leistungsbereit aber jetzt in einer Klasse außer 2–3 Ausländern nur weiße Deutsche. Und bekam Sprüche zu hören wie, ich würde nur wegen des Kindergeldes zur Schule gehen und würde es sowieso nicht schaffen. Ich stand auf einmal allein da, wo in der Realschule noch mein Mädelskreis zu mir stand, Ich war ständigen Sticheleien ausgesetzt wegen totalen banalen Nebensächlichkeiten so meine Haare, mein Essen, meine Kleidung. Alles Äußerlichkeiten. Die Lehrer nahmen es nicht, wollten es nicht wahrnehmen. Ich sprach es während dem Unterricht an, so wie ich es gelernt und gute Erfahrungen gemacht habe. Aber es wurde ein Sturm moralischer Empörung mit Lachen und Gekeife gegen mich, dem ich nicht mehr standhielt, weinen musste und die Schule schmiss. « R w 18J A

» Und dann fing der Lehrer wieder mit seinen Witzen an; ich protestierte und er: ›ich soll nicht so auf sensibel tun ... es war doch nur ein Witz. « S w 16Jh P

» Ich ermögliche meiner Tochter 13 Jahre bewusst die Freiheit sich so anzuziehen wie sie Lust hat, die mir selbst als Roma-Mädchen verwehrt wurde. Dafür habe ich mich auch gegen meine eigene Familie gestellt. Umso belastender ist es, dass meine Tochter nun in der Schule von Jungens deswegen geärgert/gemobbt und körperlich angegriffen wird. Sie wurde angespuckt, rumgestoßen, ihre Schuhe aus dem Fenster geworfen und mit Sprüchen wie ›iss meinen Schwanz‹, ›ich fick deine Toten‹ belästigt. Die zuständigen Lehrkräfte spielen bis heute dies runter, es sei ja nicht so schlimm, während mein Kind weiterhin unter der Situation leidet. Aber mir wird zugleich vorgeworfen, ich würde ihr in Kleidung und Styling ›zu viel Freiheit‹ lassen. « R w 28Jh A

» Meine Tochter ist in Sonderschule. Jetzt kam Schule und wollen Test bei Psychologen. Ich frage warum? ... der Lehrer, weil sie mit Wasser in der Pause andre Kinder angespritzt hat. Ich darauf: das ist doch normal für 9jähriges Kind, das machen Kinder so ... der Lehrer: nein das ist nicht normal, sie muss richtiges Verhalten lernen. « R m 35Jh N

» ›Du wirst es nie lernen, nie‹ – der Lehrer. « R m 13Jh D

» Mein Sohn ist seit 4 Jahren in Sonderschule, was sehr belastend ist z.B. muss er jeden Morgen um halb sechs aufstehen, um mit dem Schulbus quer durch die Stadt gefahren zu werden; so ist er andauernd müde, unausgeschlafen und unzufrieden. Nun zur 5ten Klasse haben wir entschieden, wir melden ihn einfach jetzt bei der Schule um die Ecke an, da wo alle seine Spiel-Freunde auch hingehen, da muss er um 7 aufstehen. Dies wird ihn echt entspannen und mehr Freude geben. Kaum wurde das bekannt gab es heftige Vorwürfe von der Sonderschule, weil sie für ihn andre Sonderschule entschieden haben. Sie drohten mit dem Jugendamt und wollen Extra Sitzung mit Jugendamt. « R m 50Jh N

» Als die Diskriminierung in der Klasse und auch vom Lehrer nicht aufhört, ich von denen allen als ›Sensibelchen der keinen Spaß versteht‹ hingestellt werde, bin ich nicht mehr zur Schule, darauf wurde ich und meine Familie als bildungsfern bezeichnet (keine Ahnung was das heißen soll) und das Jugendamt kam und will mich zwingen wieder in Schule zu gehen, sonst ... Heim. Von den Diskriminierungen hingegen wollten die Mitarbeiter vom Jugendamt nichts wissen. « R m 15Jh A

» Nach drei Monaten in der Kita heißt es von denen: mit ihrem Kind stimmt was nicht, nach Psychotests stellt sich raus, dass alles ok ist nur bestehen Sprachprobleme mit deutsch. Die Kita darauf: das Kind kann nicht bleiben, wir haben dafür keine Betreuung. Und ... weitersuchen nach Kita Platz. « R w 28Jh P

» Mein Sohn wird an seiner Schule ständig gemobbt, er hat Angst in die Schule zu gehen und so sehr viele Fehltag. Die Schule kriegt das nicht selbst in den Griff und wendet sich ans Jugendamt, die drohen mit Inobhutnahme meines Sohnes. « S m 38Jh P

» An einer Schule war eine Gesprächsrunde für LehrerInnen zu Trauma-Folgen; es kam eine Lehrerin eine ältere und die berichtete wie unter der Lehrerschaft über die Trauma unserer Leute rum gewitzelt und sich lustig gemacht wird. Das Gerede der Sinti über ihre Traumata sei nur vorgeschoben, um Fehltag ihrer Kinder zu decken, um Sondervergünstigungen zu bekommen. Sie meinte dazu, dass mit der neuen Lehrergeneration eine neue Empathielosigkeit in die Schule eingezogen sei. « S w 30 P

» Die Lehrer werfen mir ständig vor, dass ich den Unterricht störe, Mitschüler ärgere und rumschupse und viel mehr – aber wenn ich mich beschwere, dass ich zuerst geschupst oder gemobbt wurde und ich mich doch nur wehre, wird mir nie geglaubt. « R m 13Jh D

» Wir zeigen auf einer Veranstaltung über Schule Heute an einer Schule den Film ›Was für eine Schule wollen Wir?‹ – ein Film wo über 20 Roma SchülerInnen über ihre Erfahrungen und Wünsche an die Schule in Interviews und Stellungnahmen auftreten. Nach dem Film können die anwesenden Lehrer damit überhaupt nix anfangen, kein Beitrag geht auf die Aussagen, Gefühle und Wünsche der Kinder/Jugendlichen ein, sie können deren Perspektive nicht mal nachempfinden und kommen kollektiv zu dem Schluss, dass der Film nix mit dem Thema der Veranstaltung Schule zu tun habe. « R m 78Jh P

» Ich als Refrendarin mit Kopftuch an einer Grundschule. Und als ich das erste Mal hinkam ins Lehrerzimmer haben mich die Lehrer gestoppt und weggeschickt; sie glaubten ich sei eine Putzkraft. Entschuldigt haben sie sich nie. « R w 25Jh A

» Unsre Kinder wurden als dreckige Zigeuner beleidigt, die vergast gehören und mit Prügel bedroht: Wir sind zur Schulleitung und haben Konsequenzen gefordert. Die bügeln alles ab, das sei doch nur ein üblicher Streit unter Jugendlichen und nicht schlimm. Mein Mann flippte darauf mit seinen Worten von wegen Auschwitz aus. Sofort bekam er Hausverbot. « S w 36 Jh P

» Habe drei Kinder in der Schule. Alle in Pubertät und immer mindestens einer hat Schul-Stress. Und es geht immer um gleiche: auffälliges Verhalten. Viele Gespräche musste ich deswegen schon führen mit Lehrerinnen, Psychologen, Schulleiterinnen. Es geht immer um eines was wir Roma (und ich glaube die meisten Ausländer) als normales Verhalten ansehen, ist bei denen Deutschen abartig, auffallend gestört, abnormal und kommt dann in psychologischen Überprüfung und wird zur Krankheit gemacht. Immer wieder versuchen sie unsre Kinder als unangepasst psychisch auffällig hinzustellen. Ich würde vorschlagen mehr bzw überhaupt mal wirklich Sport und Musik einzurichten, Unterricht zum Ausagieren, zum sich Entfallen. « R m 42Jh A

» Nach langem Hin und her wurden meine beiden Kinder aus der Kita ausgeschlossen, weil sie angeblich so aggressiv sind. Es gab viele Gespräche und immer waren meine Kinder Schuld, weil sie mit ihrem Verhalten alle anderen stören würden. « R w 28Jh P

» Meine Lehrerin in der Grundschule hat empfohlen, mich auf die Hauptschule zu schicken, weil dort die Leute sind, »die so sind wie ich«. Dabei war ich unter den Klassenbesten. Meine Eltern waren schockiert. « R w 11Jh A

» Ich war 13 Jahre alt als ich in der Schule nur gemoppt wurde. Schüler kritisierten alles an mir aussehen, Redensart, Herkunft, meine Klamotten selbst meine Schrift beim Schreiben. Die Schüler aus der ganzen Schule entwickelten Hass gegenüber mir und haben angefangen mich öfter zu schlagen und zu beleidigen. »bäh du bist so kak braun« »deine Klamotten sind aus dem Müll« »Zigeunerschlampe«. Ich habe kein Bock mehr mehr zur Schule zu gehen. Zur Schule bin ich nicht mehr gegangen. Habe dann auch mein FSJ abgebrochen weil ich wegen meiner Herkunft auf der Arbeit erniedrigt werde. Selbst eine Patientin wollte nicht von mir betreut werden weil ich Roma bin. « R w 17 Jh A

» Meine Tochter kam in die Sonderschule mit der ersten Klasse, weil sie Probleme hatte neben romanes und serbisch noch deutsch – dazu auf dem Niveau von Deutsch-Muttersprachlern – zu können. Nun drei Jahre später meinen wir die Eltern, die Tochter kann es und soll auf die Normalschule und nun was? Die Lehrer und das Jugendamt versuchen mit allen Mitteln und meiner Meinung nach Tricks unsere Tochter auf der Sonderschule zu halten. Einmal heißt es, sie sei zu aggressiv, nicht sozial angepasst genug? Warum? Weil sie mit Wasser andere Kinder angespritzt hat ... dann kam sie sei psychisch auffällig! Warum? Weil sie sich dreimal hintereinander die Hände gewaschen hat und müsse nun von einer Psychologin beurteilt werden. Ich habe alles gestoppt und darauf bestanden, dass sie auf normale Schule kommt und auf einer angemeldet, es hat geklappt. Ich kann nur allen raten die in gleicher Situation mit ihren Kindern sind, lassen sie sich nicht bequatschen, denen geht es nicht um unsere Kinder sondern um ihre Jobs und Strukturen und dafür versuchen sie unsere Kinder krank zu machen. « R m 36 Jh A

» Da sitzen sie und wollen mit mir kaum sprechen, schauen mich an mit einem Blick, wie er überheblicher kaum sein könnte: Wir sind die wahren Menschen, erzählt dieser Blick, und Du bist nur ein Anhängsel ein Parasit unserer überlegenen Kultur. Wir sehen auf jeden Fall keinen Grund, Dich sonderlich ernst zu nehmen. Sei du doch froh, dass Du überhaupt mit uns lernen und zusammen sein darfst, ansonsten halt dein Maul. « R w 18 Jh A

Kommentar und Fälle: Polizei

Der »alte« Polizeipräsident geht, ein Neuer kam – mit wechselnden Prioritäten? Ob weiterhin die Abmachung gilt nicht mehr automatisch¹ kasernierte Bereitschaftspolizei sondern die ortsansässige Polizeistelle im Streifenwagen bei Roma/Sinti Einsätzen zu schicken, ist wieder ungewiss: nach einigen Einsätzen im altem Muster.

Innerhalb der Polizei und Justiz scheint es bis heute sehr kontroverse Ansichten und Haltungen zu »Zigeunern« zu geben; es geht von kollektiv zugeschriebener Banden – und Clankriminalität bis hin zu Menschen wie du und ich. Letztere Ansichten werden zumeist von den Polizeistellen vertreten, die mit Roma und Sinti konkret über Jahrzehnte zu tun haben; aus diesen Kreisen werden schon mal Polizeieinsätze als offensichtlich rassistisch bezeichnet. Innerhalb der Polizei- und Justizbehörden scheint ein ausgeprägter Korpsgeist zu herrschen, wo auch bei zweifelhaften Fällen und Situationen sich gegenseitig gedeckt wird.

Weingarten ist der an migrantischer und Sinti/Roma Jugend reichste Stadtteil Freiburgs. Roller/Mofafahren, Fahren, sich Bewegen überhaupt ist für viele Jugendliche der Inbegriff von Freiheitserleben und sich Ausprobieren. Auch den Sommer 2025 über wurde im Stadtteil (und auch den beiden angrenzenden Stadtteilen Rieselfeld und Haslach) und an seinen Eingängen anlasslos regelmäßig demonstrativ Jugendliche »stationär« kontrolliert. Hier wird nicht nach einer Straftat der Täter gesucht sondern die Polizei sucht Personen, die nach ihrem Muster Täter sein könnten, die sie dann solange untersuchen bis sie eine Straftat zu finden glauben. Uns mutet dies wie ein Schwenk in eine neue polizeiliche »Präventionsstrategie« gegen »Messer- und Zweiradkriminalität« an, nachdem man von den präventiven lokalen Jugendsachbearbeitern kaum bis nix mehr hört. Noch vor Jahren bestand mit Letzteren eine gute und z.T. erfolgreiche Zusammenarbeit.

Die lokale Presse spielt bei der Polarisierung auf »Rollerrowdys«, ohne jegliche Perspektive der Jugendlichen selber aufzunehmen und

1 Wie seit dem NS

deren Kriminalisierung (obwohl mindestens die Hälfte Ordnungswidrigkeiten sind) eine bedeutende Rolle in der städtischen Feindbild-Montage. Sie klärt nicht auf, dass Weingarten überhaupt kein Hotspot des Fahrraddiebstahls und des Messer als Waffe Nutzens ist, die Ergebnisse der »anlasslosen Kontrollen« erklärt sie zu Erfolgen, um die Öffentlichkeit daran zu gewöhnen, obwohl sie es nüchtern betrachtet gar nicht sind. So wird Migration verstärkt mit Kriminalität in Verbindung gebracht und zum Sicherheitsproblem gemacht.

» Früh morgens Hausdurchsuchung über Dutzend Polizisten um 6 Uhr zuhause, vorgeworfen wird mir Einbruch und Diebstahl. Es gab vorher keine Anhörung; Untersuchung oder Befragung, da wär nämlich rausgekommen, dass ich zum Zeitpunkt des Einbruchs ein hundertfaches Alibi hab. Begründung für Hausdurchsuchung vonseiten der Staatsanwaltschaft: »weil sicher was gefunden wird«; ein Polizist während des Einsatzes sagt dazu:« für die ist ein Sinti bis heute noch immer ein Schuldiger« Gefunden wurde nix. « S m 55 Jh P

» Ein Kollege wollt Anzeige bei Polizei machen wegen Diebstahl, er kann aber kaum deutsch. Und rumänisch konnte auf dem Polizeirevier niemand, einen Dolmetscher haben die nicht und sie bemühten sich auch nicht darum. Also wegen Sprache keine Anzeige. « R m 35 Jh EU-Pass

» Auch diesen Sommer ist unser Stadtteil Weingarten wie letztes Jahr an den Eingängen unter ständiger Polizei-Kontrolle der Fahrräder, Roller und Autos. Eine 1000 Nadelstichtaktik – sollen wir daran gewöhnt werden?. « S m 21 Jh P

» Kaum ist Sommer, fangen die Polizei Kontrollen von Moped, Roller und Fahrradfahrern an den Eingängen von Weingarten wieder an. Die Polizisten sagen aus Vorsorge. Die suchen gezielt nach ihrer Ansicht auffälligen Jugendliche raus, die gar nix getan haben müssen. Dann suchen sie solange nach Straftaten bis sie was finden, dies kann bis zu einer Stunde dauern, die beißen sich richtig fest. Und meistens finden sie was, bei mir ein Messer im Rucksack mit dem ich Äpfel, Brot schneide. Und darauf riesen BEDEUTUNGSVOLLES Augenrollen. « S m 17 Jh P

» Der Vater und Sohn, die wegen einer Ordnungswidrigkeit (Auto ohne Kennzeichen in öffentlichen Raum geparkt) im Rahmen der polizeilichen Maßnahme im Frühjahr 2020 von einem Polizeihund angefallen und gebissen wurde – der Vater darauf notoperiert werden musste – wurden alle Versuche über Rechtsanwälte zivil und strafrechtlich in allen Instanzen einen Prozess zu erlangen, um die Rechtmäßigkeit des polizeilichen Verhaltens gerichtlich zu überprüfen, von den jeweiligen Staatsanwaltschaften abgewiesen. Anstattdessen stehen beide seit 2025 vor der Abschiebung. Der Vater ist seit Anfang der 90er in Freiburger Raum hatte über 20 Jahre einen unbefristeten Aufenthalt, der Sohn ist hier geboren. Beide sind seit 2025 im Status der Duldung mit Abschiebungsankündigung bei gleichzeitiger Residenzpflicht auf den Landkreis. Der Vater wurde im Februar 2026 abgeschoben. »Mein Vater wurde von der Polizei festgenommen zur Abschiebung. Als ich das hörte bin ich gleich mit meinem Bruder zur Polizei und gefragt wo er ist. Da sind wir dann hingefahren, um ihm Geld und Sachen zu bringen. Angekommen bei der Polizeistation fragten wir ob er da ist, sie bestätigten. Und ich musste PiPi dringend, fragte ob ich auf WC

darf, sie verneinten, ich fragte nochmals – die Polizisten sagten ich solle gegenüber auf der Wiese ... was ich dann auch machte. Dann wollten wir die Tasche mit Geld und Sachen für meinen Vater abgeben, aber sie ignorierten unser Klingeln 40 Min lang, als sie das Mikro öffnen, sagt die Polizistin stellt die Tasche vor die Tür – wir darauf: in der Tasche ist Geld, so kommt es weg. Dann kam ein Streifenwagen, die nahmen die Tasche dann rein. Wo der Vater verhaftet wurde, wurde ihm alles aus den Taschen abgenommen auch der Geldbeutel – als er seine Sachen wieder zurückbekam fehlte sein Führerschein. Ab da rief ich täglich auf der Polizeistation an, die einen sagten den Führerschein an die Führerscheinstelle geschickt zu haben, andere Polizisten wussten von nichts – keiner wollte seinen Namen nennen; bei der Führerscheinstelle ist der Führerschein nie angekommen. Ohne Führerschein abgeschoben im Kosovo ist eine starke Einschränkung für meinen Vater. « R w 31]h A

» Ich wurde ins Polizeirevier einbestellt wegen eines Verkehrsunfalls, was sich jedoch als Fake herausstellte ... kaum war ich da, wurde mir eröffnet ich sei wegen Wohnungseinbruch und Diebstahl angeklagt, mir wurde DNA abgenommen und in einen Polizeiwagen verfrachtet, um zur Hausdurchsuchung zu fahren. Vor und hinter dem Wagen waren zwei weitere Polizeiwagen – also fuhr ich mit Escorte auf den Sinti Platz. Auf dem Weg dorthin standen jeweils zweimal 2 Busse mit Bereitschaftspolizei, so ein bisschen abseits. Der Hausdurchsuchungsbefehl war auf bloßen Verdacht – ich vermute weil ›Zigeuner‹ – vom Richter gestellt: es gab keine Anhaltspunkte, keine Beweise und ohne Befragung. Die Hausdurchsuchung mit einem dutzend Beamten fand statt. Im Keller weigerte ich mich kurzzeitig den Tresor zu öffnen, was ich dann doch tat. Keine Anhaltspunkte, keine gestohlenen Teile nix wurde gefunden. Also alles klar? Nee ! Tage später kam eine Anzeige von der Polizei; ich hätte Widerstand gegen die Polizei geleistet bei der Hausdurchsuchung. Ich hätte Polizisten in den Keller eingesperrt. Ich allein gegen über 10 Polizisten? Aus letztem wurde ein Gerichtsverfahren: Freispruch da nicht bewiesen. « S m 50Jh P

» Wir kamen aus Urlaub wieder Mulhouse Grenze mitten in der Nacht... schon Kilometer vorher Absperrungen, Lenkung des Verkehrs wir dachten gleich kommen Barrikaden wie bei einer Festung: dann Stop ›deutsche Bundespolizei. Alle aussteigen, die Ausweise‹ ! Von vorneherein versuchten sie uns zu provozieren; duzten uns in einem herablassenden Ton – was ich sofort ansprach, dass so ein Verhalten ich nicht akzeptieren kann. Darauf in Befehlston fahren sie da in die Halle. Dort in der Untersuchungshalle standen wir über eine halbe Stunde beobachtet von mehreren Bundespolizisten mit MPI vor dem Bauch und Finger am Abzug. Diese waren kaum älter als 20ig Jahre und sichtlich nervös. Nach einer dreiviertel Stunden liessen sie uns fahren ohne Kommentar. « S m 45 Jh P

» Es war großer Polizeieinsatz bei uns. Ich kam dazu und mir fiel sofort auf, dass ich von einigen beobachtet wurde. Dann etwas später zeigte ein Polizist auf mich und redeten was ich nicht verstehen konnte. Ich ging näher und hörte dann wie einer zum Anderen auf mich zeigend sagte das ist er der Zigeunerboss, da aufpassen. Keine Ahnung was die von mir erwarteten. « S m 50 Jh P

» Mein Vater war Notfall, musste ins Krankenhaus. Ich versuchte mit Krankenwagenbeifahrer zu sprechen, dass mein Vater unbedingt und nur in die Uniklinik muss, weil er da in Behandlung und die alles zu seiner Krankheit wissen. Der Beifahrer ignorierte mich, worauf ich heftiger wurde und ihn anschrie – er schlug die Krankenwagentür zu und rief die Polizei an, die sofort da war. Ich bekam eine Anzeige wegen Drohung und Nötigung. « S m 32 Jh P

» Ich hang ab auf Platz an der ev. Hochschule, da kam ein Typ der Stress machte und ziemlich durchgedreht, er holte eine Messer raus und fuchtelte rum, ich wehrte mit meinem Arm ab, was mir eine Wunde machte. Leute die das sahen riefen Polizei. Die kam und nahm den Fall auf und ich stellte Anzeige. Das Ergebnis: es wurde keine Anklage gestellt weil kein öffentliches Interesse. « S m 17 Jh P

Kommentar und Fälle: Öffentlichkeit

Die Freiburger Öffentlichkeit und städtischen Diskurse sind stark bestimmt von der örtlichen Universität und deren Studentenschaft. Ohne die Uni¹ und weitere vier Hochschulen wäre Freiburg ein Landstädtchen und nicht eine der jüngsten Großstädte Deutschlands mit der größten Altersgruppe (20% der Stadtbevölkerung) der 20jährigen. Andererseits erzeugt diese Öffentlichkeitsstruktur eine volatile Meinungsstruktur also viel wechselnde gering stabile Einste

Von Seiten der Stadtverwaltung wird dem mit Diskurs-Lenkung versucht zu begegnen und dem Versuch zivilgesellschaftliche Gruppen zu ihren Vorfeldorganisationen ihrer Interessen zu machen. Dazu wurde das Bundesprogramm »Demokratie leben« von der Stadtverwaltung genutzt. Die Mitglieder des örtlichen Entscheidungsgremiums wurden von der Stadtverwaltung kooptiert und nicht von der Zivilgesellschaft gewählt. So wurde im Jahr des Antiziganismus der Freiburger Roma/Sinti Diskriminierungsbericht die beantragte Förderung verwehrt, um darauf »weißen« Antragstellern ohne jegliche Community Verbindung Roma/Sinti Veranstaltungen im Jahr 2025 zu fördern. Durch den Eingriff der Bundesfamilienministerin Prien wurde diese Förderpraxis beendet und das Entscheidungsgremium demokratisiert. Die Mehrheit des Gremiums wird nun aus den zivilgesellschaftlichen örtlichen Gruppen ausgewählt.

Im anonymen öffentlichen Raum drückt sich Diskriminierung/Antiziganismus größtenteils nonverbal in Blicken, Mimik, Herabwürdigungen und Getuschel aus: in öffentlichen Verkehrsmitteln angestarrt, beim Betreten des Restaurants übersehen, in Geschäften unter ständiger Beobachtung bis hin zu körperlichen Gewalt – angespuckt, absichtlich angerempelt, Prügel auf der Straße. Diese Art Mikroaggression/Alltagsrassismus begleitet Menschen gelesen als »Zigeuner« aufgrund ihres Äußeren in der Öffentlichkeit ständig, zugleich unterliegt dieses Verhalten seltsamen Tabuisierungen. Schon beim Ansprechen dessen, trifft man meist auf sofortige, reflexhafte emotionale Abwehr und dem ausgesprochenen Vorwurf der Beleidigung. Meist

1 Größter Arbeitgeber der Region; im QS World University Rankings Platz 163 in 2016 auf 201 in 2025

wird Alltagsrassismus gar nicht richtig verbalisiert, sondern ereignet sich in seltsam anmutender ressentimentgeladene Mimik, fragwürdige Randbemerkungen und Ausschlußinszenierungen.

» Der folgende Vorfall ereignete sich an der Straßenbahnhaltestelle Rathaus im Stühlinger. Das betroffene Mädchen wird im Folgenden Alina genannt. Der Name wurde geändert, um sie zu schützen und eine Identifizierung zu vermeiden. Nach Schulschluss kamen zahlreiche Schülerinnen und Schüler aus der Berufsschule zur Haltestelle. Alina saß dort ruhig, als eine etwa 17-jährige Klassenkameradin aggressiv auf sie zuing. Ohne erkennbaren Anlass begann sie, Alina verbal anzugreifen und rassistisch zu beleidigen. Unter anderem wurde sie als ›Scheiß Roma‹ beschimpft. Die Angreiferin kam ihr sehr nahe, deutete Schläge an und wirkte stark einschüchternd. Mehrere Personen warteten in dieser Zeit auf die Straßenbahn. Niemand griff ein oder stellte sich dazwischen. Ich bin selbst Roma und habe die Situation nicht ignoriert. Ich stand auf, stellte mich schützend vor Alina und forderte die Angreiferin deutlich auf, sie in Ruhe zu lassen. Daraufhin richtete sich die Aggression auch gegen mich. Ich blieb ruhig, machte klar, dass ihr Verhalten inakzeptabel ist, und wies darauf hin, dass Herkunft nichts mit dem

Verhalten eines Menschen zu tun hat. Wenn es schulische Probleme gibt, gehören diese vor Lehrkräfte – nicht auf die Straße. Erst nachdem klar wurde, dass ich mich konsequent einmische, entfernte sich die Angreiferin. Nach dem Vorfall brach Alina in Tränen aus. Sie erklärte mir, dass diese Beleidigungen regelmäßig vorkommen und sie immer wieder wegen ihrer Herkunft gemobbt wird. Ihre Mutter ist darüber informiert, die Schulleitung auch, aber Alina erhält jedoch bislang keine wirksame Unterstützung durch die Schule. Ich kontaktierte die Mutter telefonisch, schilderte den Vorfall und kündigte an, mich bei weiteren Vorfällen direkt an die Schulleitung zu wenden. Alina ist eine Schülerin, die versucht, ihren Weg zu gehen. Durch anhaltendes Mobbing und rassistische Angriffe wird ihr dies jedoch massiv erschwert. Solche Vorfälle dürfen weder ignoriert noch verharmlost werden. Wir sind ein paar Stationen weiter zusammen gefahren und sie weinte immer noch. Ich hab ihr gesagt, sie ist ein wunderhübsches Mädchen, und sie soll nicht weinen. Alles wird gut! «

R W 32Jh A

» Frühlingsfest/Herdelezi: wir haben beschlossen das Fest wieder direkt am Dietenbachsee in Weingarten zu machen wie 2023 und früher. Wir kommen späten Vormittag am Sonntag an mit großem Grill, Tischen Musikinstrumenten usw. und bauen auf. Aber rundrum sind auffallend fast nur weiße Familien, die uns merkwürdig anstarren, so als ob wir hier nicht hingehören – was uns stutzig macht und es gibt überall Schilder mit wo man Grillen, wo man Sport etc darf, wo nicht! Es kommt ein uns bekannter Sinto und sagt: »Brüder« das wird Ärger geben, wenn ihr hier Fest macht, die rufen sofort die Polizei, weil hier nicht mehr Grillen und Musik machen erlaubt ist ... ist schon mehrfach dieses Jahr so gelaufen. Schau hier sind kaum noch Weingartener, der Platz am See ist jetzt wie besetzt von Leuten von außerhalb und die bestimmen jetzt die Atmo, wir müssen uns weg in Nischen verziehen. Also zogen wir um an den Rand eines Wäldchens, wo sonst niemand war. Da wurden wir dann mit unsrer Musik, Tanz und Lagerfeuer als Exoten aus sicherer Entfernung bestaunt und gefilmt aber ein gemeinsames kulturübergreifendes alle vereinigendes Fest ist so nicht mehr drin. « R m 31 Jh N

» Fahre in Innenstadt mit Fahrrad, bin ziemlich dunkelbrauner Typ. Komme an eine enge Stelle in der ein (weißer) Vater und kleiner Sohn rumstehen; ich steig vom Fahrrad, bitte durchgehen zu dürfen, gehe, bin durch und auf einmal schlägt und tritt der Mann von hinten auf mich ein. «

R m 78Jh P

» Sitze vor dem Jugendzentrum da kommt eine mir unbekannte Frau mit großem nicht angeleinten Hund auf mich zu und mir gefährlich nahe. Ich bitte die Frau »echt höflich« den Hund wegzunehmen und ihn anzuleinen ... er mache mir Angst und ich habe Tierhaarallergie. Die Frau reagierte auf der Stelle höchst aggressiv ... beleidigte mich als »Arschloch, was dahin zurückgehen solle wo ich herkomme«, ließ den Hund an mir hochspringen ... ich antwortete ich ruf die Polizei wenn sie nicht sofort den Hund wegnimmt, sie antwortete spöttisch lachend, mach doch ruf die Polizei, wirst sehen was dir passiert ... ich ruf die Polizei und die sagten, sie kommen nicht: es sei eine Kleinigkeit, ich soll die Frau aus dem Weg gehen. « R m 19Jh F

» Hier ist so dreckig und speckig wie bei den Zigeuners. « S w 43 Jh P

» Das Stadtbild Merz Aussage: Er meinte, dass das Stadtbild kaputt ist und dass die Leute ihre Töchter fragen sollten, was er damit meinen könnte ... Ich bin auch eine Tochter, die aus dem Haushalt flüchten müsste, weil zu Hause die Gewalt angefangen hat. Ich bin diese Tochter, die mit ihre zwei Kinder mehrere Wochen zu Hause bleiben musste (obwohl alle wussten Kindergarten Ämter, was bei mir zu Hause passiert) mehrere Wochen auf einem Platz im Frauenhaus warten musste. Ich bin diese Tochter, als ich die Polizei angerufen hab 2 Stunden warten musste mit Kleinkindern draußen im Winter, bis jemand gekommen ist, um uns da rauszuholen. Ich bin glücklich, dass viele Frauen aufgestanden sind, viele deutsche Frauen und ähnliches berichtet haben, auf die Straße gegangen sind. Das sind deutsche Frauen, denen gar nichts passieren kann. Aber mir als Roma Frau, obwohl meine Kinder, die deutsche Staatsangehörigkeit haben, habe ich Angst, meine Meinung politisch zu äußern. Wenn meine Kinder 18 sind, könnte ich wieder gefährdet sein. Wenn Merz sich bisschen um die ›Töchter‹ gesorgt hätte, gäb es hier viel mehr Sicherheitsmaßnahmen. Wie mehr Investitionen in Frauenhäuser, wie Frauen Park-

plätze, wie mehr Angebote, dass man sicher nach Hause kommt nach der Arbeit. Vielleicht mehr weibliche Ansprechpersonen vielleicht sogar aus jedem Land, der die Kultur, die Sorge und den Druck versteht. Ich hatte wirklich das Glück, dass eine albanische Sozialarbeiterin mir geholfen hat, daraus zu kommen Sie hat den Kulturen Druck verstanden und mir gesagt, dass sie noch nie so glücklich gewesen ist, als sie ihren Mann verlassen hat, auch mit Kinder. Und vor allem, dass es den Kindern heute viel besser geht. Ich bin hier mit fünf Jahren gekommen, hab mich integriert. Ja ich habe die Verantwortung für meine Kinder genommen und daneben noch gearbeitet, was soll ich denn noch tun? « R w 29 F

» In einer Straßenbahn saß ich mit meiner Schwester auf einem Viererplatz und wir schauten uns auf leiser Lautstärke Videos auf dem Handy an; eine ältere deutsche Dame neben uns forderte uns wiederholt auf, RUHIG zu sein, reagierte jedoch nicht, als später andere deutschsprachige Fahrgäste laut redeten, lachten, LAUT MUSIK HÖRTEN und sich auffällig verhielten. « R w 17Jh a

» Cita Kral, ein bekannter Sänger (übersetzt: ›Cita König‹), wurde am 24. Oktober in den frühen Morgenstunden Ziel einer Razzia in seinem Wohnhaus in Köln. Nach ersten Informationen soll eine Anzeige bei den Behörden eingegangen sein. Ihm wird angeblich vorgeworfen, viel zu reisen, hohe Einnahmen zu haben und diese nicht ordnungsgemäß gemeldet zu haben. Die Razzia hat seine Familie schwer belastet. Besonders die Kinder, seine Ehefrau und die Enkelkinder waren stark verängstigt. Während der Durchsuchung wurden unter anderem sein Pass und sein Aufenthaltstitel beschlagnahmt. Das bedeutet, dass Cita Kral aktuell keine gültigen Ausweisdokumente besitzt und sich nicht frei ausweisen oder ausreisen kann. In einem emotionalen Video, das er online veröffentlichte, entschuldigte er sich unter Tränen bei seinen Fans dafür, dass er geplante Hochzeiten und Auftritte im Ausland absagen müsse, da ihm die Ausreise derzeit nicht möglich ist. Für den 24. Oktober war außerdem ein Live-Konzert in Breisach geplant. Es ist davon auszugehen, dass auch dieses nicht stattfinden kann, da seine Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist. In einem seiner Statement-Videos sagt er deutlich: ›Ich habe alles richtig

gemacht. Wem habe ich etwas Schlimmes angetan, dass man mir so etwas antut?‹ Zudem erklärte er, dass er die Person, die ihn angezeigt hat, ausfindig machen und zur Rechenschaft ziehen wolle. Nach aktuellem Stand erfolgten die Maßnahmen ohne öffentlich bekannte oder belegte Beweise, aber mit dem Hinweis ein Roma. « R w 31 Jh P

» In einem Café in der Innenstadt saß ich mit einem Klassenkameraden und las ein Buch, als ein Vater einer gegenüber sitzenden deutschen Familie zu uns kam, sich zunächst freundlich nach dem Buch und unserem Lernanlass erkundigte; als ich jedoch erwähnte, dass ich Roma bin, schlagartig fiel ihm der Unterkiefer runter, jappste und stürmte weg. « R w 16 Jh A

» In einem Supermarkt kriege ich mit wie eine Romni von einer Angestellten verfolgt und misstrauisch beäugt wird. Als sie an die Kasse kommt, wird sie aufgefordert ihre Tasche und Taschen auszuleeren, sie als einzige Kunde, niemand sonst. Die finden bei der Romni nichts, aber alle da standen drum herum und tuschelten ... die Zigeuner. «

S w 17 Jh P

DISKURSVERWEIGERUNG durch die GEW Zeitung in Frage Muttersprache und Deutsch als Fremdsprache.

» Sehr geehrte Frau Goddar, sehr geehrter Herr Rödde, leider kommen wir erst jetzt dazu, Ihnen eine Rückmeldung auf den in der GEW-Zeitung erschienenen Artikel zum Bundeskongress ›Keine Stunde Null‹ des Kooperationsverbunds gegen Antiziganismus zu geben. Dieser Artikel behandelt hauptsächlich die Schulsituation unserer Kinder, im entsprechenden Workshop waren Sie, Frau Goddar, anwesend. Wir vermissen daher in ihrem Artikel einen wesentlichen Aspekt der abgelaufenen Diskussion, nämlich den, dass Deutsch für den überwiegenden Großteil unserer Kinder – wie auch überhaupt der migrantischen Kinder in Deutschland – die erste Fremdsprache ist und nicht ihre Muttersprache. Die frühe Weichenstellung, die Muttersprache schulisch nicht zu entwickeln und anstatt dessen Deutsch als alleinige Sprache zu ›implementieren‹, hat – wie auf dem Workshop ausführlich dargelegt und diskutiert – weitreichende Folgen für die Persönlichkeitsentwicklung sowie für den Spracherwerb Deutsch zur Folge. Auch wenn Sie, Frau Goddar, hierzu persönlich anderer Meinung sein sollten (in der Diskussion äußerten Sie sich nicht dazu), kann dies unseres Erachtens kein

Grund dafür sein, diese Realität der überwiegenden Mehrzahl der Minderheits- sowie migrantischen Kinder in dem Artikel der GEW-Zeitung auszulassen und somit aus dem öffentlichen Diskurs herauszuhalten. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die bereits 2021 im Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus von Frau Mechthild Gomolla erhobene Forderung, dass ›die Mehrsprachigkeit (von SchülerInnen) und Aspekte der sozio-kulturellen Heterogenität in allen Prozessen in Unterricht und Schulleben systematisch berücksichtigt werden müssen.‹ (ebd., S. 219, FN 730) und auf den Roma/Sinti Schul-Diskriminierungsbericht Freiburg 2025, den Sie im Anhang finden.

Mit freundlichen Grüßen «

Der Brief wurde ignoriert – keine Antwort

» Komme in Strassenbahn und setze mich neben eine mittelalterl. Frau. Die schreckt hoch, schaut mich entgeistert an und nimmt ihre Handtasche krampfhaft unter ihre verschränkten Armen vor die Brust, so als ob Gefahr ist: ich würde ihr sie wegreißen. « S m 16Jh P

» Als ich über die Straße gestresst gelaufen bin, hatte mich ein deutscher Mann fast mit dem Auto überfahren. Daraufhin bin ich ausgerastet und habe geschimpft. Er ist aus dem Auto ausgestiegen und ist auf mich losgegangen. Er hat mich geschlagen mich zu Boden geworfen und meine Hand getreten. Eine Passantin auch Deutsch hielt mit dem Fahrrad an und meckert mich an. Warum ich so frech zum Mann bin. Zudem der mich nicht nur fast überfahren hätte, sondern auch geschlagen hat vor so vielen Menschen. Als ich den Mann weiterhin angeschrien hab und gesagt habe, dass es nicht geht, dass er mich schlägt, rennt er zu seinem Auto und fährt weg. Daraufhin habe ich die Polizei angerufen und habe sein Autokennzeichen durchgegeben und gesagt, dass ich eine Anzeige machen will

wegen die Körperverletzung. Die Polizei meinte aber man kann nix machen. Wenn, dann soll sie zur Polizeistation kommen und es dort noch mal ansprechen. Außerdem ist das Ganze auf der Straßenkreuzung abgelaufen. Lehrer laufen durch und andere und machen nix, als der Mann mich geschlagen hat, hat er mich beleidigt als Drecks Ausländer, dass ich mich in mein Land verpissen soll und als Schlampe. Ich hab Angst, wenn ich den Mann anzeige, dass er mich auch anzeigt, wegen Beleidigungen und ich somit auf Abschiebung gefährdet bin. « R w 19Jh A

» Wir sitzen in Straßenbahn zwei deutsche vor uns und sie sprechen über uns abfällig herablassend; der eine sagt Kindergeldbezieher der andere schade, dass es Hitler heute nicht gibt. « R m 14Jh A

Antiziganismus – der einzige Rassismus mit Fanclub

Es gibt in Deutschland einen Rassismus, der noch immer als Tradition verkauft wird. Einen Rassismus, den man nicht nur duldet, sondern feiert. Einen Rassismus, bei dem Betroffene nicht zuerst gehört, sondern belehrt werden. Einen Rassismus, der sich hinter Brauchtum, Fasnacht, Vereinsgeschichte, Nostalgie und »war doch nicht böse gemeint« versteckt.

Dieser Rassismus heißt Antiziganismus.

Und genau deshalb trifft der Satz:

Antiziganismus ist der einzige Rassismus mit Fanclub.

Denn während andere rassistische Begriffe heute zurecht Empörung auslösen, wird beim Z-Wort bis heute verhandelt, ob es nicht vielleicht doch okay sei.

Ob es nicht doch irgendwie harmlos sei.

Ob es nicht doch Tradition sei.

Ob die Betroffenen sich nicht einfach zu sehr anstellen.

Man stelle sich vor, irgendwo in Deutschland würde jedes Jahr ein »Negerball« veranstaltet. Mit Plakaten, Musik, Kostümen, Sponsoren, Vorverkauf und Vereinslogo. Man stelle sich vor, ein Verein würde sich öffentlich mit diesem Namen schmücken und sagen: »Das ist doch nur Brauchtum.« Der Aufschrei wäre groß. Und er wäre berechtigt.

Man stelle sich vor, es gäbe eine »Negerinsel« oder eine Karnevalsgruppe, die jüdische Menschen mit stereotypen Masken, Kostümen und Klischees darstellt. Niemand würde ernsthaft sagen: »Stellt euch nicht so an, das ist doch Tradition.«

Aber ein »Zigeunerball«? Eine »Zigeunerinsel«? Ein »Zigeunerballett«? Das scheint für viele noch immer hinnehmbar zu sein.

Genau hier liegt die Doppelmoral.

Nicht, weil das eine schlimmer oder weniger schlimm wäre. Sondern weil dieselbe Gesellschaft, die bei anderen rassistischen Begriffen sofort

erkennt, dass sie entwürdigend sind, beim Antiziganismus plötzlich blind wird.

Das Z-Wort ist keine harmlose Folklore

Das Z-Wort ist keine romantische Beschreibung. Es ist keine Eigenbezeichnung. Es ist eine Fremdbezeichnung der Mehrheitsgesellschaft. Eine Bezeichnung, die über Jahrhunderte mit Ausgrenzung, Entrechtung, Kontrolle, Verfolgung, Polizeierfassung, Rassenforschung, Deportation und Vernichtung verbunden war.

Trotzdem wird dieser Begriff bis heute auf Plakate gedruckt, in Vereinsnamen getragen, auf Bühnen gefeiert und in der Fasnacht verteidigt.

Und wenn Sinti und Roma sagen: »Dieser Begriff verletzt uns«, dann kommt nicht zuerst Einsicht. Dann kommt Abwehr.

»Jetzt kommt wieder die Rassismuskeule.«

»Immer gleich Diskriminierung.«

»Ihr macht aus allem ein Problem.«

»Das war doch nicht gegen euch gemeint.«

Aber genau das ist das Problem: Die Mehrheitsgesellschaft entscheidet noch immer, was für die Minderheit verletzend sein darf und was nicht.

Das ist kein Dialog. Das ist Machtausübung.

Romantisierter Antiziganismus bleibt Antiziganismus

Viele glauben, Antiziganismus sei nur dann Antiziganismus, wenn jemand offen beleidigt, hasst oder angreift. Das ist falsch.

Antiziganismus kann auch freundlich aussehen.

Er kann Geige spielen.

Er kann tanzen.

Er kann eine rote Bluse tragen, ein Kopftuch, einen Rock, ein Tamburin.

Er kann als Plakat erscheinen, als Fasnachtsfigur, als Bühnenbild, als Vereinswappen, als Ballnacht.

38. Zigeunerball

Stadthaus
Neuenburg



MIT DER BAND
DIE ZWEI
AND FRIENDS

FREITAG SAMSTAG
14.+15.02.2025

Vorverkauf
SAMSTAG, 25.1. + 1.2.2025
VON 10 BIS 12 UHR
BEI HAARWELT SILVIA SCHMEISSER
KREUZMATTWEG 10 · NEUENBURG

WWW.ZIGEUNERCLIQUE.DE



Gerade der romantisierte Antiziganismus ist gefährlich, weil er sich als harmlos tarnt.

Er sagt nicht: »Wir hassen euch.«

Er sagt: »Wir finden euch bunt, frei, wild, musikalisch, leidenschaftlich, anders.«

Aber auch das ist Rassismus.

Denn auch die angeblich positive Darstellung macht aus echten Menschen eine Schablone. Sie reduziert Sinti und Roma auf ein erfundenes Bild. Sie nimmt ihnen ihre Wirklichkeit, ihre Geschichte, ihre Berufe, ihre Bildung, ihre Familien, ihre Schmerzen, ihre Leistungen, ihre Stimmen.

Die Minderheit wird nicht als Teil der Gesellschaft gesehen, sondern als Projektionsfläche für die Fantasie der Mehrheit.

Das ist keine Wertschätzung.

Das ist Vereinnahmung.

Warum darf dieser Rassismus weiterfeiern?

Die entscheidende Frage lautet nicht: Warum fühlen sich Betroffene verletzt?

Die entscheidende Frage lautet: Warum wird ihre Verletzung so wenig ernst genommen?

Warum wird bei Sinti und Roma noch diskutiert, ob ein rassistischer Begriff vielleicht doch bleiben darf?

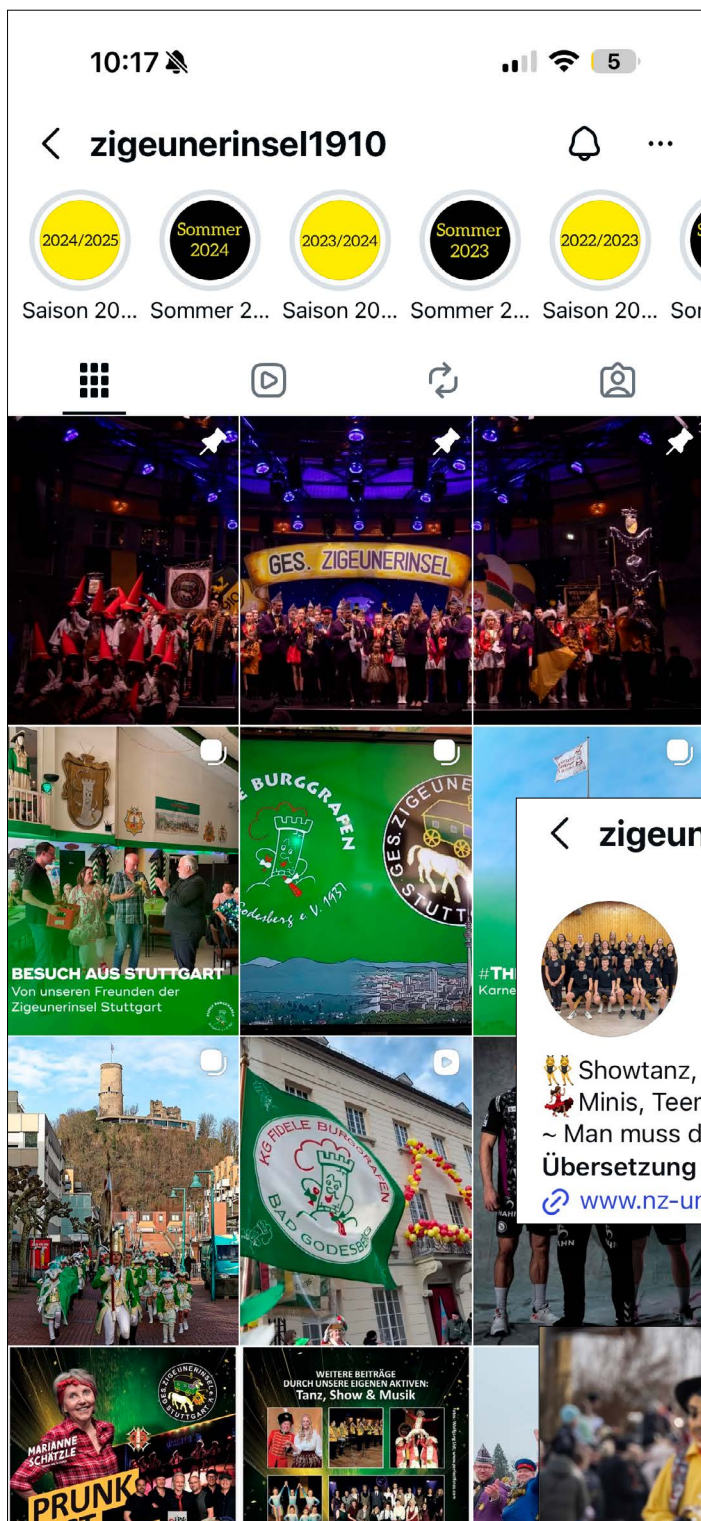
Warum wird Tradition wichtiger genommen als Menschenwürde?

Warum müssen Betroffene beweisen, dass sie verletzt sind?

Warum muss eine Minderheit immer wieder erklären, dass sie keine Karikatur ist?

Bei anderen Formen von Rassismus hat die Gesellschaft zumindest gelernt, dass Sprache nicht neutral ist. Dass Begriffe Geschichte tragen. Dass Bilder Macht haben. Dass Klischees Menschen beschädigen.

Beim Antiziganismus tut man oft so, als gelte das alles nicht.



Alle Dokumente aus Instagram

Da wird aus Rassismus plötzlich Brauchtum.
Aus Diskriminierung wird Tradition.
Aus Kritik wird Überempfindlichkeit.
Aus Betroffenen werden Störenfriede.
Und genau deshalb bleibt Antiziganismus so stabil.
Nicht, weil ihn niemand erkennt.
Sondern weil zu viele ihn nicht erkennen wollen.

Mundtot machen durch Verharmlosung

Wenn Sinti und Roma sich wehren, passiert immer wieder dasselbe:
Nicht der rassistische Begriff wird zum Problem gemacht, sondern die
Person, die ihn kritisiert.

Dann heißt es:

»Ihr seid zu empfindlich.«

»Ihr spaltet die Gesellschaft.«

»Ihr wollt alles verbieten.«

»Ihr greift unser Brauchtum an.«

»Ihr schwingt die Rassismuskeule.«

Das ist eine bekannte Strategie. Sie macht Betroffene mundtot.

Denn wer so spricht, muss sich nicht mehr mit dem Inhalt der Kritik
beschäftigen. Er muss nicht fragen, woher der Begriff kommt. Er muss
nicht zuhören. Er muss nicht reflektieren. Er muss nicht Verantwortung
übernehmen.

Stattdessen wird die betroffene Person zur Angreiferin erklärt.

Das ist Täter-Opfer-Umkehr.

Nicht der rassistische Name soll sich rechtfertigen, sondern die Minder-
heit, die ihn ablehnt.

Nicht die Mehrheit soll erklären, warum sie an einem verletzenden Begriff festhält, sondern die Betroffenen sollen erklären, warum sie endlich ernst genommen werden wollen.

Antiziganismus lebt im Alltag

Antiziganismus beginnt nicht erst beim Ball, beim Plakat oder beim Vereinsnamen.

Er beginnt im Kopf.

Er lebt in Schubladen.

In Blicken.

In Sätzen.

In kleinen Veränderungen im Verhalten.

In Fragen, die harmlos klingen, aber nicht harmlos wirken.

»Wo kommst du denn ursprünglich her?«

»Ach, du bist Sinti? Das hätte ich gar nicht gedacht.«

»Ihr seid doch so musikalisch.«

»Bei euch ist Familie bestimmt ganz anders.«

»Du sprichst aber gut Deutsch?«

»Lebt ihr noch ihr in Wohnwagen?«

Oft merken Menschen nicht einmal, dass sie diskriminieren. Genau das macht es so schwer. Sie halten ihre Neugier für Offenheit. Ihre Vorurteile für Interesse. Ihre Schubladen für Menschenkenntnis.

Doch Betroffene merken den Unterschied.

Sie merken, wenn sich der Blick verändert.

Sie merken, wenn plötzlich Abstand entsteht.

Sie merken, wenn sie nicht mehr als Kollegin, Nachbar, Mitschülerin oder Mitarbeiter gesehen werden, sondern als »eine von denen«.

Antiziganismus ist nicht nur Hass. Antiziganismus ist auch dieses ständige Andersmachen.

Solange Menschen sich verleugnen müssen, ist nichts überwunden

Die ehrlichste Antwort auf die Frage, ob Antiziganismus noch existiert, geben nicht Studien allein. Die ehrlichste Antwort geben die Menschen, die sich bis heute verstecken.

Junge Frauen und Männer, die sich am Arbeitsplatz nicht trauen zu sagen, dass sie Sinti oder Roma sind.

Menschen, die Romanes nicht öffentlich sprechen.

Menschen, die auf Nachfrage nach ihrer Herkunft ins Stocken geraten.

Menschen, die lieber irgendeine andere Herkunft nennen, weil sie wissen, was passieren kann, wenn sie die Wahrheit sagen.

Das ist keine Einbildung.

Das ist Erfahrung.

Wenn jemand gefragt wird: »Wo kommst du ursprünglich her?« und innerlich sofort abwägt, ob er ehrlich sein kann, dann ist das kein Zeichen einer gesunden Gesellschaft.

Wenn Menschen eine Sprache in sich tragen, sie aber am Arbeitsplatz nicht sprechen, dann ist das kein Zufall.

Wenn Kinder und Jugendliche lernen, vorsichtig mit ihrer Identität zu sein, dann ist das kein individuelles Problem. Es ist ein gesellschaftliches Versagen.

Denn eine Minderheit, die sich verstecken muss, ist nicht wirklich gleichberechtigt.

Freiburg ist nicht frei davon

Auch Freiburg muss sich dieser Wahrheit stellen.

Freiburg gibt sich gern tolerant, offen, bunt, antirassistisch und solidarisch. Es gibt schöne Fotos, schöne Worte, schöne Veranstaltungen. Nach außen sieht vieles gut aus.

Aber schöne Bilder lösen keine strukturellen Probleme.

Auch in Freiburg gibt es Sinti und Roma, die sich nicht offen zeigen. Menschen, die bei der Stadt, in Einrichtungen, in Schulen, in sozialen Bereichen oder in anderen Arbeitsstellen beschäftigt sind und ihre Herkunft nicht preisgeben. Nicht weil sie sich schämen, sondern weil sie wissen, dass Offenheit Folgen haben kann.

Nicht bei allen. Aber bei zu vielen.

Es geht nicht darum, alle Menschen in einen Topf zu werfen. Es gibt Verbündete. Es gibt ehrliche Unterstützer. Es gibt Menschen, die zuhören, lernen und sich klar positionieren.

Aber es gibt eben auch eine große Mehrheit, die Antiziganismus nicht erkennt, weil sie ihn für normal hält.

Und genau das ist das Problem.

Nicht der offene Nazi am Rand der Gesellschaft ist die einzige Gefahr. Gefährlich ist auch die bürgerliche Normalität, die antiziganistische Bilder weiterträgt und sich dabei selbst für tolerant hält.

Der Zigeunerball ist kein harmloser Einzelfall

Ein jährlich gefeierter »Zigeunerball« ist kein belangloser Name. Er ist ein Symbol.

Er zeigt, dass eine rassistische Fremdbezeichnung noch immer gesellschaftsfähig ist.

Er zeigt, dass die Mehrheitsgesellschaft sich das Recht nimmt, eine Minderheit zu benennen, darzustellen und zu feiern, ohne sie ernsthaft zu fragen.

Er zeigt, dass Betroffene nicht im Mittelpunkt stehen, sondern die Gefühle derjenigen, die ihre Tradition behalten wollen.

Der Ball ist deshalb nicht nur eine Veranstaltung. Er ist ein Spiegel.

Er zeigt, wie tief Antiziganismus sitzt.

Er zeigt, wie leicht er entschuldigt wird.

Er zeigt, wie schnell Kritik abgewehrt wird.

Er zeigt, dass Sinti und Roma noch immer nicht dieselbe Sensibilität zugestanden wird wie anderen Minderheiten.

Und genau deshalb darf man das nicht dulden.

Nicht schweigend.

Nicht höflich lächelnd.

Nicht mit dem Satz: »Ach, die meinen das doch nicht so.«

Denn Rassismus wird nicht dadurch harmlos, dass er Musik spielt.

Das Problem heißt nicht Empfindlichkeit. Das Problem heißt Entwertung.

Betroffene sind nicht empfindlich, wenn sie einen rassistischen Begriff ablehnen.

Sie sind nicht übertrieben, wenn sie verlangen, ernst genommen zu werden.

Sie sind nicht aggressiv, wenn sie sagen: »So nicht.«

Aggressiv ist eine Gesellschaft, die lieber an verletzenden Traditionen festhält, als die Würde einer Minderheit zu achten.

Aggressiv ist ein Brauchtum, das sich wichtiger nimmt als die Menschen, die es beschädigt.

Aggressiv ist die Erwartung, dass Sinti und Roma still bleiben sollen, damit andere ungestört weiterfeiern können.

Wer Antiziganismus benennt, spaltet nicht die Gesellschaft.

Er zeigt, wo sie längst gespalten ist.

Zwischen denen, die sich alles erlauben können, und denen, die die Folgen tragen.

Schluss

Antiziganismus ist nicht Vergangenheit.

Er ist Gegenwart.

Er steht auf Plakaten.

Er steckt in Vereinsnamen.

Er tanzt auf Bühnen.

Er läuft in Fasnachtsumzügen mit.

Er sitzt in Behörden, Klassenzimmern, Arbeitsstellen und Nachbarschaften.

Er zeigt sich in Blicken, in Fragen, in Witzen, in Misstrauen, in Verharmlosung und in der ständigen Erwartung, dass Betroffene still bleiben sollen.

Solange ein »Zigeunerball« als Tradition verteidigt wird, während ein »Negerball« völlig zurecht undenkbar wäre, ist klar: Die Gesellschaft misst mit zweierlei Maß.

Solange Sinti und Roma ihre Herkunft verschweigen müssen, ist nichts überwunden.

Solange junge Menschen Romanes nicht offen sprechen, ist nichts überwunden.

Solange Betroffene als überempfindlich gelten, wenn sie Rassismus benennen, ist nichts überwunden.

Und solange Antiziganismus einen Fanclub hat, braucht es Menschen, die laut sagen:

Das ist kein Brauchtum.

Das ist keine Folklore.

Das ist keine harmlose Tradition.

Das ist Rassismus

Coralla Reinhardt

Kommentar und Fälle: Behörden

Rund 50% der Anspruchsberechtigten erhalten keine ihnen zustehende staatlichen Leistungen in Deutschland (Kindergeld: ca. 2–5 %; Wohngeld: ca. 40–60%; Bürgergeld/Grundsicherung: ca. 33–43%; Kinderzuschlag: bis zu 70%). Diese mit Studien untermauerten Ergebnisse widersprechen vollkommen allem gegenwärtigen polit-medialen öffentlichen Sturm ... von wegen balkanesische »Zigeuner« Horden plünderten mittels ihrer Kinderscharen unsre Staatskassen, schmarotzende Bürgergeldempfänger fressen uns Leistungsträgern die Haare vom Kopf ...

Für die Einen ist dies – das Nichtbeantragen – eine bewusste Entscheidung nach Unabhängigkeit, Eigenständigkeit und Freiheit von Bürokratie und Staat, traditionell ist darunter ein hoher Anteil Sinti und Roma; Voraussetzung dafür sind in Freiburg bezahlbar billige Mieten ... von bis zu 7 Euro/m² die in Freiburg allerdings im Abriss sind: Metzgergrün und Lindenwäldle.

Für die anderen Anspruchsberechtigten ist das Nichterhalten staatlicher Leistungen in der Regel Ergebnis des sprichwörtlichen Behörden-PingPings – sozialwissenschaftlich: der administrative Hürden, die es verhindern dass sie staatliche Leistungen erlangen. Methoden: ein zwischen verschiedenen Ämtern hin und her schicken inklusive ungeklärten Zuständigkeiten; ein »Nacktmachen« und Erfasstwerden bis aufs Hemd der Antragstellenden durch die Bürokratie; komplexe Verfahren und insbesondere in fast allen Erfahrungen (siehe Fälle) alltäglich mehrfach gleiche Unterlagen nachreichen zu müssen.

Staatliche Institutionen, Behörden sind Bürokratien die Gesetze (von Politik beschlossen) um- und durchsetzen, sie besitzen (institutionelle) Macht gegenüber von ihnen abhängigen Bürgern und damit prägen sie zugleich spiegelbildlich das Vertrauen der Bürger in den Staat, den gesellschaftlichen Zusammenhalt bis hin zu der Bereitschaft, gesellschaftliche Regeln zu akzeptieren oder nicht. Wir nehmen uns die Behörden vor mit denen Roma und Sinti zentral zu tun haben: das Ausländeramt, das Jugendamt, Jobcenter und die Wohngeldstelle.

Ausländeramt hat nix mit Sinti zu tun, werden sofort einige einwenden, dies stimmt so nicht. Nachdem den meisten Sinti im NS ihre deutsche Staatsbürgerschaft genommen wurde, sind bis heute eine Reihe noch immer staatenlos, andre haben französischen Pass, weil dieser für ihre Familien im Nachkrieg in Südbaden leichter zu bekommen war als der deutsche Pass. Im Gegensatz zu jüdisch stämmig Nachfahren aus der NS Zeit bekommen sie den deutschen Pass nicht auf dem einfachen kurzen Dienstweg, sondern werden quasi wie Fremde, Illegale, Asylanten gelesen und bis heute behandelt.

Das Ausländeramt ist/bildet praktisch die innere Staats Grenze: wer im Land bleiben kann und wer nicht. Das Aufenthaltsgesetz ist extrem aufgebläht und komplex unübersichtlich – über 80 unterschiedliche Aufenthaltsrechte bestehen bis heute und es kommen immer neue Paragraphen, Änderungen, Anwendungshinweise laufend hinzu. In ihm ist die rassistische Hierarchisierung der Asylbewerber festgeschrieben¹ und die rassistische Ermessensspielraum-Praxis gegenüber vor allem Roma und Moslems. Die über Jahre, Jahrzehnte dauernden (für die Betroffenen intransparenten) Verfahren, die die Menschen im Zustand andauernder Unsicherheit halten, zermürben sie, was zu einem andauernden Konfliktpotential mit den Amts-Mitarbeitern führt. Für Letztere ist das Ausländeramt der unattraktivste städtische Arbeitsplatz mit entsprechend höchster Fluktuation, Unterbesetzung und Krankheitsstand, was wiederum zu längeren Wartezeiten, Bearbeitungszeiten und Unerreichbarkeit führt.

Entsprechend sind auch die Google Bewertungen des Amtes 1,9 von möglichen 5 Sternen bei 431 Bewertungen.²

1 Roma, Schwarze u.a. auf unterster Stufe müssen sich in Lohnarbeit bewähren (Beweis: ihre Existenz selber zu finanzieren), um in den Status legalen Aufenthalt zu kommen; in diesem Status kamen syrische Flüchtlinge automatisch ohne Lohnarbeitsbewährung und ukrainische Flüchtlinge übersprangen das gesamte Asylverfahren und kamen gleich in Bürgergeld beim Jobcenter

2 Auffallend ist die Zweiteilung bei der Bewertung in überwiegend die niedrigste mit 1 Stern dann aber relativ viele 4/5 Sternler, diesen Bewertungen nachgegangen kommt heraus, dass bei den Hochbewertungen es vielfach um keine Kunden des Ausländeramtes handelt sondern um ›local guides‹, die Restaurants, Geschäfte etc. bewerten und so versuchen Einnahmen zu generieren.

Das Jugendamt behandelt das hochemotionale Thema: das Wohlergehen der Kinder. Oft wird das Jugendamt von den Schulen eingeschaltet. Bis heute besteht hier als Ideal-Vergleichsfolie die »weiße« deutsche Mutter in Kleinfamilie und eine kulturalisierende Abwertung mit vielen Vorurteilen des Erziehungsstils der Minderheit. Bei Beurteilungen und Festlegung der Maßnahmen spielt dies eine große Rolle – geht es doch hier oft um Wegnahme der Kinder in Pflegefamilien bis hin zu geschlossenen Heimen. Es fängt an, dass meist die Lautstärke und Intensität der Kommunikation in der Familie als Streit und Verbote von Aggressionen missverstanden wird und geht weiter: kulinarische Gebräuche als ungesund einzuschätzen, die Verteilung der Sorgearbeit auf ältere Kinder und Verwandte als Desinteresse bis Verwahrlosung am eigenen Kind zu werten, Gebrauch der Muttersprache nicht als Ressource sondern als Manko betrachtet und nur das im Familienalltag praktizierte Deutsch positiv beurteilt wird.

Die Wohngeldstelle steht mit ihrer Google-Bewertung von 1,5 an letzter Stelle unter den städtischen Behörden. Durch die Ausweitung der Wohngeldberechtigten (auf rund 10 Prozent der Stadtbevölkerung) sowie Unterbesetzung dieser Stelle besteht hier bis heute ein hoher Stau (zeitlich kaum fassbar: von halbem bis 2 Jahre) an unbearbeitenden Anträgen. Die Folgen sind für die Betroffenen hohe Verschuldung bis zum Verlust der Wohnung mit entsprechenden psychischen und familiären Folgen. Außerdem hängt vom Wohngeld-Bescheid die gesellschaftliche Teilhabe der Kinder ab. Die Zuschüsse für das Schulessen, die Nachhilfe, Vereinsgeld, Kitagebühren und Fahrgeld zur Schule werden mit dem Wohngeld-Bescheid entschieden.

Bei diesen drei städtischen Behörden bestehen keine Wege für Beschwerden außer der Weg über die Dienstaufsichtsbeschwerde zu dem man das Geld für einen Rechtsanwalt braucht. Es fehlen bis heute einfache, klare und transparente Wege für MigrantInnen sowohl für Flüchtlinge als auch für Arbeitsmigranten. Wege die Verlässlichkeit und Sicherheit in der an sich schon herausfordernden »Fremde« geben würden, anstatt dessen stehen sie bis heute einer »Abschreckungskultur«³ gegenüber.

3 So die regionale Industrie und Handelskammer BZ 26. 2. 24 oder der Präsident IHK Südlicher Oberrhein »statt einer Willkommenskultur, eher eine Abschreckungskultur.«

Die höchste Google-Bewertung hat das Job Center mit 2,4 Sternen bei möglichen 5. Es hat mit dem KUNDENREAKTIONSCENTER sowie einer unabhängigen Ombudsstelle seit Jahren eine öffentlich-anonyme Beschwerdestelle, die sich allem Anschein nach bewährt hat und Vorbild für die städtischen Ämter sein könnte.

Lieber Herr Bundespräsident
ich bin Adrian und ich werde
13 Jahre alt. Ich wollte Ihnen
sagen das ich von meinen Eltern
getrennt bin, und im Kinderheim
lebe. Eigentlich möchte ich wieder
zurück nach Hause. Ich könnte es
versprechen und Schwören sogar das
MEINE Eltern mir nichts getan
haben und ich eigentlich wieder
zurück nach Hause möchte. Dies
steht allerdings vor Gericht! Aber
hier im Kinderheim werde ich
sogar geschlagen! Mein größter
Wunsch ist es NACH Hause zu
gehen. Sie sind unsere letzte
Hoffnung.
mit traurigen grüßen:

Hilferuf eines 13jährigen Roma

» Als mein Sohn drei Jahre alt war, wurde mir bei der Ausländerbehörde mitgeteilt, dass er im Alter von 13 Jahren nach Kosovo abgeschoben werden könne, falls er bis dahin keinen Pass besitze. War total geschockt. Meine Tochter besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit, ich selbst die kosovarische. Die Vorstellung, dass mein Kind ohne Familie und ohne Bezug zu diesem Land abgeschoben werden könnte, war für mich ein massiver Schock. Aber es war eine Fehlinfo, was ich erst später mitbekam. Ich informierte mich und im Rathaus nach großem bürokratischem Aufwand und zahlreichen Hindernissen gelang es mir, meinen Sohn ebenfalls als deutschen Staatsbürger anerkennen zu lassen. «

R w 29Jh A

» Über einen Zeitraum von mehr als vier Jahren erhielt ich Fiktionsbescheinigung jeweils nur für drei bis sechs Monate – trotz deutscher Kinder und abgeschlossener Ausbildung und vorherigem jahrelangem Aufenthalt. Angeblich weil der Drucker für die Aufenthalte in Berlin kaputt ist. Dies machte es unmöglich, eine feste Arbeitsstelle zu finden, zeitweise wurde mir deshalb das Kindergeld nicht mehr ausgezahlt. Anfragen beim

Ausländeramt blieben erfolglos, da ich regelmäßig an eine Telefonnummer verwiesen wurde, die nicht erreichbar war. Jede der Stellen – Arbeitsagentur, Kindergeldstelle und Ausländeramt – schob immer der anderen die Schuld zu, keine war verantwortlich. Dann aber auf einmal gabs wie in einer Welle für viele und mich auch den Aufenthalt. Seit Corona durchgehend Zittern. «

R w 31Jh A

» Um Aufenthalt zu bekommen braucht man Pass. Für uns die aus Kosovo kommen einen kosovarischen Pass. Den müssen wir holen bei Botschaft von Kosovo, nur heute ist Kosovo ein anderes Land; anstatt serbokroatisch wird albanisch gesprochen. Und was machst du da auf der Botschaft? War gerade da für Pass von meinem Sohn. Ich verstehe kein albanisch und der Botschaftsangestellte kein Deutsch, serbokroatisch oder italienisch. Also mit Händen und Füßen. Er machte mir klar, dass mein Sohn nicht im Zentralregister ist und schaute mich an. Bis ich 100 Euro rauszog, da er machte eine halbkreis Kopfbewegung, was wohl noch eins heißen sollte. Er nahm dann die 200 und eine Woche später hat ich den Pass. « R m 39Jh A

» Ich bin seit über 16 Jahre in Deutschland. Ich arbeite seit über 10 Jahren bei gleicher Arbeitsplatz. Von meinem Lohn plus einem Minijob bezahle ich alles. Aber ich bekomme einfach nur Fiktion, einmal hat ich Aufenthalt für halbes Jahr danach wieder Fiktion ...im Ausländeramt heisst es immer, müssen warten. Diese ständige Unsicherheit macht mich sehr müde und krank. Jetzt stellte Arzt Zucker fest. « R m 46 Jh F

» Ich bin seit 2 Jahren in Deutschland in Duldung ohne Arbeitserlaubnis und stehe immer kurz vor Abschiebung. Ich bekomme keine Arbeitserlaubnis obwohl ich dreimal mit Arbeitsverträgen bei Ausländeramt war, warum keine Ahnung, die sagen nichts. Keine Begründung. Das Geld für einen Rechtsanwalt hab ich nicht. Zweimal wollten sie mich abholen im Lager für Abschieben, aber ich war nicht da. « R m 25 D

» Finanzamt bei Selbstständigen
Im Altmetallhandel: Bisläng wurden Rechnungen akzeptiert nur mit Namen, dies Jahr neuer Finanzbeamter akzeptiert dies nicht mehr: jetzt nur bei voller Adresse, Steuernummer etc. Folge ich z.B. mehrere tausend Euro nachzahlen muss. « S m 52 Jh P

» Erste Veranstaltung eines Großprojekts mit der Stadt und vielen Partnern, alles Deutsche. Nach der Vorstellungsrunde in der offiziellen Gruppe hatte ich das Gefühl, fehl am Platz zu sein – hier nicht hinzugehören. Obwohl ich meine Arbeit als wichtig erachte und weiß, dass sie wichtig ist, sprach ich wie gegen eine tote Wand starrer Gesichter, aus der keinerlei Reaktion kam, es wirkte so, als würden meine Beiträge nicht ernst bzw. als minderwertig und nicht beachtenswert angesehen. Das hat mich geschockt und ziemlich enttäuscht. Dieses Gefühl will ich nie wieder haben. « R w 19 Jh A

» Unsre siebenköpfige Familie (zwei Erwachsene, fünf Kinder) lebt seit 20 Jahren in Deutschland. Alle Familienmitglieder besitzen eine Aufenthaltsgenehmigung – mit Ausnahme unserer 50jährigen Mutter, die immer nur Duldung bekommt. Deshalb erhält sie ausschließlich befristete Arbeitsverträge über jeweils sechs Monate. Ohne eine langfristige Beschäftigung kann sie jedoch keinen gesicherten Aufenthaltstitel erhalten. Dadurch befindet sie sich seit Jahren in einem Kreislauf aus Unsicherheit ohne reale Perspektive, im Nacken Abschiebung und Trennung der Familie « R w 21 Jh A

» Bin in der Stadt bekannt (als Sprecher der Roma Community) und so zahlreiche Grussverhältnisse. Und eines Tages im Mai, nachdem ich mit begrenztem Regelverstoss– auf den Busch gehauen, damit die Schlange rauskommt ›a la Mao‹ – das Vorgehen der Stadtverwaltung an die Öffentlichkeit bringen wollte, gingen auf einmal mir Leute aus dem Weg, grüssten nicht mehr oder wechselten die Strassenseite. Nach einer Weile stellte ich fest, welche Leut es waren, die dies Verhalten an den Tag legten; alle waren entweder selbst Angestellte der Verwaltung oder nahe bzw abhängig von der Verwaltung. Ich sollte so demontiert, zur persona non grata gestempelt werden ohne dass die Verwaltung auch nur auf ein Argument des Sinti Vereins und Roma Büros überhaupt eingeht. Anstelle von Öffentlichkeit und Streit bei freier Meinungsäusserung trat das Halbdunkel der unfassbaren Gerüchte, Verleumdungen und Diffamierungen. Wochen später kam es zu einem Zusammentreffen mit dem diese Taktik anwendenden leitenden Amtsangestellten. Anstatt mich zu begrüssen ging er demonstrativ die Augen rollend und Grimassen des Ekels schneidend an mir vorbei auf andre Vorstandskollegen zu, die er beson-

ders freundlich zu umgarnen versuchte, was ihm aber nicht gelang. Allen im Raum wurde bewusst, er will andren Sprecher und die Debatte mit allen Mitteln vermeiden. « R m 78Jh P

» Wir hatten Treffen im August mit Frau x vom AMI wg Projekt Rosi. Das Ergebnis war dass wir mit unsrem Mütter-Solidaritätskreis im Projekt Rosi machen können. Und wir machten: begleiteten Frauen zum Amt, trafen uns im Park und picknickten mit fast 20 Frauen und Kindern, berieten Frauen wg. Anträgen, gingen zusammen Eis essen ein ander mal ins Kino mit einigen ... dann war Treffen vom Projekt und wir brachten unsre Rechnungen mit – da auf ein Mal eine 180 Grad Wende: abfällig von oben herab meinte die Frau x vom AMI, dass das nix sei, was wir machen und nicht förderfähig! Hääh wie bitte???– 2 Monate vorher redete sie so und jetzt? Wir fühlten uns wie Schei ... Jetzt soll das Roma Büro zahlen. Die Sinti Näh Gruppe bekam hingegen Material für 700 Euro. « R w 28 Jh A

» Im Jobcenter beim ersten Termin sass ich da, verstand wenig und musste immer nachfragen, nach einer Weile schrie mich die Angestellte an hier wird Deutsch gesprochen und nicht bulgarisch. « Rw 35Jh EU-P

» Bin in Duldung und arbeite Vollzeit. 5 Stunden Wartezeit an zwei Tagen brauchte ich auf dem Ausländeramt, um meinen Antrag auf Aufenthalt zu stellen Ende September, dafür musste ich zwei Tage mir von Arbeit freinehmen. Bis Ende Dezember keine Antwort. « R m 38Jh D

» Ich hab unbegrenzt Aufenthalt/ bzw Niederlassung und deutschen Pass beantragt, seit drei Jahren wird mein Antrag bearbeitet; bezahle alles Wohnung etc; bin standesamtl in Freiburg verheiratet und hab drei Kinder, die in die Schule gehen – aber meine Frau und Kinder sind bis heute auf Duldung, jeder Antrag auf Aufenthalt wurde abgewiesen. So stehen sie jahrelang mit einem Fuss in der Abschiebung. Meiner Frau wurde jetzt aufgetragen zu arbeiten, jetzt hat sie einen MiniJob – das soll aber nicht genügen. Wie soll meine Frau denn ganztags arbeiten mit drei Kindern, wo ich kaum, nur noch zum Schlafen zuhause bin vor dauernd Überstunden? «

R m 34Jh N

» Ein Brief vom Jobcenter löste bei meinem Mann Panik aus. Er öffnet ihn nicht sondern steckt ihn unter der Madraze. Das ganze Wochenende war versaut. «

S w 23 Jh P

» Ich soll als Leiterin der Mädchengruppen Lohn bekommen, es ist abgemacht. Ich bin auf das Geld angewiesen und warte seit über einem halben Jahr auf Neuigkeiten auf Infos zu Abläufen. Aber es kommt Nix. Es wird immer weiter weg geschoben Ich möchte endlich wieder Sachen unternehmen für die Gruppe und meine Gemeinschaft da sein, aber das Projekt Rosi verhindert das, in dem sie kein Material zur Verfügung stellen, indem sie die Treffen abblocken oder immer über alles wissen wollen, jede Veranstaltung wir vorher anmelden sollen. Allem Anschein wollen sie Kontrolle aber nix beitragen. ... Ich fühle mich so, als ob ich ausgenutzt werde, da ich nichts bestimmen kann. Wir werden so demotiviert, dass immer weniger kommen. « R w 19J A

» Meine Oma hat einen italienische unbefristeten Aufenthalt. Seit über 10Jahren ist sie bei uns, ihrer Familie nahe Freiburg. Sie arbeitet seit Jahren zwei Jobs und hatte immer nur eine Fiktionserlaubnis. Jetzt bei dem Versuch über Chancenaufenthalt zu gehen, wurde sie auf Duldung ohne Arbeitserlaubnis runter gestuft. Begründung ›Kraft des Gesetzes nicht gestattet, weil Frau J. Staatsangehörige eines sicheren Herkunftslandes ist. « R w 19Jh F

» Bei der Abholung meines Passes in der Ausländerbehörde sprach eine Mitarbeiterin in einer vereinfachten und von oben herablassenden Weise mit mir, als ob ich ein Stück Schei... sei obwohl ich die deutsche Sprache sicher beherrsche. « R w 26 Jh A

» Ich wollt mich beschweren, nachdem ich von der Sachbearbeiterin böse angemacht wurde. Aber es gibt nix, du kannst dich nicht beschweren, es gibt keine Weg, außer Dienstaufsichtsbeschwerde, dafür brauchst du Geld und Rechtsanwalt. Und beides hab ich nicht. « R m 32 Jh A

» Ich wurde schon zweimal abgeschoben, obwohl ich mit festem Arbeitsvertrag war, und bin mit Familie immer wieder gekommen, weil Leben geht nicht wo ich zuhause. Auch jetzt hat ich unbefristeten Arbeitsvertrag, von wo ich schon vorher war. Habe aber keine Arbeitserlaubnis bekommen, aber Residenzpflicht (Freiburg nicht verlassen) und 3 Monate kein Geld. Die Polizei war 2 Mal da um mich abzuschieben. Meine Zukunft? Schwarz arbeiten und unsichtbar werden. « R m 38 Jh D

» Ich bin alleinerziehend mit zwei kleine Kinder und keine Betreuungshilfe, trotzdem wurde ich verpflichtet, eine 1-Euro-Tätigkeit aufzunehmen. Der Alltag wurde dadurch extrem belastend: täglich zum Kindergarten, anschließend zur Arbeitsstelle in Altenpflege und unter ständigem Zeitdruck die pünktliche Abholung um 14 Uhr. Diese Situation war für mich sowohl körperlich als auch psychisch sehr belastend, bis ich krank wurde und Depressionen bekam. « R w 32 Jh P

» Ich wurde mit Brief ins Ausländeramt gebeten. Kaum war ich da wurde ich von Polizei verhaftet, weil ich Fristen für meine Duldung versäumt hätte. 600 Euro oder Haft. Meine Brüder haben bezahlt, so kam ich frei. Ich bin in Deutschland geboren und nur in Deutschland gelebt. Weil meine Eltern keinen deutschen Pass hatten, der wurde ihnen von den Nazis genommen, wurde auch ich staatenlos und bin es bis heute und werde behandelt wie ein Aussätziger. « S w 70 Jh staatenlos

» Im Ausländeramt bei Termin bin ich nervös, stottere finde keine deutsche Worte beim Gespräch; die Sachbearbeiterin meinte dass ich so nervös bin weil ich was verschweige und lüge. « R m 24 Jh D

» Ich bin ehrlich gesagt schockiert über das, was ich heute am Telefon mit einem Mitarbeiter des Rathauses Freiburg erlebt habe. Ich habe dort angerufen, um einer Frau zu helfen, die aus einer anderen Stadt nach Freiburg geflüchtet ist – gemeinsam mit ihren kleinen Kindern. Sie ist Opfer von häuslicher Gewalt und hat den Mut gehabt, alles hinter sich zu lassen, um sich und ihre Kinder in Sicherheit zu bringen. Sie steht aktuell vor dem Nichts und braucht dringend eine Übergangsunterkunft. Während des Gesprächs habe ich erwähnt, dass wir beide Roma sind und ich aus dem Roma-Büro heraus helfen möchte. Ab diesem Moment wurde ich nicht mehr ernst genommen. Der Mitarbeiter sagte mir wörtlich, dass das alles ›unglaublich‹ sei und dass er mir nicht weiterhelfen könne. Diese Reaktion ist

nicht nur respektlos, sondern auch zutiefst diskriminierend. Es kann nicht sein, dass Menschen in einer akuten Notlage aufgrund ihrer Herkunft pauschal als unglaublich abgestempelt werden. Hier geht es um eine Frau, die Gewalt erlebt hat, und um Kinder, die Schutz brauchen – nicht um Vorurteile. Ich empfinde dieses Verhalten als beschämend und erwarte, dass so ein Vorfall ernst genommen und aufgearbeitet wird. Menschen in Not haben ein Recht auf Hilfe – unabhängig von ihrer Herkunft. So ein Umgang zerstört Vertrauen und hält Betroffene davon ab, sich Hilfe zu suchen. Das darf nicht passieren. « R w 34 Jh A

» » Mündlicher Bericht eines Sinto, Sohn von NS-Verfolgten, über seine gegenwärtigen Lebensumstände als Staatenloser

Kommentar und Fälle: Arbeit

In Südbaden würde die gesellschaftliche Infrastruktur ohne migrantische Arbeitskräfte zusammenbrechen. Dies betrifft die Landwirtschaft, den Tourismus insb. die Gastronomie und Hotels, Gebäudereinigung, die Kranken- und Altenpflege, Sicherheitsdienste, Einzelhandel, Lieferdienste sowie Logistik und den Bau – Deutsche arbeiten in diesen Branchen kaum bis gar nicht – es ist ihnen körperlich zu anstrengend und zu gering bezahlt. In diesen Branchen ist in den letzten Jahren das Arbeitsvolumen stark verdichtet, der Druck verstärkt und vielfach (ausbeuterische) Subunternehmensstrukturen eingeführt worden. Folge sind chronischer Stress, der sich in Bluthochdruck, Diabetes und »Fettleibigkeit« verkörperlicht. Besonders Menschen im Asylverfahren ohne sicheren Aufenthaltsstatus und Illegale sind von Erpressung und übermäßiger Ausbeutung betroffen. Menschen im Asylverfahren müssen sich über Lohnarbeit bewähren, um in einen sicheren Status zu kommen. Dass dies alles der Bundeskanzler so gar nicht bemerkt, zeigt wie weit er außerhalb der gesellschaftlichen Realität lebt.

» Ich arbeite bei Gebäudereinigung- viele Roma. Heute müssen wir mit 5 Kollegen dieselbe Arbeit machen, wo wir noch vor fünf Jahren 15 waren. Es wird dauernd die Arbeit umstrukturiert und alle haben ständig Angst die Arbeit zu verlieren. Egal wie wir uns anstrengen, es reicht nie, es heißt immer wir sollen uns mehr beeilen. Von der Arbeit bin ich jetzt so erschöpft, dass ich nur noch müde bin. Jetzt hat ein neuer, jüngerer Chef angefangen. Er droht, jetzt weht ein anderer Wind. Vor allem wir Ältere haben das Gefühl, rausge-

drängt zu werden, aber wir können die Arbeit nicht wechseln, wir brauchen sie sonst kommen wir wieder in Duldung und vor Abschiebung. Es ist ein Teufelskreis. « R m 49 Jh A

» Ich habe mittlerweile Hemmungen, mich auf der Arbeit krankzumelden, da meine Krankmeldungen immer stärker hinterfragt werden ... so als ob ich faul und ein Parasit bin, als die andere Kolleginnen und Kollegen. So bin ich jetzt mit Grippe auf Arbeit gegangen. « S w 32 Jh P

» Habe chronische Rückenschmerzen, dies ist der Abteilungsleitung bekannt. Nachdem die mich bedrängt haben selber zu kündige, ich mich aber weigerte, haben sie mich auf einen Arbeitsplatz versetzt, wo es so zieht, dass ich es nicht aushalten kann. Eine Woche hab ich es ausgehalten, dann gekündigt und hoffe meinen Aufenthalt nicht zu verlieren. « R m 48 Jh A

» Bin Paketausfahrer, werde nach Tour bezahlt, die ich innerhalb von 8 Stunden bedienen muss. Dies ist aber nie in 8 Stunden zu schaffen. Alle Risiken Stau, kein Parkplatz wie viele 4,5 Stockwerke trag ich ... bei uns sind nur Ausländer, kein Deutscher. «

R m 30 Jh A

» Ich wurde von meinem Chef in der Probezeit in der Ausbildung gekündigt, weil ich geheiratet habe. Nach erneuten Gespräch mit ihm bleibt er jedoch immer noch seine Entscheidung treu. Ich verstehe es nicht, weil für mich ändert sich nur der Wohnsitz, was nur wenige Straßen weiter weg von meinem alten Wohnsitz ist. Ich habe ihn auch gesagt, dass ich nicht vorhabe, demnächst Kinder zu haben und alleine mit meinem Mann wohne doch er blieb bei seiner Entscheidung. « R w 19 Jh A

» Komme seit Jahren in Gruppe aus Rumänien Saisonarbeit auf den gleichen Bauernhof nahe Freiburg. Ab diesem Jahr werden nicht mehr Stunden bezahlt sondern nach Kilo. Spargel. Wir verdienen ein fünftel bis ein viertel weniger. Nächstes Jahr wahrscheinlich wir nicht mehr nach Deutschland. « R w 27 Jh EU-P

» Ich nahm einen 24-Stunden-Pflegejob, die Bedingungen waren Katastrophe, mein Bett stand im feuchten Keller und die Patientin hat mich Tag und Nacht gebraucht; ich hatte keine freie Zeit monatelang und keine Nacht schlafen länger als 2–3 Stunden. Die Rumänische Firma, die mich vermittelt hat, ließ mich hängen. Ich hab es nicht mehr ausgehalten und bin gegangen. Jetzt bin ich auf der Straße ohne Unterkunft. « R w 32 Jh EU-P

» Bin aus Slowakei Bauarbeiter. Wir arbeiten auf Grossbaustelle und wohnen in Containern direkt an Baustelle zu viert auf rund 20 m². Wir haben Vertrag mit Baufirma aus Slowakei, dort unterschrieben: Stundenlohn 10 Euro, 60 Stundenwoche und pro Bett 400 Euro in Monat. Auf der Baustelle ist nur ein Deutscher. «

R m 45 Jh EU-P

» Anfang Februar war ich bei einer älteren Dame in Bad Krozingen um eine Dachreinigung anzubieten und anschließend durchzuführen. Nach einem Gespräch vor Ort erhielt ich den Auftrag, die Arbeiten auszuführen. Während des Gesprächs fragte mich die Kundin zunächst nach meiner Nationalität. Ich antwortete, dass ich Franzose bin und aus Südf frankreich komme, da ich einen französischen Ausweis besitze. Die Kundin gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden und fragte erneut, wo ich »ursprünglich« herkomme. Ich empfand diese Nachfrage bereits als unangenehm, antwortete jedoch schließlich, dass meine familiären Wurzeln in Indien liegen. Auch diese Antwort genügte ihr nicht, sodass ich erklärte, dass ich zur Minderheit der Sinti gehöre. Da sie den Begriff nicht einordnen konnte, verwendete ich anschließend den Begriff »Zigeuner«, um mich verständlich zu machen.

Daraufhin reagierte die Kundin mit der Aussage: »Ah, ich wusste es. Ihr seid ja Überredungskünstler. Es waren fünf weitere hier, die wegen dem Dach gefragt haben. Ich bin auf nichts eingegangen, aber bei dir habe ich ja gesagt. Das habt ihr ja im Blut.«

Diese Aussage bezog sich ausdrücklich auf meine Herkunft und stellte aus meiner Sicht eine

stereotype Zuschreibung dar. Ich habe darauf nicht reagiert, um den Auftrag nicht zu gefährden, und die Arbeiten anschließend wie vereinbart durchgeführt. Die Kundin zeigte sich am Ende mit der ausgeführten Arbeit zufrieden. Es kam schon mal vor, dass ich so einen Auftrag verloren habe aber die Kundin lässt mich den Auftrag fertig machen. Der Vorfall hat mich dennoch belastet, da ich mehrfach zu meiner Herkunft befragt wurde und schließlich mit einer pauschalen, herkunftsbezogenen Zuschreibung konfrontiert war. «

S m 42Jh EU-P

» Arbeite in einem Büro und es ist seit ein zwei Monaten ein running gag wenn etwas fehlt zu sagen: wo ist der Zigeuner der mein ... geklaut hat und alle lachen. Irgendwie scheinen sie meine Herkunft herausbekommen zu haben – aber ich kann bis heute nicht dazu stehen. « S w 28Jh P

» Sie sprechen aber gut deutsch, war der erste Antwortsatz beim Bewerbungsgespräch. Ich fühlte mich ertappt, geoutet und ausgegrenzt. Den Job wollt ich nicht mehr. « R w 21 Jh P

» Hab eine neue Arbeit und nach wenigen Tagen wurde bekannt, dass ich ein Sinto bin, woher keine Ahnung. Drauf gab es so Sprüche wie ›Jetzt stellen die schon Zigeuner ein, so ne Unverschämtheit‹, ›der Zigeuner muss weg hier, wir arbeiten mit dem nicht‹; ›Wurde der vergessen zu verg., dass der noch da ist?‹ ... ich werde aktiv von denen geschnitten, als ob ich nicht existiere, kein Gruß wird erwidert; da ich sowieso für mich allein arbeite macht mir das nicht viel aus und ich brauche diesen Job. Aber ich war total geschockt über diesen offenen faschistischen Rassismus und das in einem städtischen Unternehmen. Ich werde dagegen nichts tun, weil ich jetzt schon weiß wie das ausgeht, nämlich mit meiner Kündigung. « S m 55Jh P

» Arbeite in Teilzeit, einräumen von Regalen im Supermarkt. Das Arbeitspensum ist so, dass ich eine bis zwei Stunden mehr Zeit brauche, die natürlich nicht bezahlt werden. Wenn eine Kollegin fehlt müssen wir ihre Arbeit noch dazu machen. Kündigen kann ich praktisch nicht, verliere dann meinen Aufenthaltsstatus. «

R w 31 Jh A

» Auf der neuen Arbeitsstelle wurde ich eingewiesen. Dabei wurde ich mehrmals darauf hingewiesen und gestisch unterstrichen, dass ›hier mit den Fördermitteln alles mit rechten Dingen zugehen müsse‹; mir wurde damit unterstellt, dass ich – bekannt als Sinto – krumme Geschäfte mit Fördermitteln machen würde. « S m 38Jh P

» Ich habe einen Minijob, arbeite aber ganzen Tag und Nacht als Altenbetreuerin im Haus 24 Stunden. Für Minijob bekomme ich offiziell Geld aber keine Krankenversicherung; den Rest an Geld bekomme ich auf die Hand schwarz. Wieviel Geld ich bekomme ist nicht geregelt. Ich wohne im Haus und arbeite immer auf Abruf. Nur einen Nachmittag habe ich in der Woche frei. Aber so kann ich meine große Familie in Rumänien ernähren und Sachen bezahlen wie das Dach letzten Winter. Jeden Abend spreche und sehe ich meine Kinder, manchmal mache ich Hausaufgaben mit ihnen. Meine Schwester ist jetzt die Mutter meiner Kinder. Das letzte Mal war ich vor 1 1/2 Jahren zuhause. « R w 29Jh EU-P

» Nicht wertgeschätzt von der Arbeit. Es ist früh am Morgen in Freiburg. Ein Mitarbeiter (Roma) macht sich wie so oft auf den Weg zur Arbeit. Seit Februar 2019 ist er im Unternehmen eine Reinigungsfirma – über sechs Jahre, in denen er zuverlässig war, seine Aufgaben erledigt hat und immer wieder versucht hat, alles richtig zu machen. Doch in letzter Zeit fühlt sich nichts mehr richtig an. Alles begann mit einer einfachen Krankmeldung. Vom 16.03. bis zum 20.03. war er krank. Nichts Außergewöhnliches – er hat sich ordnungsgemäß abgemeldet, so wie es verlangt wird. Am Montag, den 23.03.2026, warf er die Krankmeldung persönlich in den Briefkasten. Er wollte sicher sein. Sogar ein Video hat er gemacht. Einfach, um später keinen Ärger zu bekommen. Als der Lohn kam, fehlte Geld. Dieses Gefühl, wenn man aufs Konto schaut und merkt: Es reicht nicht. Die Miete steht an. Rechnungen. Alltag. Stress. Also ging er zur Betriebsleiterin. Ruhig. Sachlich. Er wollte nur klären, ob vielleicht ein Fehler passiert ist. Doch statt Verständnis kam nur eine kalte Antwort: Die Krankmeldung sei nie abgegeben worden. In diesem Moment fällt etwas in ihm zusammen. Er weiß, dass er recht hat. Er hat es sogar bewiesen. Er zeigt ihr das Video. Aber es

ändert nichts. »Der Computer funktioniert nicht«, sagt sie. Vielleicht eine Woche. Eine Woche. Für jemanden, der auf sein Geld angewiesen ist, sind das keine Tage – das ist Druck, Angst, Unsicherheit. Er bittet sie. Wirklich. Er erklärt, dass er das Geld braucht. Dass es wichtig ist. Dass er nicht einfach warten kann. Aber sie sagt nein. Kurz. Kalt. Endgültig. Als er versucht, für sich einzustehen und sagt, dass er sich Hilfe holen muss, wird er einfach weggeschickt: »Ja, ja, ok, geh jetzt raus.« So endet das Gespräch. Nicht mit einer Lösung. Nicht mit Respekt. Sondern mit einem Gefühl von Wertlosigkeit. Und das war kein Einzelfall. Seit 2025 fühlt sich der Mitarbeiter immer öfter wie jemand, der nicht dazugehört. Gespräche werden abgeblockt. Fragen ignoriert. Wenn er etwas sagen will, dreht sie die Augen, schaut weg, als wäre er unsichtbar. Auch beim Urlaub das Gleiche: Er reicht alles korrekt ein – und bekommt zu hören, er hätte nichts abgegeben. Und wenn doch, erfährt er es oft erst ein oder zwei Tage vorher. Keine Planung. Keine Sicherheit. Kein Respekt für seine Zeit. Sechs Jahre hat er dort gearbeitet. Sechs Jahre investiert. Und jetzt fühlt es sich an, als würde das alles nichts

mehr zählen. Was bleibt, ist nicht nur Frust. Es ist Enttäuschung. Und das Gefühl, einfach nicht gesehen zu werden. « R w 38]h A (Beschreibung der Ehefrau)

» Ich arbeite nicht. Deswegen gehe ich oftmals Pfandflaschen sammeln. Ich lief und habe niemanden belästigt. Ich hab nur Flaschen aufgehoben, die auf den Boden lagen oder im Müll. Eine Jugendliche beleidigt mich.,,du dreckige Zigeunerin“ Ihre Mutter stand hinter ihr und hat nix gesagt. Kurz darauf wurde ich von einem Mann angehalten, der mir vorgeworfen hatte. ›du stammst aus einer Mafia Familie verpiss dich von hier.‹ Ich war alleine und keiner hat mir geholfen. Ich hab meine Sachen fallen lassen aus Angst und bin weggerannt. Ich sammle nur Flaschen, damit ich bisschen mehr Geld zum Leben habe. « R w 35]h D

» Arbeite seit vielen Jahren im Restaurant in der Küche schwarz 60–70 Std. die Woche. Komme mit Touristenvisum. Mein Kollege neben mir mit Vertrag und gleicher Arbeit verdient fast die Hälfte weniger als ich auf der Hand habe. Kann so meine 8 köpfige Familie in Bosnien ernähren. « R m 29 Jh Illegal

» Ich habe Vollzeitjob und weil der nicht reicht forderte Ausländeramt noch mehr Arbeit. Also habe ich noch zwei Minijobs. Eine jeden Abend 2 std Putzen in Schule und einen am Wochenende in IMBISS 6–8 Stunden. Damit habe ich soviel Geldverdienst wie Amt fordert. Mein Leben ist nur Arbeit und Schlafen. « R m 42]hr A

» In Teilzeit bin ich, muss aber mein Arbeit schaffen und wenn nicht, dies ist fast täglich muss ich trotzdem ganze Arbeit machen als Überstunden, die nicht bezahlt werden. Mach ich das nicht bekomme ich Kündigung und muss wieder nachhause, so sagt der Chef. « R w 36 Jh A

Kommentar und Fälle: Wohnen

Kein Thema, kein Problem ist in Freiburg so groß wie die Wohnfrage und dies nicht nur gegenwärtig sondern auch immer wieder in seiner Geschichte.¹

Wohnungsnot und hohe Mietpreise waren alltäglich. In der Freiburger Zeitung gabs 1933 Reihe von Artikeln: »Mietsenkung erwünscht«, »So hohe Mieten wie in der hiesigen Stadt trifft man selten«, »Freiburg eine Rentier- und Wohnstadt des Mittelstandes«. 1933 wurde ein Bauprogramm aufgelegt: es entstanden gefördert bis 1937 jährlich rund 600 Wohnungen. 1938 nur noch etwas über 200 – die Westwall-Kriegsbauten hatten Priorität. 1939 tauchten in Freiburg Flugblätter und Aufkleber auf: »Wir brauchen keinen Theaterbau sondern Volkswohnungen«. Es fehlten mehr als 3000 Wohnungen, die Wohnungsnot war größer als 1933. Zu dieser Zeit wurde die Hanglage in Herdern erschlossen mit der Straße Sonnhalde. Dr. Dr. Mengele und Frau mieteten sich in die Sonnhalde 81 ein, in eine der ersten Villen am Hang.

Die Wohnfrage überwuchert alle Themen und Gespräche in der Stadt, derzeit spitzt sie sich wieder zu – über 10000 Wohnungen fehlen in Freiburg.

Die Obdachlosigkeit hat sich in den letzten acht Jahren vervierfacht und steht im Bezug auf ihre Einwohnerzahl an der Spitze Deutschlands. Dabei ist der übergroße Teil gar nicht obdachlos sondern »nur« wohnungslos: d. h. schlafen im Auto, Wohnwagen oder auf der Couch bei Freunden/Bekannten. Wohnungslosigkeit trifft mittlerweile auch Menschen mit festem Einkommen, andererseits bleiben Krankenschwesterstellen u. ä. unbesetzt, weil sie keine Wohnung finden. Seit dem Jahr 2000 ist die Mietbelastungsquote sprunghaft rund 25% in Freiburg auf gegenwärtig über 40% (in Baden-Württemberg 28%) gestiegen – allerdings Normal-Studenten, Alleinerziehende und Unterschichten zahlen durchschnittlich 50–60% ihrer Einkünfte für die Miete.

¹ Freiburg wurde 1933 zur jüngsten Grosstadt Deutschlands und wuchs kontinuierlich

Am deutlichsten zeigt sich die Krise in der (durchschnittlichen) Wohnfläche pro Person. In Freiburg ist man stark zusammengedrückt: Mit 37,7 m²/Person auf der niedrigsten Wohnfläche aller deutscher Städte gelebt.² Betroffen davon sind nicht die Hanglagen und oberen Mittelsquartiere sondern die Unterschichts- und Migrantenstadteile im Westen der Stadt, wo Wohnungsüberbelegung (rund 20.000 Haushalten) seit Jahren ein neues Normal ist. Die meisten Roma und Sinti Familien sind davon betroffen: dass 2–3 Kinder sich ein Zimmer teilen und dass wohnungslose Verwandte in die schon überbelegte Wohnung aufgenommen werden ist ein Normal. In diesen Quartieren haben Grünflächen (und andere öffentliche Räume) als sozusagen verlängerte Wohnzimmer und Abkühlräume in Wohnungsnähe besondere Bedeutung.

Mittlerweile hat mehr als jeder zweite Freiburger Haushalt Anspruch auf eine Sozialwohnung – dies sind rund 70.000 Haushalte in der Stadt. Das heißt es bräuchte 70.000 Sozialwohnungen, um den gesetzlichen Anspruch zu decken. Wir haben aber aktuell nur rund 3700 existierende Sozialwohnungen bei einer Einwohnerzahl von rund 236.000. 1990 waren es noch rund 7500 Sozialwohnungen bei 191.000 Einwohnern. Also die Einwohnerzahl wie auch die Sozialwohnungen Berechtigten sind stark gestiegen während die Zahl der Sozialwohnungen auf ein Drittel der Anzahl von 1990 gesunken ist. Keine der Maßnahmen der letzten Jahre konnte hier die erwünschte Trendwende bewirken. In den letzten Jahren wurden durch die Stadtverwaltung hingegen wachsende Zahlen kommuniziert diese Zahlen beruhen allerdings nicht auf realem Wachstum sondern auf Umdefinitionen von statistischen Kennziffern; so werden dann nicht mehr Sozialwohnungen sondern allgemeiner »geförderte und belegungsgebundene Wohnungen« erfasst; darunter zählen dann zusätzlich Belegungsrechte der Uni Klinik oder geförderte Wohnprojekte für Studenten oder Senioren und schon haben wir den schönen Schein des gewünschten Anstiegs

² Es sind rund 11,5 m² (rund 23%) weniger Fläche pro Person im Bundesdurchschnitt 2024. 1990 waren es noch 1–2 m² weniger; 2010 7–8 m²

Währenddessen wurden und werden die alten Sozialwohnungsquartiere der Stadt das Quartier Metzgergrün, in Haslach ganze Straßenzeilen und seit jüngsten das Quartier Lindenwäldle abgerissen. Hier war/ist die Miete zwischen 5 und 7 Euro/m² und es bestand relativ viel öffentlicher Grünraum. Neu gebaut wird dreimal dichter (jeweils $\frac{1}{3}$ Sozialwohnungen, Mietwohnungen und Eigentumswohnungen) und für die Sozialwohnungen (in gleicher Anzahl wie vorher) bei doppelter Miete (14–15 Euro/m²). Was heißt Verlust an Freiheitsräumen und Zwang das unsichere und überbürokratisierte Wohngeld beantragen zu müssen. Der ökologisch und die Überbelegung ausgleichende Grünraum fällt weg und an deren Stelle tritt ein (ästhetisch und sozial) reglementierter künstlicher Grünraum, der in den Werbebroschüren wie der Mittelstandstraum der »Schönen Neuen Welt« inszeniert wird. Die Folgen sind Auflösen von Milieus, Vereinzelung und zwingen in Staats-Abhängigkeiten oder Wegzug für die Betroffenen; insgesamt bewirkt diese Wohnpolitik für die Stadt ein Steigen des Mietspiegels sowie Kapitalanlagemöglichkeiten zur Steuervermeidung für die Reichen. Obwohl das Abreißen und dreifach so dicht neu Bauen (Graue Energie) das unökologischste Verhalten aber Renditeträchtigste ist, hat das der Gemeinderat fast vollständig (sogar die Linke!) diesem Vorgehen zugestimmt. Erst im Nachhinein als alles schon beschlossen, wurde die »graue Energie« Frage dann in den Wahlkämpfen 2026 thematisiert, davor wurde das Argument in der Green-City ignoriert! Einzig im Sinti-Quartier Auggener Weg konnte bislang die »erst Runterkommen lassen dann Abreißen Methode« durch den Widerstand der Bewohner verhindert werden.

Gewisse Kreise der Stadtverwaltung und der am Bauen beteiligten Unternehmen sehen in dieser Entwicklung eine »gelungene Transformation«, die, »die Quartiere funktional, emotional und ästhetisch besser machten und zukunftsweisende Entwicklungen ermöglichten«. Aus unserer Sicht, aus der Perspektive der Minderheiten vom unteren Rand der Gesellschaft her führt diese Art Stadtumbau zur Vertreibung Vieler aus Freiburg: in der Hauptsache der jungen Familien mit Kindern und der ihre Unabhängigkeit und Freiheit liebenden Menschen...

» Ich lebe mit meiner hochschwangeren Tochter seit 6 Monaten in einem Wohnwagen, weil wir keine Wohnung finden. Wir haben einen Wohnberechtigungsschein mit Dringlichkeit. Jetzt im Winter ist der Wohnwagen mitsamt dem Vorzelt schwer warm zu kriegen und durch die Feuchtigkeit fängt vieles an zu schimmeln. Im benachbarten Wohnwagen fiel das Heizgerät aus, ihr neugeborenes Kind musste das Pärchen wegen Verdacht auf Lungenentzündung ins Krankenhaus bringen, da ist es jetzt bald 2 Wochen. Der Leiter des Stadtteilbüros der Wohnungsbaugesellschaft weiß von allem, aber sagt er habe keine freie Wohnungen. Wir konnten ihm zeigen, dass mehrere Wohnungen zwei Straßen weiter leer stehen. Er verneint dies obwohl jeder insbesondere die Nachbarn dies bezeugen. Nun hat er vor zwei Wochen einer wohnungssuchenden Familie von 150 km Entfernung eine Wohnung gegeben. Uns aber nicht. Wir glauben dass man ihm Geld geben muss. « S w 48Jh P

» Vor über 1½ Jahren hab ich Wohngeld beantragt – bis heute nix. Wir sind hochverschuldet, wissen niemand mehr der uns was leiht. Wir wissen nicht weiter. « S w 42Jh P

» In Freiburg gibt es Wohnungen auch noch mittelpreisige, was heißt Miete zwischen 15–20 Euro pro m². Mit einer Provision bzw. Geld auf Hand ab 5 Tausend und aufwärts bekommt man innerhalb weniger Tage eine Wohnung. Kein Problem ... es ist ein neuer Geschäftszweig in der Wohnungsnot geworden. «

R m 41 Jh P

» Nach unserem Einzug in die neue Wohnung war erstmal alles kein Problem. Aber die Probleme kamen dann; sonntags haben wir viel Familienbesuch, da kommen dann bis zu 20 Verwandte, dies störte alle deutsche Nachbarn; sie fingen an uns besonders zu beobachten und uns vorzuwerfen, dass wir zu laut sind und Dreck ins Treppenhaus bringen. Nach einem halben Jahr haben sie eine Unterschriftenliste der Hausbewohner an die Hausverwaltung gemacht und gefordert uns die Wohnung zu kündigen, weil wir nicht ins Haus passen und die Hausordnung nicht einhalten. Dies hat nicht geklappt, aber seitdem leben wir im Haus unter andauernder Hochspannung. «

S w 35Jh P

» Seit 2 Jahren warten wir auf Wohngeld. Telefonischer Kontakt war sehr schwierig. Wenn überhaupt Kontakt dann erhielt ich unklare Auskünfte, einmal hieß es meine Unterlagen sind nicht angekommen, dann ich muss noch Unterlagen einbringen, nie konnte mir gesagt werden, wann der Antrag fertig ist. Jetzt stehe ich vor der Wohnungskündigung. Seit drei Monaten konnten wir nicht mehr die volle Miete zahlen, davor half uns unsere Verwandtschaft und Freunde mit Geld, jetzt kann das niemand mehr. Wir verlieren unsere Wohnung und stehen auf der Straße, weil das Amt so langsam arbeitet. « R m 38 Jh A

» Unsre Familie mit Mutter, Vater und zwei Kindern lebt seit 7 Jahren in einer zu kleinen Wohnung mit 3 Zimmern. Seit unserem Einzug besteht Schimmel, der trotz unserem Kampf dagegen immer mehr wird. Die Stadtbau ist über den Schimmel seit Einzug informiert und auch über unsre Forderung nach einer nichtschimmeligen Wohnung. Wir beschwerten uns immer wieder, praktisch jedes halbe Jahr ... erst jetzt im Sommer 2025 hat uns die Stadtbau eine neue Wohnung versprochen, in einem Neubau, der gerade in Bau geht. Bisher aber nur versprochen. «

R w 34 Jh A

» Wir haben unsere Wohnung verloren und standen auf der Straße. Im Internet habe ich dann eine einzige sofort Übernachtungsmöglichkeit in Freiburg gefunden: ein am Straßenrand abgestellter Wohnwagen für 50 Euro die Nacht. Wir mussten das nehmen, meine Frau und ich müssen ja zur Arbeit, die Kinder zur Schule. Verlieren wir noch unsere Arbeit, das wäre total Katastrophe. Ich weiß nicht weiter. « R m 43 Jh N

» Wir leben als sechsköpfige Familie auf 60 Quadratmetern in einer sehr feuchten, verschimmelten Drei-Zimmer-Wohnung im Erdgeschoss. Die Küchenschränke sind vor Feuchtigkeit aufgequollen und unbrauchbar, in der Wohnung liegen teilweise Stromleitungen frei. Wir waren bei Mieterverein, bei Rechtsanwalt seit 2 Jahren aber der Vermieter hat bis heute nicht machen lassen. « S w 43 Jh P

» Wohne in Haus mit fast nur Deutsche, seitdem im Haus bekannt ist, dass wir ›Zigeuner‹ sind, werden wir anders behandelt: ständig heisst es wir, unsre Kinder sind zu laut und sowieso überall nur Abfall lassen, das Treppenhaus schmutzig wegen uns ist und wir immer Müll machen. « R w 35 Jh P

» Wir leben zu viert in einer Vierzimmer Wohnung. Die monatliche Warmmiete beträgt 1500 Euro. Um dies zu zahlen muss ich zwei Jobs machen, so arbeite ich täglich zwischen 12–14 Stunden außer Sonntag. Die Mietkosten machen über 60% meiner Einkünfte aus. Nun schickt die Wohnbaugesellschaft einen Brief: wir sollen Mietschulden und fehlende Kautions haben sowie Betriebskosten von 3000 Euro. Ich blicke nicht durch und verstehe die Abrechnung nicht. Diese Forderungen können wir nicht zahlen auch wenn wir am Essen sparen. « R m 53 Jh N

» War mit meinem Sohn Gross-einkauf. Wir halten nahe dem Hauseingang auf dem Hausparkplatz im Parkverbot, um den Einkauf in die Wohnung zu bringen. Kaum haben wir da angehalten, kommt eine deutsche Nachbarin und fotografiert unser Auto. Tag später kam eine Abmahnung der Hausverwaltung, weil wir im Parkverbot geparkt haben sollen – kein Wort dass es nur 10–15 Minuten zum Ausladen war. Wir stehen unter ständiger Beobachtung von Nachbarn, alles was wir tun und wer zu uns kommt fotografieren sie, aber zurück grüssen tun sie nicht. « R m 54 Jh A

» Mein Sohn hat Müll runtergebracht, dabei auch eine Kiste zu Verschenken. Stunden später kommt der Hausmeister und brüllt uns an: ›was uns Kana-cken einfallt, Müll auf die Strasse zu stellen‹, ich versuchte ihn zu beruhigen, das machen alle und nicht verboten; er fing an noch mehr rumzuschreien und uns zu beleidigen. Eine Woche später bekamen wir die fristlose Kündigung wegen Bedrohung des Hausmeisters und unsachgemässer Müllentsorgung. «

S m 55Jh P

» Bei der Wohnungsbewerbung war zunächst alles in Ordnung. Meine Sprache, meine Deutschkenntnisse und das Gespräch insgesamt wurden positiv aufgenommen. Als ich erwähnte, dass ich aus dem Kosovo komme, zwei Kinder habe und allein-erziehend bin, änderte sich die Stimmung sofort und ich sagte nicht mal eine Romni zu sein, ockay bin ziemlich dunkel im Teint. Drei Tage später Nachricht, die Wohnung sei schon vergeben. « R w 27Jh N

» Wir verloren unsere Wohnung und mussten mit kleinem Kind irgendetwas nehmen. Der Preis war egal. Wir fanden dann über Internet ein Ein-Zimmer Wohnung möbliert für 200 Euro die Woche. Da war im Zimmer eine Ikea schimmelige Couch, ein wackeliger Schrank und schon voll. Das WC auf dem Flur und weder Wasch noch Kochmöglichkeit. «

R w 35Jh EU-P

» Ich bin Untermieter der Stadtbau und lebe mit meiner Frau und vier Kindern in einer Dreizimmer-Wohnung, wobei eines der Kinder Autismus hat. Ich lebe seit Jahren in dieser kleinen Wohnung, und trotz allem habe ich bisher kein Angebot erhalten, das es mir ermöglicht, mit meinen Kindern angemessen zusammenzuleben. Ich weiß einfach nicht mehr weiter. «

R m 43Jh P

Kommentar und Fälle: Gesundheit

Diskriminierung und Rassismus kann erhebliche psychische und körperliche gesundheitliche Folgen für die Betroffenen haben. Im Zentrum steht dabei die Chronifizierung der Anspannung, des Stresses in psychische und körperliche Folgen.

Da in Deutschland rassistische Diskriminierung (insbesondere) ganzer Bevölkerungsgruppen wie Migranten und Flüchtlinge, Roma und Sinti sowie Moslems »ein geschichtliches Normal« zu sein scheint, besteht eine gewachsene gesellschaftlich systematische Gesundheitliche Ungleichheit. Aufgrund jahrhundertelanger Verfolgung inklusive NS Völkermordes besteht ein eklatant beobachtbarer Unterschied im Gesundheitszustand zwischen Roma/Sinti und deutscher Mehrheitsgesellschaft. Was Roma und Sinti betrifft sind folgende Muster auffallend: durch Posttraumatische Transgenerationale Belastungsstörungen Veränderungen des Immunsystems, der Gehirnschaltkreise und Herz-Kreislauf-Systems, was zu gehäuft folgenden Krankheitsbildern führt: Bluthochdruck, Diabetes, Auto-Immunerkrankungen, häufige Infekte, körperliche Beschwerden ohne klare Ursache, Fettleibigkeit, Angst- und Depressionszustände. Bis heute ist dies ein Kein-Thema obwohl offensichtlich. Es besteht beispielsweise keine Untersuchung noch Studie über posttraumatische Störungen unter deutschen Sinti.

Hingegen gibt es eine Reihe internationaler Studien über Trauma Folgen unter Flüchtlingen. Danach ist die Traumaquote (unter Flüchtlingen) 30–40% hoch! Laut Ärztekammer werden davon bundesweit 3,3% psychologisch versorgt und im »reichen« Baden-Würthtemberg 2,2%! Zuständig dafür sind die PsychoSozialenZentren (PSZ) wovon auch eines in Freiburg steht. Im Jahr 2024 sind dort 110 Menschen behandelt worden. Aus den Roma und Sinti Kreisen, die wir überblicken, wurde bis heute niemand in Freiburg und Umgebung psychologisch-therapeutisch behandelt, einzig Notfall mäßig psychiatrische Behandlungen mit starken Antidepressiva sind uns bekannt. Die Folgen, die sich daraus entwickeln können, sind nicht absehbar. Dazu die Baden-Württembergische Ärztekammer: »Wir wissen aus dem Arbeitsalltag der PSZ, dass die Nichtbehandlung psychischer Traumafolgen mit einem erhöhten Risiko der Eigen- und Fremdgefährdung

einhergehen kann. Die rechtzeitige Behandlung von traumatisierten Geflüchteten kann umgekehrt also das Risiko für Suizide und auch für aggressive Handlungen gegen Andere senken.«

Allein in baden-württembergischen Flüchtlingsunterkünften, einem Wohnumfeld in dem man nicht zur Ruhe kommen kann, haben sich in den Jahren 2023–24 16 Menschen das Leben genommen und weitere 90 unternahmen einen oder mehrere Suizidversuche. Kultur- und diskriminierungssensible Ansätze sowie Traumatherapie sind bis heute kein regulärer Bestandteil deutscher Psychotherapieausbildung.

» Eine Verwandte von mir ist seit drei Jahren an Brustkrebs erkrankt. Seit dieser Diagnose kämpft sie um ihr Überleben. Infolge der Erkrankung musste ihr bereits eine Brust operativ entfernt werden. Zusätzlich wurden weitere Knoten an der Schilddrüse festgestellt. Trotz dieser schweren und lang anhaltenden Erkrankung wird sie vom Jobcenter unter Druck gesetzt, einer Arbeit nachzugehen. Sie ist Mutter von drei kleinen Kindern. Dennoch wird von ihr verlangt, Termine bei der Arbeitsvermittlung wahrzunehmen und einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Ihr wird wiederholt angedroht, die Leistungen zu kürzen, falls sie Termine nicht wahrnimmt. Dabei wird die gesundheitliche Situation offenbar nicht ausreichend berücksichtigt. « R w 42Jh A

» Mein bisheriger Kinderarzt ist in Rente gegangen. Seitdem bin ich mit dem neuen Kinderarzt sehr unzufrieden. Ich bin Roma und trage Kopftuch. Anstatt meine Kinder zu untersuchen, obwohl alle fünf krank waren, begann der Arzt eine Diskussion mit mir darüber, warum ich meine Kinder nicht über die Pflichtimpfungen hinaus impfen lasse. In dieser Situation war das jedoch egal, da es um die akute Erkrankung einer Grippe meiner Kinder ging. Ich habe den Eindruck, dass es dabei nicht um das Thema Impfung geht. Ich fühle mich nicht ernst genommen, sondern bevormundet und manipuliert. « R w 32 Jh A

» Bis ich einen Schein vom Sozialamt für den Orthopäden bekam hat es über 4 Monate gebraucht; die Zeit bin ich mit Schmerzen gehumpelt. «

R m 27Jh D

» Ich bin derzeit mittellos. Ich bin alleinerziehend und auf lebenswichtige Medikamente angewiesen, darunter Blutdruck- und Diabetesmedikamente, die ich dringend besorgen muss. Aus diesem Grund habe ich mich an das zuständige Amt gewandt, um Mittellosigkeit geltend zu machen und eine sofortige Hilfe zu beantragen. Dem Amt ist bekannt, dass ich alleinerziehend bin und keine finanziellen Rücklagen habe. Trotz der akuten Situation wurde mir keine Soforthilfe gewährt. Stattdessen wurde ich aufgefordert, einen Antrag auf ein Darlehen zu stellen. « R m 48 Jh D

» Seitdem ich in Deutschland bin, seit sechs Jahren, hatte ich keine Gesundheitskarte. Da ich vor kurzem meinen Aufenthalt bekommen habe, konnte ich zum ersten Mal zum Arzt gehen. Die Ärzte gehen mit mir ungeduldig um, bei der Blutabnahme machten sie schließlich den Witz, dass man meine Venen nicht sieht, weil ich so dunkel bin, ich schämte mich. « R w 14Jh A

» Habe seit längerem Schmerzen, die teils unerträglich werden, aber der Arzt nimmt mich nicht ernst und lässt nicht die Zeit dass ich alles in Ruhe erzählen kann, verschreibt was anders und schon bin ich wieder draussen. « R w 42Jh A

» Ich war beim Arzt wegen Depressionen und wollte krankgeschrieben werden. Und der Arzt hat dann zu mir gesagt: hier ist nicht Kabul, wir sind in Deutschland, da wird gearbeitet, da kann man sich nicht krankschreiben, wenn man keine Lust hat. « R m 35 Jh A

» Ich habe Duldung seit 4 Jahren und habe deshalb keine Krankenkassenkarte. Für jeden Arztbesuch muss ich mir von Sozialarbeiterin den Berechtigungsschein für Arztbesuch holen und danach einen Termin bei einem Arzt. Dauert oft bis zwei Wochen bis ich bei Arzt bin. «

R w 44Jh D

» Seit über 15 Jahren bin ich in Freiburg. Bin aus Bürgerkrieg mit direkt vor mir getöteter Familie geflohen deshalb traumatisiert mit Angst- und Panikzuständen. Die Ärzte haben immer wieder gewollt, dass ich Psycho-Therapie bekomme. Doch konnte nie einen Platz bekommen. Anstatt dessen bekomme ich bis heute sehr starke Psychopharmaka, die mich still stellen und ich mich gefangen wie in einem Grab fühle. « R w 34Jh

» Ich bin eine Roma-Frau, und seit längerer Zeit lebe ich mit starken körperlichen Beschwerden, die meinen Alltag immer mehr einschränken. Es hat nicht plötzlich angefangen – es wurde Schritt für Schritt schlimmer. Ich war unzählige Male in der Chirurgie. Immer wieder wurde Eiter ausgedrückt. Immer wieder Hoffnung, dass es diesmal besser wird. Aber es kam immer wieder zurück. Irgendwann haben sie mir dort gesagt, sie können mir nicht mehr helfen. Ein Satz, der hängen bleibt. Wenn selbst die Ärzte sagen, sie können nichts mehr tun – was soll man dann noch glauben? Man hat mich weitergeschickt zu einem Hautarzt. Dort sollte eine Probe entnommen werden, um endlich herauszufinden, was wirklich dahinter steckt. Die Rede war davon, dass man es dann gezielt – vielleicht mit Antibiotika – behandeln kann. Ich bin dorthin gegangen, mit Hoffnung. Aber was ich dort erlebt habe, war etwas anderes. Ich wurde von oben herab behandelt. Meine Beschwerden wurden kaum ernst genommen. Statt genauer hinzuschauen, hieß es nur: ›Nein, nein, das ist nicht schlimm. Das geht von alleine weg.‹ Dieser Satz hat mich mehr getroffen, als ich erwartet hätte. Denn für mich geht es nicht ›von alleine weg‹.

Für mich ist es jeden Tag da. Mit Schmerzen. Mit Einschränkungen. Mit Scham. Mein Alltag ist mittlerweile stark geprägt davon. Es fällt mir schwer, mich frei zu bewegen, mich normal zu fühlen. Selbst einfache Dinge – mich zu pflegen, mich als Frau wohlzufühlen – sind nicht mehr selbstverständlich. Ich fühle mich gefangen in meinem eigenen Körper. Und gleichzeitig fühle ich mich allein gelassen. Die Chirurgie will mich nicht mehr aufnehmen. Der Hautarzt nimmt mich nicht ernst. Und ich stehe dazwischen. Ich habe das Gefühl, nicht gehört zu werden. Nicht gesehen zu werden. Als würde mein Schmerz keine Rolle spielen. Ich weiß nicht mehr, wohin ich noch gehen soll. Ich will einfach nur Hilfe. Ich will ernst genommen werden. « R w 32 Jh

Schlussworte – Schweigen ist keine Option

Bevor ich über Antiziganismus im Jahr 2026 spreche, möchte ich zwei Menschen würdigen, denen unsere Minderheit viel zu verdanken hat: Romani Rose und Lolotz Herbert Birkenfelder.

Romani Rose ist Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma. Er zählt zu den bedeutendsten Bürgerrechtlern unserer Zeit. Sein unermüdlicher Einsatz für Anerkennung, Gleichberechtigung und Menschenrechte hat die Bürgerrechtsbewegung nachhaltig geprägt. Er war maßgeblich daran beteiligt, dass der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma 1982 von der Bundesregierung offiziell anerkannt wurde. Für mich ist er ein Vorbild. Sein Lebenswerk zeigt, wie wichtig Mut, Beharrlichkeit und der Einsatz für Gerechtigkeit sind.

Herbert »Lolotz« Birkenfelder war langjähriger Vorsitzender der Freiburger Sinti Union und gehörte zu den prägenden Persönlichkeiten der Freiburger Bürgerrechtsbewegung. Mit großem Engagement setzte er sich für die Rechte der Sinti und gegen Diskriminierung ein. Sein Wirken hat den Grundstein für die heutige Bürgerrechtsarbeit in Freiburg gelegt.

Mit Herbert »Lolotz« Birkenfelder verlor Freiburg eine prägende Stimme der Sinti Bürgerrechtsbewegung. Über viele Jahre gab es keine vergleichbare Persönlichkeit, die seine Arbeit in Freiburg in dieser Form fortführte. Umso mehr erfüllt es mich mit Stolz, heute als Vorsitzende des Sinti Vereins Freiburg hervorgegangen aus der ehemaligen Freiburger Sinti Union Verantwortung zu übernehmen und die Bürgerrechtsarbeit für unsere Gemeinschaft weiterzuführen. Dabei sehe ich mich nicht als Ersatz für Herbert Birkenfelder, sondern als Teil einer neuen Generation, die auf dem Fundament seiner Arbeit und der vieler weiterer Bürgerrechtler aufbaut.

Für mich gehören sie zu den wichtigsten Bürgerrechtlern unserer Minderheit. Sie haben gekämpft, als viele noch schwiegen. Sie haben die Probleme benannt, als schweigen einfacher war. Sie haben dafür gesorgt, dass die Geschichte der Sinti und Roma in Deutschland überhaupt sichtbar wurde.

Heute wird insbesondere Romani Rose innerhalb und außerhalb der Community immer wieder kritisiert. Kritik gehört zu Unserer Arbeit es ist oft eine undankbare Arbeit das wissen wir...Was ich jedoch nur schwer

nachvollziehen kann, ist, wenn Menschen diejenigen kleinreden, die ihr Leben dem Kampf für die Rechte unserer Minderheit gewidmet haben, obwohl sie selbst nie Verantwortung übernommen haben. Bürgerrechtsarbeit bedeutet nicht, am Rand zu stehen und zu kommentieren. Bürgerrechtsarbeit bedeutet, Haltung zu zeigen, Konflikte auszuhalten und trotzdem weiterzumachen.

Und auch alle diejenigen, die sich täglich diesem Kampf stellen, die Arbeit und die vielen Stunden, die uns das kostet – das sehen viele nicht dahinter. Aber wir machen das nicht, um irgendeinen Lohn zu bekommen, sondern damit die Rechte unserer Menschen ernst genommen werden. Ohne Menschen wie Romani Rose und Lolotz Birkenfelder würden wir heute nicht dort stehen, wo wir stehen. Viele Rechte, viele Anerkennungen und viele Fortschritte wären ohne ihren Einsatz nie erreicht worden.

Dafür gebührt ihnen Dank, Ehre und Respekt.

Die Verfolgung endete nicht 1945

Viele Menschen glauben, Antiziganismus sei ein Kapitel der Vergangenheit.

Das stimmt nicht.

Die Konzentrationslager wurden befreit.

Die Deportationen endeten.

Der Völkermord wurde beendet.

Aber die Vorurteile blieben.

Die Akten blieben.

Die Bilder blieben.

Die Denkweisen blieben.

Nach 1945 mussten viele Überlebende erleben, dass dieselben Behörden, die sie zuvor erfasst, kontrolliert und verfolgt hatten, plötzlich darüber entschieden, ob sie als Opfer anerkannt werden. Entschädigungen wurden verweigert.

Viele Überlebende unserer Minderheit konnten aufgrund von Ausgrenzung, Armut und fehlender Schulbildung kaum lesen oder schreiben. Sie waren traumatisiert, hatten ihre Familien verloren und standen oft völlig allein da.

Statt Gerechtigkeit zu erfahren, wurden viele erneut benachteiligt und betrogen. Ihnen wurden Dokumente vorgelegt, die sie unterschreiben sollten. Es wurde ihnen gesagt, sie würden dadurch ihre Entschädigung erhalten. Viele verstanden jedoch nicht, dass sie mit ihrer Unterschrift auf weitere Ansprüche verzichteten oder rechtliche Erklärungen abgaben, deren Folgen ihnen niemand erklärte.

So wurden Menschen, die zuvor verfolgt, entrechtet und beraubt worden waren, nach dem Krieg erneut um ihr Recht gebracht.

Die rassistische Verfolgung wurde relativiert. Antiziganistische Denkmuster wirkten weiter. Das Unrecht hörte nicht einfach auf.

Auch das gehört zur Geschichte des Antiziganismus in Deutschland.

Die Verfolgung endete 1945

Die Benachteiligung der Überlebenden jedoch nicht.

Der Weg zur Anerkennung des Völkermords war kein Geschenk des Staates. Er wurde erkämpft. Fast vier Jahrzehnte!

Ein Wendepunkt war der Hungerstreik von Sinti im Jahr 1980 in der KZ-Gedenkstätte Dachau. Bürgerrechtler wie Romani Rose und andere Überlebende protestierten dort gegen die fortdauernde Diskriminierung und gegen die Tatsache, dass NS-Akten und rassistische Erfassungen noch immer von Behörden genutzt wurden.

Dieser Protest machte bundesweit sichtbar, was viele Menschen nicht sehen wollten: Die Verfolgung der Sinti und Roma war 1945 nicht einfach beendet worden. Die Vorurteile, die Ausgrenzung und die behördlichen Benachteiligungen wirkten weiter.

Der Hungerstreik wurde zu einem Meilenstein der Bürgerrechtsbewegung und trug dazu bei, dass Bundeskanzler Helmut Schmidt 1982 den Völkermord an den Sinti und Roma offiziell als rassistisch motiviertes NS-Verbrechen anerkannte.

Deshalb ist Antiziganismus kein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte.

Er hat lediglich seine Form verändert.

Was nicht dokumentiert wird, wird nicht gesehen.

Manchmal bleiben es einzelne Sätze, die einen lange begleiten. Eine Polizeibeamtin, die unsere Arbeit kennt und mir schon oft mit Rat zur Seite stand, sagte vor einiger Zeit zu mir:

»Was nicht dokumentiert wird, wird nicht gesehen. Und was nicht gesehen wird, existiert offiziell nicht. Wir haben keine Zahlen von Antiziganismus.«

Eigentlich würde ich der Frau an dieser Stelle gerne die Anerkennung geben, die sie verdient.

Ich würde ihren Namen gerne nennen.

Doch ich habe erlebt, dass Menschen, die sich offen an die Seite von Sinti und Roma stellen, selbst Anfeindungen, Kritik oder Ausgrenzung erfahren können.

Deshalb verzichte ich bewusst darauf.

Nicht aus mangelnder Wertschätzung.

Sondern aus Respekt und Dankbarkeit.

Sie weiß, wer sie ist.

Und sie weiß, wie sehr ich ihre Unterstützung, ihre Ehrlichkeit und ihre Menschlichkeit schätze.

Gerade in meiner Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien gab es immer wieder Situationen, in denen ihr Rat für mich wertvoll war.

Der Satz, den sie damals zu mir sagte, begleitet mich bis heute.

Denn genau darin liegt eines der größten Probleme beim Antiziganismus.

Viele Vorfälle werden nie gemeldet.

Aus Angst.

Aus Scham.

Aus Misstrauen.

Oder weil Betroffene aus Erfahrung glauben, dass ihnen ohnehin nicht geglaubt wird.

Doch wenn Diskriminierung nicht dokumentiert wird, erscheint sie in keiner Statistik.

Wenn sie in keiner Statistik erscheint, gibt es keine Zahlen.

Und wenn es keine Zahlen gibt, entsteht schnell der Eindruck, das Problem existiere nicht.

Dabei bedeutet das Fehlen von Zahlen nicht das Fehlen von Antiziganismus.

Es bedeutet oft nur, dass die Betroffenen gelernt haben zu schweigen.

Deshalb dokumentieren wir.

Deshalb schreiben wir Berichte.

Deshalb sammeln wir Fälle.

Und deshalb werden wir nicht aufhören, Antiziganismus sichtbar zu machen.

Denn Unsichtbarkeit war noch nie der erste Schritt zur Gerechtigkeit.

Was nicht dokumentiert wird, wird nicht gesehen.

Und was nicht gesehen wird, kann geleugnet, relativiert oder kleingeredet werden.

Genau deshalb haben wir unsere Antidiskriminierungsstelle ins Leben gerufen.

Nicht um Skandale zu produzieren.

Sondern um sichtbar zu machen, was längst existiert.

Wir skandalisieren nicht.

Wir machen Skandale sichtbar.

Wir dokumentieren Fälle.

Wir beraten Betroffene.

Wir bieten Workshops an.

Wir schulen Fachkräfte.

Wir sensibilisieren Schulen, Vereine, Verwaltungen und die Stadtgesellschaft.

Denn solange Antiziganismus nicht erfasst wird, kann behauptet werden, das Problem existiere nicht.

Doch wer mit Betroffenen spricht, weiß:

Das Problem existiert.

Jeden Tag.

Der stille Antiziganismus

Der gefährlichste Antiziganismus ist nicht der offene Hass.

Mit offenem Hass kann man sich auseinandersetzen. Man erkennt ihn. Man benennt ihn. Man kann sich dagegen wehren.

Der gefährlichste Antiziganismus ist der stille Antiziganismus.

Er sitzt nicht nur am Rand der Gesellschaft.

Er sitzt mitten in ihr.

Er begegnet mir häufig bei Menschen, die gegen Rechts demonstrieren.

Bei Menschen, die Antidiskriminierungsveranstaltungen besuchen.

Bei Menschen, die sich selbst als weltoffen, demokratisch und tolerant verstehen.

Gerade dort erlebe ich immer wieder etwas Erstaunliches:

Viele Menschen erkennen Rassismus sofort, wenn andere Minderheiten betroffen sind.

Geht es jedoch um Sinti und Roma, beginnen plötzlich die Relativierungen.

Dann heißt es:

»Das war doch nicht so gemeint.«

»Das ist Tradition.«

»Ich nein niemals.«

»Das ist Humor.«

»Das kann doch nicht rassistisch sein.«

»Ein Kommunikationsproblem«

Genau deshalb haben wir Antiziganismus in diesem Bericht als »Rassismus mit Fanclub« bezeichnet.

Denn kaum eine andere Form von Rassismus wird bis heute so häufig verteidigt, romantisiert oder verharmlost.

Wenn Berichterstattung Vorurteile verstärkt

Der Freiburger Schwimmbadvorfall wirft für mich nicht nur Fragen zum Umgang mit unserer Minderheit auf. Er wirft auch Fragen zum Zustand des Journalismus auf.

Was ist guter Journalismus?

Guter Journalismus recherchiert. Er hört alle Seiten an. Er prüft Fakten. Er stellt unbequeme Fragen. Er übernimmt nicht einfach die Sichtweise von Behörden oder einzelnen Beteiligten.

Genau das habe ich in Teilen der Berichterstattung der Badischen Zeitung und von Focus Online vermisst.¹

Statt das die BZ die Perspektive der Betroffenen ernsthaft einzubeziehen, entstand der Eindruck, als sei die Minderheit selbst das Problem. Wieder einmal blieb bei vielen Lesern hängen: »Mit den Sinti gab es Ärger.«

Doch die entscheidende Tatsache wurde kaum thematisiert:

Fragwürdig ist, dass seit neun Jahren mit den selben Baderöcken das Bad besucht wird und auch seit Saisonbeginn warum plötzlich die Beanstandung?

Fragwürdig ist auch nach Aussagen der Betroffenen mussten nicht nur einzelne Personen das Bad verlassen. Nach den dokumentierten Aussagen wurden alle Personen, die der Minderheit angehörten, aufgefordert, das Bad zu verlassen – unabhängig davon, ob sie überhaupt beteiligt waren oder nicht.

¹ Berichterstattung in Focus-Online vom 01.06.2026
und Badische Zeitung vom 29. Mai 2026

Die Polizei wurde von Betroffenen darauf hingewiesen, dass es rechtlich fragwürdig erscheine, wenn Menschen, die nicht an dem Vorfall beteiligt waren, das Bad verlassen müssten. Nach Angaben der Betroffenen erklärte ein Polizeibeamter daraufhin, der Bademeister mache von seinem Hausrecht Gebrauch. Er selbst könne deshalb in dieser Situation nichts veranlassen. Gleichzeitig habe er geraten, sich an die Regio Bäder zu wenden, den Vorfall überprüfen zu lassen und sich dies nicht einfach gefallen zu lassen.

Das ist keine Nebensächlichkeit.

Das ist der Kern des Vorfalls.

Denn wenn Menschen nicht nach ihrem Verhalten behandelt werden, sondern nach ihrer Zugehörigkeit zu einer Minderheit, dann reden wir über Diskriminierung. Sollte sich bestätigen, dass Angehörige einer Minderheit unabhängig von ihrem eigenen Verhalten von den Maßnahmen betroffen waren, dann stellt sich für mich die Frage nach Antiziganismus mit aller Deutlichkeit.

Genau deshalb halte ich diesen Punkt für so wichtig und hoffe, dass er vollständig aufgeklärt wird.

Man kann nicht nur, weil ein Deutscher oder ein Türke was falsch gemacht haben sollte man alle Deutschen und Türken auffordern, das Bad zu verlassen. Da wäre der Aufschrei groß.

Genau darüber hätte berichtet werden müssen.

Stattdessen wurden wieder einmal Bilder bedient, die unsere Minderheit seit Jahrhunderten begleiten: die Vorstellung vom störenden, problematischen oder regelbrechenden »Zigeunern«.

So entstehen Vorurteile.

So entsteht Schubladendenken.

So entsteht Stigmatisierung.

Und genau deshalb tragen Medien eine besondere Verantwortung.

Wer über Minderheiten berichtet, prägt das Bild, das die Öffentlichkeit von ihnen hat.

Schlechter Journalismus informiert nicht.

Schlechter Journalismus verstärkt Vorurteile.

Schlechter Journalismus macht aus Betroffenen Verdächtige und aus Diskriminierung eine Randnotiz.

Gerade in Zeiten, in denen über Vielfalt, Toleranz und Antidiskriminierung gesprochen wird, erwarte ich mehr.

Ich erwarte Journalismus, der recherchiert.

Ich erwarte Journalismus, der zuhört.

Ich erwarte Journalismus, der auch dann genau hinschaut, wenn die Betroffenen Sinti und Roma sind.

Denn Antiziganismus verschwindet nicht dadurch, dass man nicht über ihn berichtet.

Er verschwindet erst dann, wenn man bereit ist, ihn zu benennen und zu Handeln.

Ein Schritt nach vorn – und offene Fragen

Bei aller Kritik möchte ich auch benennen, was ich positiv erlebt habe.

Ich begrüße sehr, dass nach dem Vorfall, Herr Dr. Müller zeitnah in den Dialog mit uns getreten ist, um den Vorfall aufzuklären. Durch Unterstützung der Stadträte, sorgte Herr Dr. Müller, dass das Hausverbot für die Betroffenen aufgehoben wurde. Das war ein wichtiges Signal und ein Schritt in die richtige Richtung.

Ebenso wurde eingeräumt, dass kein Verstoß gegen die Badeordnung vorlag und dass die Badeordnung künftig klarer formuliert werden soll, um ähnliche Situationen zu vermeiden. Auch das halte ich für richtig.

Dennoch bleiben für mich wichtige Fragen offen.

Zum einen wurde nicht nachvollziehbar beantwortet, warum etwas beanstandet wurde, das über viele Jahre offenbar kein Problem dargestellt hatte.

Zum anderen bleibt die Frage bestehen, warum nach den Schilderungen der Betroffenen Angehörige einer ganzen Minderheit von den Maßnahmen betroffen gewesen sein sollen. Und das Bad auf Aufforderung des Bademeisters verlassen mussten. Mir wurde zugesagt, dass diesem Punkt weiter nachgegangen wird. Ich hoffe sehr, dass dies

geschieht, denn für mich ist dies keine Nebensächlichkeit, sondern ein zentraler Aspekt des gesamten Vorfalls.

Was mich darüber hinaus beschäftigt, ist etwas Grundsätzlicheres.

Immer wieder erleben Betroffene, dass viel Energie in die Verteidigung von Verantwortlichen investiert wird, während ihre eigenen Erfahrungen angezweifelt oder relativiert werden. Dabei geht es nicht darum, Menschen vorschnell zu verurteilen. Es geht darum, Betroffene ernst zu nehmen und offene Fragen ehrlich aufzuklären.

Gerade deshalb wünsche ich mir für Freiburg eine feste Struktur für solche Fälle.

Zum Beispiel durch eine unabhängige Gruppe oder Taskforce aus Vertretern der Antidiskriminierungsarbeit, der Stadt, engagierten Stadträten und weiteren Fachleuten, die bei Diskriminierungsvorfällen zeitnah vermitteln, zuhören, aufklären und Empfehlungen aussprechen kann.

Denn echte Aufarbeitung braucht mehr als gute Worte.

Sie braucht Transparenz.

Sie braucht den Mut, auch unbequeme Fragen auszuhalten.

Und sie braucht die Bereitschaft, Betroffene ernst zu nehmen – auch dann, wenn ihre Erfahrungen nicht in das gewünschte Bild passen.

Das wäre für mich ein echter Fortschritt für Freiburg.

Nicht nur für Sinti und Roma.

Sondern für alle Menschen, die Diskriminierung erleben.

Doppelmoral im Umgang mit Antiziganismus

Trotz wachsender Sensibilität für Rassismus zeigt sich beim Antiziganismus eine klare Doppelmoral.

Aussagen und Darstellungen, die gegenüber anderen Minderheiten als diskriminierend gelten, werden hier oft toleriert oder relativiert.

Stereotype Bilder, etwa romantisierende oder kriminalisierende Zuschreibungen bleiben häufig folgenlos. Kritik wird mit Verweisen auf

Tradition oder künstlerische Freiheit abgewehrt, statt die Wirkung ernst zu nehmen.

So bleiben Vorurteile bestehen und Diskriminierung wird normalisiert. Gleichzeitig fehlt die gleiche gesellschaftliche Konsequenz wie bei anderen Formen von Rassismus.

Die entscheidende Frage ist daher, warum Antiziganismus anders bewertet wird und wie diese Ungleichbehandlung beendet werden kann.

Rückblick

Wenn ich auf die letzten zehn Jahre unserer Arbeit zurückblicke, dann sehe ich nicht nur Projekte, Veranstaltungen und Erfolge. Ich sehe vor allem viele Kämpfe. Ich sehe verschlossene Türen, leere Versprechungen, Gespräche, in denen Probleme kleingeredet wurden, und Situationen, in denen wir uns Gehör erst erkämpfen mussten.

Oft hatten wir das Gefühl, mit dem Kopf durch die Wand zu gehen. Wir mussten Dinge aussprechen, die für andere unangenehm waren. Wir mussten auf Missstände hinweisen, die viele lieber nicht sehen oder hören wollten. Besonders Tomas Wald hat dabei eine wichtige Rolle gespielt. Auch wenn ich nicht immer mit allem einverstanden bin, wie er Menschen begegnet oder Dinge formuliert, bin ich überzeugt, dass er oft laut werden musste, weil leise Stimmen nicht gehört wurden. Viele Themen wären niemals auf den Tisch gekommen, wenn wir nicht bereit gewesen wären, unbequem zu sein.

Wir würden heute nicht an dem Punkt stehen, an dem unsere Anliegen überhaupt wahrgenommen werden, wenn wir nicht immer wieder aufgestanden wären. Zu oft wurde lieber mit denjenigen gesprochen, die Probleme beschönigten oder weich formulierten, weil das angenehmer war. Es ist einfacher, sich mit einem schönen Bild von Vielfalt und Offenheit zu schmücken, als sich den tatsächlichen Erfahrungen von Diskriminierung und Ausgrenzung zu stellen.

Freiburg ist eine Stadt mit vielen engagierten und offenen Menschen. Aber auch hier gibt es Antiziganismus, Vorurteile und Strukturen, die Betroffene verletzen. Wer diese Dinge offen benennt, macht sich nicht immer beliebt. Man wird schnell als unbequem wahrgenommen. Doch Veränderung entsteht selten durch Schweigen. Sie entsteht, wenn

Menschen bereit sind hinzusehen, zuzuhören zu diskutieren und auch unangenehme Wahrheiten auszuhalten.

Deshalb möchte ich nicht nur diejenigen würdigen, die laut auf Missstände aufmerksam machen, sondern auch die vielen Menschen, die uns in den vergangenen Jahren begleitet haben. Menschen aus dem Gemeinderat, aus der Stadtverwaltung, aus Vereinen und Initiativen in Weingarten und darüber hinaus. Menschen, die nicht sofort in Abwehr gehen, sondern bereit sind zuzuhören, zu reflektieren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Diese Solidarität ist nicht selbstverständlich. Sie hat unsere Arbeit getragen und sie macht Hoffnung ... Denn gesellschaftliche Veränderungen entstehen nicht nur durch diejenigen, die Missstände benennen, sondern auch durch diejenigen, die den Mut haben hinzuschauen und sich an die Seite der Betroffenen zu stellen.

In den vergangenen Jahren habe ich aber noch etwas anderes gelernt: Nicht nur Betroffene zahlen einen Preis, wenn sie Missstände benennen. Oft trifft es auch diejenigen, die zuhören, hinschauen und den Mut haben, sich an die Seite der Betroffenen zu stellen.

Ich habe Lehrkräfte, Sozialarbeiter, Verwaltungsmitarbeiter, Ehrenamtliche und engagierte Bürger erlebt, die Antiziganismus erkannt haben und etwas verändern wollten. Doch nicht immer wurden sie dafür unterstützt. Manche mussten erleben, dass ihnen geraten wurde, sich »nicht so weit aus dem Fenster zu lehnen«. Andere wurden belächelt, ausgegrenzt oder als unbequem wahrgenommen, weil sie den Mut hatten, Fragen zu stellen und bestehende Zustände kritisch zu hinterfragen.

Solidarität klingt oft selbstverständlich. In der Realität erfordert sie Mut. Denn wer sich auf die Seite einer Minderheit stellt, die noch immer mit Vorurteilen und Ablehnung konfrontiert ist, muss manchmal damit rechnen, selbst Gegenwind zu bekommen.

Umso mehr bewundere ich die Menschen, die trotzdem nicht wegschauen. Die bereit sind zuzuhören, ihre eigenen Sichtweisen zu hinterfragen und auch dann Haltung zu zeigen, wenn es unbequem wird. Sie sind oft die stillen Helden dieser Arbeit. Ohne sie wären viele Türen verschlossen geblieben und viele Entwicklungen der vergangenen Jahre nicht möglich gewesen.

Wenn wir heute überhaupt Gehör finden, dann nicht nur, weil Menschen aus unserer Community immer wieder den Mut hatten, Probleme

anzusprechen. Sondern auch, weil es Menschen außerhalb unserer Community gibt, die bereit waren zuzuhören, uns ernst zu nehmen und gemeinsam mit uns für Veränderungen einzutreten.

Ihnen gilt mein aufrichtiger Dank. Denn echte Veränderung entsteht dort, wo Menschen den Mut haben, sich nicht von Vorurteilen, Bequemlichkeit oder Gruppendruck leiten zu lassen, sondern von Menschlichkeit, Gerechtigkeit und dem ehrlichen Wunsch, die Welt ein kleines Stück besser zu machen

Warum viele schweigen

Die ehrlichste Antwort auf die Frage, ob Antiziganismus noch existiert, liefern nicht Statistiken.

Sie liefern die Menschen selbst.

Solange junge Frauen und Männer am Arbeitsplatz überlegen müssen, ob sie sagen können, dass sie Sinti oder Roma sind,

solange Menschen Romanes nur hinter verschlossenen Türen sprechen,

solange sie ihre Herkunft verschweigen,

solange Familien ihren Kindern raten, vorsichtig zu sein,

solange Menschen Angst haben, nach einem offenen Bekenntnis zu ihrer Herkunft anders behandelt zu werden,

solange ist Antiziganismus kein historisches Problem.

Sondern ein aktuelles.

Viele Vorfälle werden gar nicht gemeldet.

Nicht weil nichts passiert.

Sondern weil viele Betroffene längst nicht mehr daran glauben, ernst genommen zu werden.

Sie erwarten Relativierungen.

Sie erwarten Rechtfertigungen.

Sie erwarten Täter-Opfer-Umkehr.

Und leider erleben viele genau das.

Die nächste Generation

Trotz allem bin ich optimistisch.

Weil ich jeden Tag Kinder und Jugendliche erlebe.

Weil ich sehe, wie Vorurteile verschwinden können.

Weil ich sehe, wie Begegnungen Menschen verändern.

Antiziganismus fällt nicht vom Himmel.

Er wird gelernt.

Zu Hause.

Im Freundeskreis.

Im Verein.

In Witzen.

In Gesprächen.

In Bildern.

In Schweigen.

Kinder kommen nicht rassistisch auf die Welt.

Sie lernen Vorurteile.

Und deshalb können Vorurteile auch wieder verlernt werden.

Genau deshalb beginnt unsere Arbeit in Schulen.

Genau deshalb machen wir Workshops.

Genau deshalb sprechen wir über Geschichte, Vorurteile und Schubladendenken.

Vielleicht wird unsere Generation den Antiziganismus nicht vollständig überwinden.

Aber wenn wir dafür sorgen, dass die nächste Generation weniger Vorurteile übernimmt als die vorherige, haben wir bereits viel erreicht.

Nichts über uns ohne uns

Wenn über Sinti und Roma gesprochen wird, müssen Sinti und Roma mit am Tisch sitzen.

Wenn über Antiziganismus gesprochen wird, müssen Betroffene beteiligt werden.

Wenn Lösungen entwickelt werden, müssen die Erfahrungen derjenigen gehört werden, die täglich damit leben.

Nichts über uns ohne uns.

Dieser Satz ist kein Slogan.

Er ist eine demokratische Notwendigkeit.

Und solange Menschen ihre Herkunft verstecken müssen, solange Vorfälle kleingeredet werden und solange Antiziganismus als Randproblem behandelt wird, werde ich weiter dokumentieren, weiter aufklären und weiter unbequem bleiben.

Nicht aus Wut.

Sondern aus Verantwortung.

Für die Generation vor uns.

Und für die Generation nach uns.

Coralla Reinhardt



EST. 2020

Herausgeber:

Roma Büro Freiburg e.V.
Ensisheimer Str. 20
79110 Freiburg
Tel.: +49 175 903 74 76
www.roma-buero-freiburg.eu

in Kooperation mit

dem Sinti Verein Freiburg e.V.
Vorsitzende: Coralla Reinhardt
Auggener Weg 25
79114 Freiburg
Tel.: +49 172 69 53 307

Verantwortlich, Konzept

und Redaktion: Tomas Wald
Juni 2026

Layout: Reinhardt Jacoby
(kwasibanane, Freiburg)



ilet-
Pastete
100g.
= 9,9

%
6,9

Delikatess
Ochsenzunge
leicht gepökelt,
geräucht
100g
Qualitäts-Metzgerei
2,89

Qualitäts-Metzgerei

Wacholder-
Schinken
der gewürzte Schinken
aus Bayern, mild
geräucht
100 g
Qualitäts-Metzgerei
1,99
Deutschland

Linder's
Zigeunerschinken
100g 1,99 €

AKTIONSPREIS %
1,99

Farmer
Schinken
geräucht
100g
Qualitäts-Metzgerei
1,99

Trüffel-
Schinken
100g
Qualitäts-Metzgerei
1,79

Linder's
Winzerschinken®
100g
1,99 €

Hein
Pilsener
Brisket
100 g
Aktionspreis
2,49

1,99
gererei